

Kritische Grundlegung
der Idee der direkten Räte-demokratie
im Marxismus

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel
vorgelegt von

Laurent Tschudi

von Basel und Schwanden (Glarus)

1952.

Kritische Grundlegung
der Idee der direkten Räte-demokratie
im Marxismus

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel
vorgelegt von

Laurent Tschudi

von Basel und Schwanden (Glarus)



1952

Druck: National-Zeitung AG., Basel

Genehmigt von der
Philosophisch-Historischen Fakultät
auf Antrag der
Herren Prof. Dr. E. Salin und Prof. Dr. V. F. Wagner

sign. Prof. Dr. B. Wyß
Dekan

Basel, den 8. Februar 1950



Digitized by the Internet Archive
in 2026

VORWORT

Die vorliegende Arbeit versucht, eine objektive Darstellung der Staatsauffassung im Marxismus zu geben, ohne daß der Verfasser dieser Arbeit aber selbst Marxist ist oder einer Schule des Marxismus angehört.

Die Arbeit hat vor allem eine methodologische Aufgabe. Es fällt daher nicht in ihren Rahmen, eine umfassende Kritik der marxistischen Staatskonzeption zu geben; dies ist erst auf der Basis einer theoretisch in sich geschlossenen Betrachtung der marxistischen Staatsauffassung und in Verbindung mit einer Analyse der bisherigen Verwirklichungsversuche sozialistischer Gemeinwesen von Interesse, würde daher den Rahmen einer Dissertation bei weitem überschreiten. Hier handelt es sich vielmehr darum, die im Marxismus nur zerstreut auffindbaren theoretischen Bruchstücke einer Staatslehre in einer Gesamtdarstellung zu einer geschlossenen Staatstheorie zu vereinigen und deren Ausgangspunkt und Sinn im Zusammenhang der materialistischen Geschichtsauffassung aufzuzeigen, also eigentlich – unter Voraussetzung der Richtigkeit der in dieser Schrift gegebenen Darstellung – erst darum, die Grundlage für eine solche Kritik zu schaffen.

Vorerst galt es daher, die marxistische Theorie grundsätzlich auf die Stellung hin, die sie dem Staat gegenüber einnimmt, zu untersuchen. Dabei zeigte sich, daß im Marxismus der Klassenkampf eine derartige Rolle spielt, daß er auch in der Staatsfrage zum Mittelpunkt aller Äußerungen Marx', Engels' und der Epigonen wurde.* So wird das historische Auftauchen des Staates als Ausdruck eines kurz vorher entstandenen Klassenkampfes und werden die im weiteren Verlauf der Geschichte auftretenden unterschiedlichen Staatsformen als Wirkungen verschiedener historischer Phasen in der geschichtlichen Entwicklung der Klassen und ihrer Gegensätze aufgefaßt und schließlich mit einem Verschwinden der Klassen und Klassengegensätze auch das Absterben und Verschwinden des Staates prophezeit.

* Obschon in dieser Arbeit Marx und Engels einander weitgehend gleichgestellt werden, ist sich der Verfasser darüber im klaren, daß dies nur im gegebenen Rahmen und im Hinblick auf die Behandlung der Frage des Staates zulässig ist. In staats-theoretischer Hinsicht hat nämlich Engels wirklich konkrete und durchaus selbständige Beiträge zur materialistischen Geschichtsauffassung geliefert. Da die Anregungen zu diesen Beiträgen oft von Marx ausgingen und dieser die Äußerungen Engels sehr wohl kannte und sich nie dagegen ausgesprochen hat, kann mit Sicherheit angenommen werden, daß er mit den Beiträgen Engels' einig ging. Aus diesem Grunde scheint dem Verfasser, wenn auch in anderen Zusammenhängen die Äußerungen Engels' bereits nur eine Interpretation von Marx darstellen, zumindest eine Gleichstellung in der theoretischen Behandlung gerechtfertigt.

Wenn übrigens Lenin in dieser Arbeit als „Epigone“ bezeichnet wird, so nicht um seine Gesamtleistung, die sicher eine wesentliche Ergänzung des Marxismus darstellt, zu schmälern, sondern deswegen, weil die vorliegende Betrachtung sich auf die Frage des Staates konzentriert und Lenin in dieser Hinsicht in die marxistische Theorie ein spezifisch russisch-bäuerliches Element hineingetragen hat, das der Leninschen Staatskonzeption eine besondere Färbung verleiht, wodurch jene bereits in viel geringerem Maße eine über russische Verhältnisse hinausgehende Geltung beanspruchen könnte, als es die Marx-Engels'sche in ihrer Zeit über die deutschen Verhältnisse hinaus vermocht hat.

Ferner mußte versucht werden, diese spezifisch marxistische Anschauung vom Staat im Rahmen des Gesamtzusammenhangs der materialistischen Geschichtsauffassung aufzuzeigen und entsprechend theoretisch zu entwickeln. Hierbei ergab sich, daß der Marxismus beim Suchen nach einer für die weitere politische Entwicklung der modernen Gesellschaft adäquaten Organisationsform, indem in ihm das Streben nach der Freiheit und Gleichheit des Menschen als Leitmotiv erscheint, an das Gedankengut des frühen Liberalismus anknüpft. In dieser Hinsicht ist die marxistische Theorie von verschiedenen eng miteinander verbundenen und besonders markanten Gedankengängen durchdrungen, die schließlich zu einer umfassenden Idee, zur Idee der direkten Räte Demokratie zusammenströmen, die als eine theoretische Weiterführung des liberalen Menschenrechtsgedankens angesehen werden darf. Unter der direkten Räte Demokratie, wie sie im Marxismus als spezifische Organisationsform der Gesellschaft für den Sozialismus erwartet wird, ist eine direkte gemeinwirtschaftliche Demokratie in der Form eines wirtschaftlichen Räte systems ohne eigentlichen politischen Charakter zu verstehen.

Wenn die Frage der Verdinglichung, der menschlichen Selbstentfremdung etwas eingehender behandelt wurde, so nur deswegen, weil dieses Problem gerade im Zusammenhang mit der Staatsfrage im Marxismus – vornehmlich bei Marx und Engels – besonders deutlich zum Ausdruck kommt, und weil sich gerade auch daran, daß die Theorie der Entfremdung der Arbeit in der materialistischen Geschichtsauffassung einen zentralen Platz einnimmt, am besten nachweisen läßt, wie sehr der Standpunkt Marx' und Engels' in erster Linie humanistisch ist. Die Selbstverwirklichung des Menschen, die Entfaltung seiner Persönlichkeit in allen Sphären des Lebens, die freie Entwicklung aller seiner Fähigkeiten, körperlicher und geistiger, das ist das Ziel, das Marx und Engels letzten Endes vorschwebt und auf dessen Verwirklichung hin ihre ganze Theorie und Lehre zugespitzt ist. Damit stellt sich der Marxismus der Tendenz nach in die Reihen des Humanismus der Renaissance, der Aufklärung und der deutschen Klassik, die gleichfalls eine solche menschliche Selbstverwirklichung, allerdings aus dem Innenleben des Menschen heraus, erstreben, während die Theorie des Marxismus die Emanzipation der Persönlichkeit von der Gestaltung der äußeren Verhältnisse, von der Einführung des Sozialismus abhängig macht.

*

Bei aller Achtung, die der Verfasser dieser Arbeit für die dem Marxismus immanente humanistische Grundtendenz hat, kann er dennoch die in der materialistischen Geschichtsauffassung zum Ausdruck gebrachten Anschauungen und Urteile nicht teilen. Ganz besonders erscheint ihm die Reduzierung der geschichtlichen und staatlichen Entwicklung auf eine Geschichte von Klassenkämpfen als eine allzu große Vereinfachung der Wirklichkeit, eine Vereinfachung, die gerade der

Vielfalt geschichtlicher Einwirkungsfaktoren in der Staatsentwicklung nicht in vollem Maße gerecht werden kann. Ferner glaubt er auch, daß eine Zurückführung der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung, wenn auch nur in letzter Instanz, auf die ökonomische Entwicklung dem heutigen Stand der Dinge nicht immer entspricht, so richtig diese Auffassung vielleicht zu einer Zeit gewesen sein mag, als der Hochkapitalismus noch im Anfangsstadium seiner Entwicklung stand. Obschon zum Beispiel bei einer materialistischen Anschauung die psychologischen Faktoren nicht außer Acht gelassen werden, so können sie trotzdem kaum genügend, das heißt ihrer tatsächlichen Funktion entsprechend, berücksichtigt werden. Es steht heute wohl außer Zweifel, daß aber gerade die psychologischen Faktoren mit dem kolossalen Aufschwung, den die Gesellschaft im Kapitalismus erlebt hat, mit der Ausdehnung der Märkte und den sich daraus ergebenden Konsequenzen, mit dem wissenschaftlichen Aufschwung usw. eine Ausdehnung und einen Einfluß errungen haben, die ihnen ein Eigengewicht verleihen, das in vielen Fällen weder in direkten noch in indirekten Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung gebracht werden kann. Das heißt, daß nicht mehr immer und unbedingt die ideologischen und psychologischen Mächte in letzter Instanz von den ökonomischen Verhältnissen bestimmt werden, sondern daß sich umgekehrt vielmehr diese geistigen Potenzen als die stärkeren erweisen und letzten Endes entscheidend auf die ökonomische Basis zurückwirken. Nirgends besser als gerade am Beispiel Rußlands könnte dies veranschaulicht werden. Wurden dort nicht während der Revolution von 1917/18 die Eigentums- und damit die Produktionsverhältnisse umgestaltet, was somit nach der materialistischen Geschichtsauffassung allmählich auch zu einer Umwandlung der Ideologie, der Bewußtseinsformen der Sowjetbevölkerung im Sinne des Marx-Engelsschen Sozialismus hätte führen müssen? Und wurde nicht statt dessen wegen des schon damals nachweisbaren Eigengewichts psychologischer Faktoren gerade umgekehrt die ökonomische Basis und die neue gesellschaftliche Struktur wieder weitgehend im Sinne der heute bekannten Herrschaftsweise verändert und damit schon der erste umfassende Versuch einer Verwirklichung des Marxschen Ideals in die Bahnen des höchstentwickelten Totalitarismus gedrängt?

Obgleich der Verfasser dieser Arbeit sich der oft erheblichen Mängel und der zahlreichen – zumindest für die heutige Zeit – falschen Thesen des Marxismus völlig bewußt ist, ist er trotzdem der Meinung, daß die marxistische Theorie eine solche Fülle richtiger Erkenntnisse in sich birgt, die für das richtige Verständnis des heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsgefüges geradezu eine Grundvoraussetzung bilden, daß ihr Studium ohne weiteres gerechtfertigt erscheint, ja sogar notwendig ist. Um aber die Anschauungen und Urteile des Marxismus seinerseits richtig zu verstehen und das Richtige vom Falschen selbständig unterscheiden zu können, ist es ebenso unumgänglich nötig, sich mit den verschiedenen

marxistischen Auffassungen kritisch auseinanderzusetzen. Sofern im Marxismus einzelne Probleme, obschon dies immer im Zusammenhang mit der gesamten materialistischen Geschichtsauffassung geschieht, in theoretisch geschlossener Darstellung behandelt werden, stößt man dabei auf keine besonderen Schwierigkeiten. Nun bestehen aber gerade in dieser Hinsicht, wie jeder weiß, der der Marx'schen Lehre in diesem Sinn mit Interesse gegenübersteht, in der marxistischen Gesamtheorie große Lücken. Als eine dieser Hauptlücken kann das Fehlen einer geschlossenen Staatstheorie betrachtet werden. Wohl existieren verschiedene theoretische Bruchstücke über die Staatsauffassung Marx' und Engels', doch sind sie über ihre ganze Literatur zerstreut und stehen nicht im Rahmen eines Problems in direktem Zusammenhang miteinander. Eine fruchtbare, selbständige und kritische Auseinandersetzung mit der Staatsauffassung im Marxismus setzt aber eine geschlossene theoretische Darstellung der staats-theoretischen Bruchstücke im Sinne des Marxismus und im Zusammenhang mit der materialistischen Geschichtsauffassung voraus und kann nicht auf der Basis vereinzelter, nur im Zusammenhang mit gewissen Detailfragen entweder zum Zwecke der Apologetik oder der Polemik zitierter, Stellen erfolgen.

Das sind die Gründe, die den Verfasser dieser Schrift dazu bewogen haben, unter Berücksichtigung der Gesamtheorie des Marxismus und vor allem der dieser zugrunde liegenden humanistischen Anschauung und Zielsetzung Marx' und Engels' den Versuch der Vereinigung vorhandener Elemente einer Staatslehre zu einer eigentlichen marxistischen Staatstheorie zu unternehmen, wobei er dies um einer objektiven Darstellung der marxistischen Staatsauffassung willen nach Möglichkeit auf der Grundlage der materialistischen Geschichtsauffassung tat.

EINLEITUNG

In seinen – als Entwurf zum „Kommunistischen Manifest“ gedachten – „Grundsätzen des Kommunismus“ wirft Friedrich Engels die Frage auf: „Was ist der Kommunismus?“, und antwortet: „Der Kommunismus ist die Lehre von den Bedingungen der Befreiung des Proletariats“. (Frage und Antwort 1.)*

Sehen wir von der starken Prägnanz der Engelsschen Formulierung ab, so erkennen wir im Inhalt dieser Worte zugleich auch den Sinn der Idee der direkten Räte Demokratie **. Diese Idee schließt bei Marx und Engels *** das Erkennen der Bedingungen der Befreiung des Proletariats als wesentlichen Bestandteil ein, reicht aber darüber hinaus, indem sie die Befreiung des Proletariats nicht als Endziel, sondern als Grundvoraussetzung für die Befreiung aller Menschen ohne Unterschied versteht. Diese Tendenz, die über die Befreiung der Arbeiterklasse hinausgeht und einem Ziele zustrebt, das, unter Einschluß der Befreiung des Einzelnen als Bedingung für die freie Entwicklung Aller, die Emanzipation der ganzen Menschheit ist, zieht sich durch die gesamte Marx-Engelssche Literatur hindurch.¹

Für Marx ist freie Entfaltung und Betätigung des Menschen in der kapitalistischen Gesellschaftsformation nicht möglich, da in ihr die Menschen durch den Produktionsprozeß beherrscht werden und nicht umgekehrt der Mensch den Produktionsprozeß bewußt beherrscht.² Die bestimmten und für die heutige kapitalistische Gesellschaftsformation notwendigen Verhältnisse sind von den Menschen, unabhängig von ihrem Willen, in der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens eingegangen worden. Das heißt also, daß die kapitalistischen Produktionsverhältnisse wohl von den Menschen geschaffen wurden, aber unabhängig vom Willen der Einzelnen, unbewußt und nicht bewußt gemeinschaftlich gestaltet.³

* „Grundsätze des Kommunismus“, in MEGA, Abt. I, Band 6.

** Sooft im Folgenden von der direkten Demokratie die Rede ist, handelt es sich dabei immer um die direkte Räte Demokratie.

*** Vornehmlich bei ihnen, aber auch bei ihren Nachfolgern.

¹ Vgl. dazu Engels' Vorwort zur Ausgabe des Kommunistischen Manifestes im Jahre 1883.

² K/I, S. 80, 87, 444, 464.

³ Vgl. dazu Vorwort „Zur Kritik der pol. Oek.“ von Marx, sowie Anmerkung 2. Ferner K/I, S. 107:

Weil die Menschen im gesellschaftlichen Produktionsprozeß ihres Lebens bestimmte notwendige, aber von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse eingehen, ergeben sich auch Umstände, die sich unabhängig vom Willen der einzelnen Menschen bilden. So z. B. der Umstand, daß bei gleichbleibenden Produktionsbedingungen oder gleichbleibender Produktivkraft der Arbeit zur Reproduktion z. B. des Quarters Weizen gleich viel gesellschaftliche Arbeitszeit verausgabt wird. „Dieser Umstand hängt vom Willen weder des Weizenproduzenten noch der andern Warenbesitzer ab. Die Wertgröße der Ware drückt also ein *notwendiges*, ihrem Bildungsprozeß *immanentes* Verhältnis einer Ware zur außer ihr existierenden Geldware aus. In diesem Verhältnis kann sich aber ebensowohl die Wertgröße der Ware ausdrücken, wie das Mehr oder Minder, worin sie unter gegebenen Umständen veräußerlich ist. Die *Möglichkeit quantitativer Inkongruenz* zwischen Preis und Wertgröße, oder der Abweichung des Preises von der Wertgröße, liegt also in der *Preisform selbst*. Es ist dies kein Mangel dieser Form, sondern macht sie umgekehrt zur adäquaten Form einer Produktionsweise, worin sich die Regel nur als blindwirkendes Durchschnittsgesetz der Regellosigkeit durchsetzen kann.“

Es entspricht diesen Produktionsverhältnissen auch eine bestimmte Produktionsweise, nämlich die kapitalistische, deren allgemeinstes Merkmal die Produktion von Waren ist.⁴ Die gesellschaftlichen Arbeitsprodukte nehmen die Form von Waren an. Doch den Waren haftet etwas Geheimnisvolles an, indem in ihnen der gesellschaftliche Charakter der menschlichen Arbeit als gegenständlicher Charakter der Arbeitsprodukte selbst erscheint. Die gesellschaftlichen Eigenschaften der Arbeitsprodukte werden den Menschen von den Waren als Natureigenschaften eben dieser Waren zurückgespiegelt. Es nehmen die gesellschaftlichen Verhältnisse der Menschen die Form eines Verhältnisses von Dingen an, und es erscheint daher das gesellschaftliche Verhältnis der produzierenden Menschen zur Gesamtarbeit den Menschen als ein außer ihnen existierendes Verhältnis unter Gegenständen. Und dies nur, weil die Menschen erst in gesellschaftlichen Kontakt treten durch den Austausch ihrer Arbeitsprodukte und dadurch auch erst der spezifisch gesellschaftliche Charakter ihrer Privatarbeiten, nämlich, daß sie Verkörperung gesellschaftlicher menschlicher Arbeit sind, innerhalb dieses Austausches erscheint.⁵ Den Menschen „erscheinen daher die gesellschaftlichen Beziehungen ihrer Privatarbeiten als das, was sie sind, d. h. nicht als unmittelbar gesellschaftliche Verhältnisse der Personen in ihren Arbeiten selbst, sondern vielmehr als sachliche Verhältnisse der Personen und gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen“.⁶ Diese Sachen, Produkte der Arbeit, sind die sich in Gegensätzen fixierende, sachlich gemachte, vergegenständlichte Arbeit, die in ihrer Vergegenständlichung den produzierenden Menschen als fremdes Wesen, als unabhängige Macht gegenübertritt. Dadurch, daß die Vergegenständlichung der Arbeit, die die Form ihrer Verwirklichung ist, dem Menschen als eine fremde, unabhängige mit scheinbar eigenen Bewegungsgesetzen behaftete Macht gegenübertritt, erscheint zugleich die Verwirklichung der Arbeit als Entwirklichung des Arbeiters, die Vergegenständlichung als Verlust und Knechtschaft des Gegenstandes, die Aneignung als Entfremdung, als Entäußerung.⁷ Woher aber kommt es, daß gesellschaftliche und damit menschliche Verhältnisse die Form von dinglichen Verhältnissen annehmen und dadurch die ihnen scheinbar

⁴ K/I, S. 88, 99.

⁵ K/I, S. 76/77 ff, 80 bis 89, 90/91.

⁶ Ebenda, S. 78.

⁷ Oek.-phil. Manuskripte MEGA I/3, S. 83. – In diesem Sinn sagt Marx auch im „Kapital“: „In der Manufaktur bilden die Arbeiter Glieder eines lebendigen Mechanismus. In der Fabrik existiert ein toter Mechanismus unabhängig von ihnen, und sie werden ihm als lebendige Anhangsel einverleibt. ... Während die Maschinenarbeit das Nervensystem aufs äußerste angreift, unterdrückt sie das vielseitige Spiel der Muskeln und konfisziert alle freie körperliche und geistige Tätigkeit. Selbst die Erleichterung der Arbeit wird zum Mittel der Tortur, indem die Maschine nicht den Arbeiter von der Arbeit befreit, sondern seine Arbeit vom Inhalt. Aller kapitalistischen Produktion, soweit sie nicht nur Arbeitsprozeß, sondern zugleich Verwertungsprozeß des Kapitals, ist es gemeinsam, daß nicht der Arbeiter die Arbeitsbedingung, sondern umgekehrt die Arbeitsbedingung den Arbeiter anwendet, aber erst mit der Maschinerie erhält diese Verkehrung technisch handgreifliche Wirklichkeit. Durch seine Verwandlung in einen Automaten tritt das Arbeitsmittel während des Arbeitsprozesses selbst dem Arbeiter als Kapital gegenüber, als tote Arbeit, welche die lebendige Arbeitskraft beherrscht und aussaugt.“ K/I, S. 444. Vgl. dazu auch Engels: „Die Lage der arbeitenden Klasse ...“ S. 216/17.

eigene und unabhängige Eigengesetzlichkeit den Menschen völlig undurchsichtig bleibt? Daher, daß im Kapitalismus die Arbeit nicht nur Güter als Waren, sondern sogar die Arbeitskraft und, weil diese vom menschlichen Leibe unzertrennlich, auch den Arbeiter als Ware produziert, „und zwar in dem Verhältnis, in welchem sie überhaupt Waren produziert“.⁸ Erst indem sogar die Arbeitskraft auf dem Markte als Ware erscheint, wird es möglich, daß in den Köpfen der Menschen die gesellschaftlichen Verhältnisse als Verhältnisse von Sachen aufgefaßt werden.⁹ Daß die menschlichen Produkte allgemein die Form von Waren annehmen, ist eine Konsequenz, die das bloß atomistische Verhalten – diese erzwungene, weil vom menschlichen Willen unabhängige Zersplitterung – der Menschen in ihrem gesellschaftlichen Produktionsprozeß nach sich zieht, und die die Menschen auch erst über den Weg des Warenaustausches in gesellschaftliche Beziehungen treten läßt.¹⁰ Die Wurzel dieser Zersplitterung der Individuen im gesellschaftlichen Produktionsprozeß muß in der Arbeitsteilung gesucht werden, die vom Menschen nicht beherrscht wird, sondern im Gegenteil das Individuum beherrscht.¹¹ Die durch die ebenfalls unabhängig vom Willen der Menschen erwachsene Arbeitsteilung bedingte Zersplitterung der Individuen muß notwendig die Produktionsverhältnisse der Kontrolle und dem bewußten individuellen Tun entziehen und sachliche Gestalt annehmen lassen. Es erscheinen daher auch „die Produktivkräfte als ganz unabhängig und losgerissen von den Individuen, als eine eigene Welt neben den Individuen, was darin seinen Grund hat, daß die Individuen, deren Kräfte sie sind, zersplittert und im Gegensatz gegeneinander existieren, während diese Kräfte andererseits nur im Verkehr und Zusammenhang dieser Indi-

⁸ MEGA I/3, S. 82/83, Manifest der KP, MEGA I/6, S. 532.

⁹ „Es ist aber eben diese fertige Form – die Geldform – der Warenwelt (und die Geldform der Ware Arbeitskraft ist der Lohn. – L. T.), welche den gesellschaftlichen Charakter der Privatarbeiten und daher die gesellschaftlichen Verhältnisse der Privatarbeiter, sachlich verschleiert statt sie zu offenbaren ...“ „Derartige Formen bilden eben die Kategorien der bürgerlichen Oekonomie. Es sind gesellschaftlich gültige, also objektive Gedankenformen für die Produktionsverhältnisse dieser historisch bestimmten gesellschaftlichen Produktionsweise, der Warenproduktion. Aller Mystizismus der Warenwelt, all der Zauber und Spuk, welcher Arbeitsprodukte auf Grundlage der Warenproduktion umnebelt, verschwindet daher sofort, sobald wir zu andren Produktionsformen flüchten.“ Betrachten wir z. B. die feudale Produktionsweise. „Statt des unabhängigen Mannes finden wir hier jedermann abhängig – Leibeigene und Grundherren, Vasallen und Lehnsggeber, Laien und Pfaffen. Persönliche Abhängigkeit charakterisiert ebensosehr die gesellschaftlichen Verhältnisse der materiellen Produktion als die auf ihr aufgebauten Lebenssphären. Aber eben weil persönliche Abhängigkeitsverhältnisse die gegebene gesellschaftliche Grundlage bilden, brauchen Arbeiten und Produkte nicht eine von ihrer Realität verschiedene phantastische Gestalt anzunehmen. Sie gehen als Naturaldienste und Naturalleistungen in das gesellschaftliche Getriebe ein. Die Naturalform der Arbeit, ihre Besonderheit, und nicht, wie auf Grundlage der Warenproduktion, ihre Allgemeinheit, ist hier ihre unmittelbar gesellschaftliche Form. Die Fronarbeit ist ebenso gut durch die Zeit gemessen wie die Waren produzierende Arbeit, aber jeder Leibeigene weiß, daß es ein bestimmtes Quantum seiner persönlichen Arbeitskraft ist, die er im Dienst seines Herrn verausgabt ... Wie man daher immer die Charaktermasken beurteilen mag, worin sich die Menschen hier gegenüber treten, die gesellschaftlichen Verhältnisse der Personen in ihren Arbeiten erscheinen jedenfalls als ihre eigenen persönlichen Verhältnisse, und sind nicht verkleidet in gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen, der Arbeitsprodukte.“ K/I, S. 81/82/83. Vgl. auch Anmerkung 18.

¹⁰ Vgl. dazu K/I, S. 78, 99.

¹¹ Vgl. dazu Anmerkung 7 und K/I, S. 443/44.

viduen wirkliche Kräfte sind“.¹² Die Teilung der Arbeit, die dem Individuum in den Produktionsverhältnissen eine bestimmte, begrenzte Produktionssphäre für seine Betätigung zuweist, verursacht also diese Zersplitterung der produzierenden Menschen im Produktionsprozeß, die dem Individuum die Totalität der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse absolut undurchsichtig erscheinen und in der dinglichen Form der Waren als scheinbar selbständige und fremde Macht entgegentreten läßt.¹³ Es ist die durch die Zersplitterung hervorgerufene Ohnmacht der einzelnen Individuen, die der Totalität der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse eine gleichsam sachliche Gestalt und eine scheinbar von den Menschen losgerissene und unabhängige Macht verleiht. In Wirklichkeit aber drücken die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse Verhältnisse von Personen aus, in letzter Instanz Verhältnisse zwischen Klassen.¹⁴ Daß also die scheinbar an die Arbeitsprodukte gebundene Macht und die scheinbar in ihnen wohnenden Kräfte menschlich-gesellschaftliche Macht und menschlich-gesellschaftliche Kräfte sind, bleibt den Menschen der Art zufolge, in der sie in gesellschaftlichen Kontakt treten, verborgen. Für die Individuen erscheinen daher jene Macht und jene Kräfte nicht mehr als Macht und Kräfte der Individuen selbst, sondern als Eigenschaften der ihnen entfremdeten Arbeitsprodukte, und daher der Individuen nur insofern, als sie Privateigentümer von Arbeitsmitteln sind, der besitzenden Klasse angehören.¹⁵

Die Entfremdung der Arbeitsprodukte vom Menschen bewirkt auch eine Entfremdung des Menschen vom Menschen, da der gesellschaftliche Kontakt der Menschen sich in der sachlichen Form des entfremdeten Arbeitsproduktes widerspiegelt. Das gesellschaftliche Leben wird vom Menschen nur noch als Mittel für seine Selbsterhaltung verstanden. Der Einzelne glaubt daher, sich vom gesellschaftlichen Gesamtprozeß isolieren zu können, und verfällt dieser irrigen Ansicht umso mehr, als im Kapitalismus die Spezialisierung im Produktionsprozeß auf die Spitze getrieben wird und dadurch die Übersicht über die Totalität der Produktionsverhältnisse gänzlich verloren geht.¹⁶

Die Undurchsichtigkeit der Produktionsverhältnisse und die Selbstentfremdung trifft alle Menschen und alle Klassen, die besitzende Klasse und das Proletariat, aber nicht auf die gleiche Weise. „Die erste Klasse fühlt sich in dieser Selbstentfremdung wohl und bestätigt und weiß die

¹² Die deutsche Ideologie, MEGA I/5, S. 56/57.

¹³ Ebenda S. 56/57, K/I, S. 443/44.

¹⁴ Engels zu Karl Marx' „Kritik der pol. Oek.“. Abgedruckt in der Zeitung „Das Volk“, Nr. 14 vom 6. und Nr. 16 vom 20. August 1859; MEAS, S. 372: Die Oekonomie handelt nicht von Dingen, sondern von Verhältnissen zwischen Personen und in letzter Instanz zwischen Klassen; diese Verhältnisse sind aber stets an Dinge gebunden und erscheinen als Dinge.“

¹⁵ MEGA I/5, S. 56/57. Vgl. dazu auch MEGA I/6, S. 531 ff., 539/40.

¹⁶ In Bezug auf die Spezialisierung des Arbeiters sagt Marx: „Aus der lebenslangen Spezialität, ein Werkzeug zu führen, wird die lebenslange Spezialität, einer Teilmaschine zu dienen. Die Maschinerie wird mißbraucht, um den Arbeiter selbst von Kindsbeinen in den Teil einer Teilmaschine zu verwandeln.“ K/I, S. 443. „.... Er wird ein bloßes Zubehör der Maschine, von dem nur der einfachste, eintönigste, am leichtesten erlernbare Handgriff verlangt wird.“ MEGA I/6, S. 532.

Entfremdung als ihre eigene Macht, und besitzt in ihr den Schein einer menschlichen Existenz; die zweite fühlt sich in der Entfremdung vernichtet, erblickt in ihr die Ohnmacht und die Wirklichkeit einer unmenschlichen Existenz“.¹⁷ Doch durch diese unmenschliche Existenz, dadurch, daß der Arbeiter, um zu leben, täglich seine Arbeitskraft und mit ihr sich selbst dem Kapitalisten als dem personifizierten Kapital verkaufen muß¹⁸, wobei das ökonomische Abhängigkeitsverhältnis des Arbeiters vom Kapital auf immer höherer Stufenleiter zugleich immer schärfer produziert wird, die Trennung des Arbeiters vom Arbeitsmittel immer unerträglicher sich gestaltet, wird es dem Arbeiter möglich, den dinglichen Schein der Produktionsverhältnisse zu durchbrechen und diese als gesellschaftliche Verhältnisse zu erkennen. Auf Grund seiner Stellung und seiner Rolle im Produktionsprozeß wird es ihm möglich, sich seiner selbst als Ware und damit seines gesellschaftlichen Seins bewußt zu werden, wodurch sich ihm der menschliche Charakter der sachlichen Verhältnisse offenbaren kann.¹⁹

Weil die besitzenden Klassen sich in der Selbstentfremdung wohl fühlen und nur die besitzlose Klasse des Proletariats unter der Selbstentfremdung direkt zu leiden hat, da sie vom Arbeitsmittel, den Produktionsbedingungen, die im Besitz der Bourgeoisie sind, getrennt ist und sich daher in steter Unsicherheit (Gefahr der Arbeitslosigkeit) befindet, ist die Aufhebung der Selbstentfremdung nur durch die Arbeiterklasse möglich.²⁰ Es ergibt sich daraus, daß die Befreiung und Emanzipation der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann.²¹

Wir haben aber schon oben gesehen, daß die Befreiung des Proletariats für Marx nicht das Endziel ist, sondern allgemein für ihn nur die Bedeutung der Grundvoraussetzung für die Befreiung und Emanzipation des Menschen hat. Denn in der Befreiung des Proletariats liegt als Keim verborgen die Möglichkeit der Befreiung aller Menschen überhaupt. Und dies, die Befreiung des Menschen schlechthin, der ganzen Menschheit von der Erscheinung der Verdinglichung im Kapitalismus, welche die freie Entfaltung aller menschlichen Fähigkeiten, sowohl der geistigen als auch der körperlichen verhindert, zu verwirklichen, liegt im Sinne der Idee der direkten Demokratie. Diese schließt also deswegen die Befreiung des Proletariats als Vorbedingung für die Befreiung der ganzen Menschheit ein, weil die Befreiung der Arbeiterklasse die Möglichkeit der Emanzipation der ganzen Menschheit als Keim in sich birgt.²²

¹⁷ Die „Heilige Familie“, MEGA I/3, S. 206.

¹⁸ Manifest der KP, MEGA I/6, S. 532.

¹⁹ Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, MEGA I/1, S. 620. Vgl. dazu Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein, S. 184/85.

²⁰ MEGA I/3, S. 206.

²¹ Vgl. dazu die „Allgemeinen Statuten der internationalen Arbeiterassoziation“, MEAS II, S. 454: „In Erwägung, daß die Emanzipation der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiterklasse selbst sein muß, ...“, Vgl. dazu auch MEGA I/3, S. 206/07.

²² „Aus dem Verhältnis der entfremdeten Arbeit zum Privateigentum folgt ferner, daß die Emanzipation der Gesellschaft vom Privateigentum etc., von der Knechtschaft, in der politischen Form der Arbeiteremanzipation sich ausspricht, nicht als wenn es sich nur um ihre Emanzipation handelte, sondern weil in ihrer Emanzi-

Das Endziel, das Marx vorschwebt, ist die Emanzipation der menschlichen Gesamtheit, die Möglichkeit der freien Entfaltung aller menschlichen Fähigkeiten, sowohl der geistigen als der körperlichen, sowohl des Individuums als der gesellschaftlichen Totalität.²³ Und die direkte Demokratie ist die gesellschaftliche Organisationsform, in welcher dieses Ziel einst in der klassenlosen Gesellschaft erreicht werden soll.

In der Marxschen Idee der Befreiung und Emanzipation des Menschen erkennen wir die Idee des Liberalismus. Der Sinn der Werke und Ideen der Wortführer des Liberalismus war gleichfalls die Freiheit, die Gleichheit des Menschen, kurz die Idee der Menschenrechte. Marx knüpft an den liberalen Menschenrechtsgedanken an, und seine Idee der direkten Demokratie ist genau gesehen dessen konsequente Weiterführung und Ergänzung: durch Aufhebung der wirtschaftlichen Ungleichheit und damit auch der Klassen und der Klassenherrschaft mitsamt ihrem Herrschaftsapparate, dem Staate, soll die nur formale Freiheit und Gleichheit – nur formal, weil sie nach Marx im Kapitalismus bloß auf der politischen Ebene und auch dort nur beschränkt besteht – überwunden und in eine reale Freiheit und Gleichheit gewandelt werden.²⁴

In Bezug auf die Freiheit des Individuums und der Gesellschaft läßt sich zwischen dem Gedankengut des Liberalismus und demjenigen des Marxismus eine oft sehr große Ähnlichkeit nachweisen. Im Folgenden soll daher ein kurzer Überblick über die Ideen des 18. Jahrhunderts gegeben und versucht werden, festzustellen, inwieweit Marx durch die Theorie des Liberalismus, an dessen Gedankenmaterial er anknüpft, beeinflusst worden ist, wenn auch die Wurzel seiner Idee wesentlich in der ökonomischen Entwicklung seiner Zeit zu suchen ist.

pation die allgemein menschliche enthalten ist, diese ist aber darin enthalten, weil die ganze menschliche Knechtschaft in dem Verhältnis des Arbeiters zur Produktion involviert ist, und alle Knechtschaftsverhältnisse nur Modifikationen und Konsequenzen dieses Verhältnisses sind.“ Oek. Phil. Manusk., MEGA I/3, S. 92/93. Vgl. dazu auch MEGA I/1, S. 620.

²³ Vgl. dazu Engels, A.-D., S. 327 ff., 341 ff.

²⁴ Vgl. dazu MEGA I/6, S. 546, S. 476.

METHODOLOGISCHE GRUNDLEGUNG DER IDEE DER DIREKTEN RÄTEDEMOKRATIE, UNTER BERÜCKSICHTIGUNG DER GESAMTTHEORIE DES MARXISMUS

1. Teil

Wir haben gesehen, daß das Endziel, das Marx vor Augen hat, die Freiheit und Emanzipation des Menschen und der Gesellschaft ist. Der Standpunkt, den Marx dem Staate gegenüber einnimmt, wird deshalb nur unter diesem Gesichtspunkte verständlich. Es muß daher bei der Betrachtung der Marxschen Theorie immer im Auge behalten werden, daß Marx in erster Linie Humanist war und somit auch all die Konsequenzen, die er aus seinen Betrachtungen zieht, aus seiner humanistischen Konzeption heraus entspringen.

Wenn auch die Wurzel der Marxschen Idee wesentlich in der ökonomischen Entwicklung des 19. Jahrhunderts zu suchen ist, so wird diese dennoch in gewissem Grade durch die ihr vorausgegangenen Lehren und Theorien beeinflusst und ist mit ihnen verbunden. Wie jeder Theoretiker hat auch Marx seine Lehre nicht aus der Luft gegriffen und fußt notwendig in seinen Spekulationen auf dem Gedankenmaterial, das ihm durch seine Zeit gewissermaßen als gegebene Größe überliefert wurde.¹ Die vorhandenen Exzerpthefte von Marx sind ein Beweis dafür, wie sehr er erst durch geistiges Verarbeiten des vorliegenden Materials zu neuen eigenen Ansichten vorgestoßen ist. Wie jede neue Theorie, die sich Beachtung und Geltung erringen will, ignoriert die 'Theorie Marx' nicht einfach die bestehenden Anschauungen, sondern versucht nachzuweisen, daß die bisher geltenden Lehren von irgendwelchen falschen Voraussetzungen ausgehen, entsprechend unrichtige Folgerungen ziehen oder wichtige Tatsachen und Umstände unberücksichtigt lassen. Die Marxsche

¹ Vgl. dazu *Hasbach* Wilh.: Die philosophischen Grundlagen der von A. Smith und F. Quesnay begründeten politischen Ökonomie, S. 32: „Seine Fundamente wählt der Philosoph nicht willkürlich. Die politischen und sozialen Verhältnisse seiner Umgebung, die philosophischen Ideen und die Bildung seiner Zeit, sein Geist und sein Charakter und nicht zum mindesten das politische Ziel, für dessen Verwirklichung er wissenschaftlich eintritt, drängen ihn in eine bestimmte Auffassung hinein.“

Theorie ist daher naturgemäß in vielen Punkten eine Korrektur, Ergänzung oder Erweiterung älterer, schon vorhandener Theorien und kann durchaus als Weiterverfolgung und Ausbau, kurz als konsequente Weiterführung bereits gegebener Ansätze in bestimmter Richtung aufgefaßt werden.

In den Werken der Wortführer der Aufklärungszeit und des Liberalismus stößt man vielerorts auf Ansätze in Richtung der Marxschen Idee der direkten Demokratie: die Tendenz zur Befreiung und freien Entwicklung des Individuums auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiete ist eines der Hauptmerkmale des Liberalismus.

Unter dem Einfluß der wirtschaftlichen, religiösen, philosophischen und politischen Entwicklung hatten sich die Staatsauffassungen des ehemaligen dritten Standes, des Bürgertums, stark gewandelt und traten zu Tage in Forderungen, die ihrerseits auf die weitere staatliche Entwicklung bedeutenden Einfluß ausüben sollten. Der Charakter dieser Forderungen zeichnete sich durch den Ruf nach wirtschaftlicher und politischer Freiheit aus, indem nun zugleich dem Individuum ein menschlicher Wert beigemessen wurde, der sich in der gleichzeitigen Forderung nach Gleichheit auszudrücken begann.² Die philosophische Grundlage, auf der die neuen Staatsauffassungen erwachsen, war allgemein das Naturrecht, das aber schon zur Begründung der absolutistischen Lehren gedient hatte und nun, den neu erstrebten Zielen entsprechend, anders interpretiert wurde.³ Mit der Idee des wirtschaftlichen und politischen Liberalismus begann das Individuum jetzt allseitig gegen den bestehenden Staat vorzudringen, bis zuerst in England durch die Revolution des 17. Jahrhunderts die Staatsstruktur allmählich verändert wurde und in Frankreich sich derselbe Prozeß, hier aber auf eine kurze Zeitspanne konzentriert, vollzog. Wie sich in Frankreich die Revolution von 1789 schlagartig ereignete und die Feudalherrschaft und das Königtum in einem Zuge wegfegte, erhielt auch die neue Verfassung besonders markante Züge und spiegelt den Menschenrechtsgedanken des Liberalismus besonders klar wider.⁴

Als, unter Berufung auf die ewige Vernunft und die Menschenrechte, in England und Frankreich tiefgreifende Veränderungen im Staate erfolgt und in den Gesetzgebungen und Verfassungen Ansätze zur Verwirklichung der modernen Demokratie verankert worden waren, wogte über ganz Europa eine ungeheure Hoffnungswelle hinsichtlich der Möglichkeiten der freien Entfaltung der Persönlichkeit, des allgemeinen Wohlergehens und der allgemeinen Freiheit. Doch allzubald sollten diese Hoffnungen an den der kapitalistischen Produktionsweise immanenten Kräften zerschellen.⁵ Die den Rationalisierungsmethoden des Kon-

² Vgl. dazu *Huth Herm.*: Soziale und individualistische Auffassung im 18. Jahrhundert, vornehmlich bei A. Smith und A. Ferguson, S. 10 ff., aus Schmollers JB 1907.

³ Vgl. dazu *Hasbach W. a. a. O.*, S. 31/32.

⁴ Siehe Anmerkung 18, S. 20.

⁵ Vgl. dazu *Engels*, A-D, S. 299 ff.

kurrenzkampfes entspringende Tendenz zum Monopol führte bald zu einer übermächtigen Konkurrenz des Großkapitals, um so mehr sich dieses mit dem teilweise verbliebenen Großgrundbesitz zu vermengen und dadurch dem Kleinbürger- und Kleinbauerntum gegenüber erdrückend auszuwirken begann. Große Teile der Bevölkerung sahen sich in ihrer freien wirtschaftlichen Entwicklung gehemmt und liefen Gefahr, in vollständige Abhängigkeit vom Großkapital zu geraten. Infolge der mit wachsender Industrialisierung einsetzenden Landflucht und der dadurch anschwellenden Zahl der arbeitenden Massen in den Städten löste sich der Gegensatz zwischen reich und arm nicht in allgemeines Wohlergehen auf, sondern schwoll im Gegenteil gewaltig an. Nicht besser stand es mit der rechtlichen Gleichheit und der politischen Freiheit, die, weil in eine der Wirklichkeit ferne Weite gerückt, die politischen Einrichtungen und den Staat, verglichen mit den Verheißungen der Aufklärer und gemessen an der Verkündung der Menschenrechte, als enttäuschende Zerrbilder erscheinen ließen.⁶ Und mit der Enttäuschung kamen auch die Leute, die, das Banner der Menschenrechte wieder aufnehmend, die bestehenden Tendenzen und Zustände scharfer Kritik unterziehend, begannen, ein neues Gesellschaftssystem zu entwerfen, in welchem die Freiheit des Menschen nun verwirklicht werden sollte. Doch diese neuen sozialen Systeme waren, um mit Engels zu sprechen, von vornherein zur Utopie verdammt, und mußten, je weiter sie in ihren Einzelheiten ausgearbeitet wurden, desto mehr in reine Phantastereien verlaufen.

Bei der Betrachtung der Ursachen, die zum utopischen Charakter der Theorien der Stifter des älteren Sozialismus führten, betont Engels allzusehr die Rolle, die in dieser Hinsicht die damals herrschende geschichtliche Lage gespielt hat. Sicher spielten in diesem Sinn der zu jener Zeit geringe Grad der kapitalistischen Produktionsweise und mit ihr der noch sehr unentwickelte Gegensatz von Bourgeoisie und Proletariat eine große Rolle und ist es richtig zu sagen, daß, weil die der neuen Gesellschaftsordnung entspringenden Konflikte erst im Werden begriffen waren, dies noch weit mehr von den Mitteln ihrer Lösung galt. Zweifels- ohne ist der geringe Reifegrad der utopistischen Theorien weitgehend auf den unreifen Stand der kapitalistischen Produktion und der unreifen Klassenlage zurückzuführen, aber nicht allein darauf. Verglichen mit den Frühsozialisten, die ja ihre Konzeption auch schon auf der Grundlage des Kapitalismus entwarfen, ist die Bedeutung und Tiefe des wissenschaftlichen Sozialismus neben der Weiterentwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ebenso sehr dem Geiste und der dialektischen Denkmethode Marx' zuzuschreiben.⁷

⁶ Ebenda, S. 300.

⁷ Welche Bedeutung die Dialektik in der Marxschen Kritik hat, läßt sich erst ermessen, wenn man mit dieser andere Gesellschaftskritiken des 18. Jahrhunderts vergleicht. In den von J. Ch. Simonde de Sismondi verfaßten „Nouveaux Principes de l'Economie Politique“ (Paris 1819) sind auf Grund einer immanenten Kritik des Kapitalismus bereits dessen Widersprüche dargelegt. Im Gegensatz zu Marx weist aber Sismondi

Indem wir auf die Marxsche dialektische Denkmethode hinweisen, wenden wir uns zugleich einem der wesentlichsten Unterscheidungsmerkmale der Theorie Marx' gegenüber der metaphysischen Denkweise der vorangehenden Sozialisten zu.⁸ Marx, der sich eingehend mit den Werken, mit der Philosophie Hegels befaßt hatte, sah in der Hegelschen Dialektik das Mittel, durch dessen Anwendung der Schlüssel zum Verständnis der menschlichen Geschichte und der bestehenden wie auch aller übrigen gesellschaftlichen Entwicklungsphasen gegeben war. Dadurch, daß er sich die Dialektik, die „die Dinge und ihre begrifflichen Abbilder wesentlich in ihrem Zusammenhang, ihrer Verkettung, ihrer Bewegung, ihrem Entstehen und Vergehen auffaßt“ und „die ganze natürliche, geschichtliche und geistige Welt als einen Prozeß, d. h. als in steter Bewegung, Veränderung, Umbildung und Entwicklung begriffen darstellt und den Versuch macht, den inneren Zusammenhang in dieser Bewegung und Entwicklung nachzuweisen“⁹, zu eigen machte, verfügte er über eine Denkart, die ihm gegenüber den metaphysisch denkenden Utopisten allein schon eine überlegene Stellung sicherte. Der utopische Charakter der frühsozialistischen Theorien und Lehren beruht ebenso sehr auf der metaphysischen Denkweise, die die bestehenden Mißstände wohl zu sehen aber in ihrem Zusammenhang noch nicht richtig zu verstehen vermochte, als auf dem geringen Reifegrad jener Erscheinungen.

Hegels Satz, daß Quantitäten an einem bestimmten Punkt in Qualitäten umschlagen, kann auch in Bezug auf die philosophischen Lehren der Aufklärungszeit, des Liberalismus, des Frühsozialismus und der Marxschen Theorie gesagt werden. Ansätze in die Richtung des Sinnes der Idee der direkten Demokratie finden wir schon lange vor Marx verbreitet in den Doktrinen der Aufklärer, Liberalisten und Utopisten in Form betonter oder weniger betonter Tendenzen zur freien Entfaltung und Entwicklung des Menschen hin, wobei sich auch häufig schon ein Streben nach einer demokratischen Staatsform fühlbar macht. Wesentlich unterscheiden sich jedoch all diese früheren Lehren vom Marxismus dadurch, daß sie von einem rein rationalistischen Standpunkt ihrer Urheber aus geschaffen wurden.

Wenn wir sagen, daß Marx mit seiner Idee der direkten Demokratie an in den englischen und französischen liberalistischen und utopistischen

nicht auf die vergängliche Seite des kapitalistischen Wirtschaftssystems hin, sondern betrachtet nur den Werdegang des Kapitalismus. Daraus erklärt sich, daß er die Mängel dieses Systems nicht als notwendige Momente des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses ansieht und daß er deren Beseitigung, sooft er eine solche anstrebt, durch ein Zurückkehren zu früheren Produktionsweisen und unentwickelteren Wirtschaftsformen erreichen möchte. Vgl. dazu besonders Rosa Luxemburg: Einführung in die Nationalökonomie, S. 232–238, und: Die Akkumulation des Kapitals, Abschn. II.

⁸ Allerdings darf auch hier nicht verallgemeinert werden, denn wie dies z. B. Engels selbst zugibt, verstand sich unter den Utopisten Fourier meisterhaft aufs dialektische Denken (vgl. dazu A-D, S. 305). So gut wie die gesellschaftliche Entwicklung nicht allein für den qualitativen Unterschied des Marxismus und der früheren Lehren den Ausschlag gegeben hat, so wenig die dialektische Denkweise allein. Erst aus dem Zusammenfallen beider kann die richtige Erklärung gefunden werden.

⁹ Engels Fr., A-D, S. 29, 30/31; Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEAS, Bd. I, S. 163 64.

Theorien befindliche Ansätze anknüpft, so darf das nur so verstanden werden, daß das, was wir als einen Punkt zentraler Bedeutung im Marxismus konsequent entwickelt vorfinden, in vorangegangenen englischen und französischen Theorien bereits in Ansätzen in gleicher Richtung vorhanden war und in diesem Sinne als ein Element schon früherer Lehren in den Marxismus übergegangen ist. Absolut falsch aber wäre es, zu glauben, der Marxismus hätte sich aus dem englischen und französischen rationalistischen Liberalismus und Utopismus heraus entwickelt. Das Entstehen des Marxismus kann vielmehr nur aus der deutsch-philosophischen Entwicklung heraus über Kant-Fichte-Hegel und Feuerbach verstanden und erklärt werden.¹⁰

Es sollen nun im Folgenden aus dem englischen und französischen liberalen Gedankengut einige Punkte herausgegriffen werden, die es ermöglichen sollen, nachzuweisen, wie nahe die Idee der direkten Demokratie an solche Ansätze herankommt und inwieweit sie eine konsequente Weiterentwicklung solcher Ansätze bedeutet. Zu diesem Zweck soll aber, um möglichst kurz zu bleiben, nicht über das 18. Jahrhundert zurückgegriffen werden.

Nachfolgende Stelle, aus dem „Kommunistischen Manifest“ zitiert, welche den Kernsatz des Manifestes bildet, drückt zugleich auch den Sinn und die Zielsetzung der Idee der direkten Demokratie aus. „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines Jeden die Bedingung für die freie Entwicklung Aller ist.“¹¹ Hier wird also gesagt, daß die Möglichkeit der freien Entwicklung der gesellschaftlichen Totalität, und das schließt auch deren Freiheit und Wohlergehen ein, nur gegeben sein kann auf der Grundlage der Freiheit, der freien Entwicklung und damit auch des Wohlergehens des Individuums. Ist die Freiheit des Einzelnen garantiert, die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit gesichert, so ist die Bedingung erfüllt, damit sich zugleich auch die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit frei entwickeln und entfalten kann.

Betrachten wir daneben eine Stelle aus Adams Smith „Wealth of Nations“, aus der gewissermaßen der Kern der Smithschen Anschauungen hervorgeht: „Das natürliche Streben eines jeden Einzelnen, seine Lage zu verbessern, ist, sobald ihm nur Sicherheit und Freiheit der Bewegung gestattet wird, ein so mächtiges Prinzip, daß es allein und ohne jede Beihilfe die Gesellschaft nicht nur zu Reichtum und Blüte zu führen, sondern auch hundert anmaßliche Hindernisse zu überwinden vermag, welche die Torheit menschlicher Gesetze ihm allzuoft entgegentürmt.“¹²

¹⁰ Vgl. dazu Cornu Aug., *La jeunesse de Karl Marx* (Paris 1934), S. 394 ff. Ferner: Walzel Osk., *Die Geistesströmungen des 19. Jahrhunderts*, 1929, Kapitel 2, 1830–1870. Mehring Fr., *Karl Marx, Geschichte seines Lebens*, 1946, S. 38 ff, 76 ff. Huch Ric., *Alte und neue Götter*. 1848. Die Revolution des neunzehnten Jahrhunderts in Deutschland.

¹¹ Manifest der KP, MEGA I/6, S. 545/46.

¹² Smith Ad., *Wealth of Nations*, Bd. II, S. 45.

Dieser Satz, der die Ansicht der prästabilierten Harmonie der Gesellschaft wiedergibt, daß das Individuum, indem es seinen eigenen Interessen nachgehe, häufig das Interesse der Gesellschaft wirksamer fördere, als wenn es dieses zu fördern tatsächlich beabsichtige, bringt gleichzeitig eine Tendenz zum Ausdruck, an welche die angeführte Stelle aus dem Manifest nahe herankommt. Ähnlich wie bei Marx und Engels ist auch hier schon als Bedingung, damit die Gesellschaft zur „Blüte“ komme, d. h. sich entwickle, die Freiheit des Individuums erkannt. In beiden Fällen ist ein Streben nach der Freiheit des Menschen spürbar und an beiden Orten ist die Freiheit des Einzelnen Grundbedingung für die Freiheit Aller. Hierin erschöpft sich jedoch die Analogie, denn die Art und Weise, wie die Freiheit verwirklicht werden soll, ist im Liberalismus und Marxismus grundverschieden.

Für Smith und den Liberalismus im allgemeinen ist das Privateigentum das Mittel, das die Entwicklung in Richtung der individuellen Freiheit und des Wohlergehens der Gesellschaft zu gewährleisten vermag. Auf dem Boden des Privateigentums sichere der Konkurrenzkampf am besten den Zustand wirtschaftlicher Harmonie und gesellschaftlicher Freiheit, da er Gesellschaft und Staat auflockere und somit ermögliche, daß sich die Kräfte der in Gegensatz zueinander wirkenden Individuen ausgleichen.¹³ Um diesen Zustand möglichst rein herzustellen, wendet sich Smith auch gegen staatliche Eingriffe in die Wirtschaft und will die Funktionen des Staates nur auf den Schutz des Privateigentums, der Rechtsprechung und der staatlichen Verteidigung nach außen beschränkt wissen.¹⁴ Die Erfahrungen seiner Zeit verallgemeinernd, glaubt Smith, in der von ihm postulierten Wirtschaftsfreiheit und -Ordnung, die auch eine entsprechende politische Freiheit voraussetzt, eine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung gefunden zu haben, die ein für allemal und für alle Zeiten die beste sei. Mit dieser für alle Zeiten und Staaten erhobenen Forderung verfällt Smith in den Fehler, einen unhistorischen Standpunkt einzunehmen und sich in einer metaphysischen Denkweise zu verfangen.¹⁵

Wir werden später sehen, wie der Marxismus zur Frage des Eigentums und der Atomisierung der Gesellschaft einen total entgegengesetzten Standpunkt bei ähnlicher Zielsetzung einnimmt.

Was jetzt aber von unmittelbarer Bedeutung erscheint, ist die bei Smith aufgezeigte Tendenz zur Freiheit des Individuums und der Gesellschaft hin. Sie fand als allgemeines Merkmal des Zeitalters des Liberalismus auch ihren Niederschlag in den neugeschaffenen Verfassungen. Im gleichen Jahr, in dem Smiths „Wealth of Nations“ an die Öffentlichkeit gelangte, erschien auch das Produkt der amerikanischen Revolution: die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Nord-

¹³ Vgl. dazu *Huth Herm.*, a. a. O., S. 125 ff., 131 ff., 143 ff., 157.

¹⁴ Ebenda S. 136 ff.

¹⁵ Ebenda S. 124.

Amerika. Es sei hier ein Abschnitt aus jener Erklärung angeführt, in welchem wir dasselbe Streben des Menschen nach Freiheit und Gleichheit verspüren, das zum Merkmal einer ganzen Epoche wurde.

Nach kurzem Hinweis auf die Gründe, die zu dieser Unabhängigkeitserklärung führten, heißt es darin:

„Wir halten diese Wahrheiten für an sich einleuchtend: daß alle Menschen gleich geschaffen sind; daß sie von ihrem Schöpfer mit gewissen (angeborenen und) unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind, darunter Leben, Freiheit und Streben nach Glück; daß zur Sicherung dieser Rechte Regierungen unter den Menschen eingesetzt sind, die ihre gerechten Vollmachten von der Einwilligung der Regierten herleiten; daß wenn immer eine Regierungsform diesen Zielen zum Schaden gereicht, es das Recht des Volkes ist, sie zu ändern oder abzuschaffen, und eine neue Regierung einzusetzen, die sich auf solchen Grundsätzen aufbaut und ihre Macht in einer Weise organisiert, wie sie am geeignetsten erscheint, seine Sicherheit und sein Glück zu schaffen ...“¹⁶

Die ganze Unabhängigkeitserklärung strahlt ein Streben nach freier Entfaltung des Menschen aus und versucht auch schon die Bahnen aufzuzeichnen, in denen eine solche Entwicklung möglich zu sein scheint. Die demokratische Staatsform scheint der Sicherung der Menschenrechte am meisten zu entsprechen, und so wird auch eine Regierung und eine Regierungsform gefordert, die ihre „Vollmachten von der Einwilligung der Regierten herleitet“ und die im Falle eines Verstoßes gegen die Menschenrechte von den Regierten abgesetzt und ersetzt werden kann.¹⁷

Bevor wir auf die Verkündung der Menschenrechte etwas näher eingehen, wollen wir noch die von der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung zweifellos stark beeinflusste „Erklärung der Rechte des Menschen und des Bürgers“ der französischen Revolution aus dem Jahre 1789 ansehen, da in ihr die Tendenz zur Freiheit des Menschen gleichfalls besondere Prägnanz erhält. Der erste Artikel der französischen Erklärung beginnt beinahe gleich wie die amerikanische Urkunde:

Es lautet Artikel 1:

„Frei und gleich werden die Menschen geboren und bleiben es. Gesellschaftliche Vorrechte können sich nur auf öffentliche Dienstleistungen gründen ...“¹⁸

¹⁶ Propyläen-Weltgeschichte, Bd. 6, S. 464.

¹⁷ Vgl. dazu Prinzipien 5 und 6 des polit. Räteystems auf S. 73/74.

¹⁸ Propyläen-Weltgeschichte, Bd. 7, S. 40: Französische Verfassung aus dem Jahre 1789: *Art. 2:* Der Zweck jeden politischen Zusammenschlusses ist die Bewahrung der natürlichen und unverlierbaren Menschenrechte. Diese Rechte sind Freiheit, Eigentum, Sicherheit und Widerstand gegen Bedrückung. *Art. 3:* Jegliche Souveränität liegt im Prinzip und ihrem Wesen nach in der Nation; keine Körperschaft und kein Einzelner kann eine Autorität ausüben, die sich nicht ausdrücklich von ihr herleitet. *Art. 4:* Die Freiheit besteht darin, alles tun zu können, was anderen nicht schadet. Also hat die Ausübung der natürlichen Rechte bei jedem Menschen keine anderen Grenzen als die, den anderen Mitgliedern der Gesellschaft den Genuß der gleichen

Noch näher verwandt mit Sinn und Zielsetzung der Idee der direkten Demokratie ist die von Robespierre im Jahre 1793 zu Handen des Konvents ausgearbeitete Erklärung der Rechte des Menschen und des Bürgers.¹⁹

Rechte zu sichern. Diese Grenzen können nur durch das Gesetz bestimmt werden.

Art. 5: Das Gesetz hat nur das Recht, Handlungen zu verbieten, die der Gesellschaft schädlich sind. Was nicht durch Gesetz verboten ist, darf nicht verhindert werden, und niemand kann gezwungen werden, etwas zu tun, was das Gesetz nicht befiehlt.

Art. 6: Das Gesetz ist der Ausdruck des allgemeinen Willens; alle Bürger haben das Recht, persönlich oder durch ihre Vertreter an seiner Schaffung mitzuwirken. Es muß für alle das gleiche sein, mag es nun beschützen oder bestrafen. Alle Bürger sind vor seinen Augen gleich. Sie sind in der gleichen Weise zu allen Würden, Stellungen und öffentlichen Ämtern zugelassen, je nach ihrer Fähigkeit und ohne anderen Unterschiede als ihre Tüchtigkeit und Begabung.

Art. 7: Niemand kann angeklagt, verhaftet und gefangen gehalten werden in anderer als den vom Gesetz festgelegten Fällen und in den Formen, die es vorschreibt. Wer Willkürakte anstrebt, befördert, ausführt oder ausführen läßt, ist zu bestrafen; aber jeder Bürger, der durch ein Gesetz gerufen oder erfaßt wird, muß augenblicklich gehorchen; durch Widerstand macht er sich schuldig.

Art. 8: Das Gesetz darf nur unbedingt und offensichtlich notwendige Strafen festsetzen, und niemand darf bestraft werden, es sei denn kraft eines bereits vor seinem Delikt erlassenen, veröffentlichten und legal angewandten Gesetzes.

Art. 9: Jeder wird so lange als unschuldig angesehen, bis er als schuldig erklärt worden ist; daher ist, wenn seine Verhaftung als unerläßlich gilt, jede Härte, die nicht dazu dient, sich seiner Person zu verschern, auf dem Gesetzeswege streng zu unterdrücken.

Art. 10: Niemand darf wegen seiner Überzeugungen, auch nicht der religiösen, behelligt werden, vorausgesetzt, daß ihre Betätigung die durch das Gesetz gewährleistete öffentliche Ordnung nicht stört.

Art. 11: Die freie Mitteilung seiner Gedanken und Meinungen ist eines der kostbarsten Rechte des Menschen. Jeder Bürger darf sich also durch Wort, Schrift und Druck frei äußern; für den Mißbrauch dieser Freiheit hat er sich in allen durch das Gesetz bestimmten Fällen zu verantworten.

Art. 12: Die Sicherung der Menschen- und Bürgerrechte macht eine öffentliche Gewalt notwendig; diese Gewalt wird demnach zum Nutzen aller eingesetzt, nicht aber zum Sondervorteil derjenigen, denen sie anvertraut ist.

Art. 13: Für den Unterhalt der öffentlichen Gewalt und für die Ausgaben der Verwaltung ist eine allgemeine Steuer vonnöten; sie ist gleichmäßig auf alle Bürger zu verteilen nach Maßgabe ihres Vermögens.

Art. 14: Die Bürger haben das Recht, selbst oder durch ihre Vertreter die Notwendigkeit einer öffentlichen Auflage zu prüfen, sie zu bewilligen, ihren Gebrauch zu überwachen und ihre Teilbeträge, Anlage, Eintreibung und Dauer zu bestimmen.

Art. 15: Die Gesellschaft hat das Recht, von jedem öffentlich Beauftragten ihrer Verwaltung Rechenschaft zu fordern.

Art. 16: Eine Gesellschaft, deren Rechte nicht sicher verbürgt sind und bei der die Teilung der Gewalten nicht durchgeführt ist, hat keine Verfassung.

Art. 17: Da das Eigentum ein unverletzliches und heiliges Recht ist, darf es niemandem genommen werden, es sei denn, daß die gesetzlich festgestellte öffentliche Notwendigkeit es augenscheinlich verlangt, und nur unter der Bedingung einer gerechten und im voraus zu entrichtenden Entschädigung.

¹⁹ *Buonarrotti* Phil., Babeuf und die Verschwörung für die Gleichheit (Übersetzt von A. und W. Blos, Stuttgart, 1909), S. 52 ff.:

Art. 1: Der Zweck jeder politischen Verbindung ist die Erhaltung der natürlichen und unverjährbaren Rechte des Menschen und die Entwicklung aller seiner Fähigkeiten.

Art. 2: Die Hauptrechte des Menschen sind die Sorge für die Erhaltung der Existenz und der Freiheit.

Art. 3: Diese Rechte gehören gleicherweise allen Menschen, welches auch der Unterschied ihrer physischen und moralischen Kräfte sei. Die Gleichheit der Rechte ist durch die Natur eingerichtet; die Gesellschaft weit entfernt, sie anzugreifen, schützt sie nur gegen den Mißbrauch der Gewalt, die sie illusorisch macht.

Art. 4: Die Freiheit ist die Macht, die dem Menschen zusteht, nach seinem Willen alle seine Fähigkeiten zu gebrauchen; sie hat die Gerechtigkeit zur Regel, die Rechte anderer als Grenze, die Natur zum Grundsatz und das Gesetz zum Schutze.

Art. 5: Das Recht, sich friedlich zu versammeln, das Recht, seine Meinung zu äußern, sei es durch die Presse, sei es auf andere Weise, sind die so notwendigen Wirkungen des Freiheitsprinzips des Menschen, sei es, daß die Gegenwart oder die noch frische Erinnerung an die Gewaltherrschaft es nötig macht, sie zu verkünden.

Art. 6: Das Eigentum ist das Recht jedes Bürgers, den Anteil am Vermögen, der ihm durch das Gesetz zugesichert ist, zu genießen und darüber nach seinem Wunsche zu verfügen.

In allen drei Erklärungen, der amerikanischen und den beiden französischen, liegt die schon Smith eigene Ansicht verborgen, daß die Freiheit des Individuums Grundbedingung für die Freiheit der Gesellschaft und der Sicherung ihrer Rechte ist. Deshalb stellen auch die einzelnen Artikel die Freiheit und die Rechte des Individuums fest und weisen auch darauf hin, wie diese Rechte gesichert werden können. Und weil erkannt wird, daß Alle an der Sicherung der Menschenrechte ein unmittelbares Interesse haben, wird bestimmt, daß jegliche Souveränität im Prinzip und ihrem Wesen nach in der Nation liegen soll, und daß eine Körperschaft oder ein Einzelner nur eine Autorität ausüben darf, wenn diese sich ausdrücklich aus der Souveränität der ganzen Nation herleitet.²⁰ Noch deutlicher geht dies aus der Robespierreschen Erklärung hervor,²¹ wo die Regierung als Werk und Eigentum des Herrschers Volk und die öffentlichen Beamten als seine jederzeit abberufbaren Angestellten bezeichnet werden. Zudem bedeutet die Robespierresche Erklärung auch insbesondere deswegen einen wichtigen Hinweis zur Marxschen Idee hin, weil in ihr grundsätzlich die freie Entwicklung und Entfaltung aller menschlichen Fähigkeiten für Alle erstrebt wird²², als auch mit Nachdruck der öffentliche Unterricht für alle Bürger gefordert wird.²³

Als weiterer wesentlicher Punkt in den Erklärungen der Menschenrechte findet sich das Eigentum als „unverletzliches und heiliges Recht“²⁴ als „Recht jedes Bürgers, den Anteil am Vermögen, der ihm durch das Gesetz zugesichert ist, zu genießen“ und darüber frei zu verfügen.²⁵ Die zentrale Bedeutung, die das Eigentum in den Erklärungen der

Art. 7: Das Recht des Eigentums ist wie alle anderen durch die Verpflichtung beschränkt, die Rechte anderer zu achten.

Art. 8: Es darf weder der Sicherheit, noch der Freiheit, noch der Existenz, noch dem Eigentum unserer Nächsten nachteilig sein.

Art. 9: Jeder Handel, der dieses Prinzip verletzt, ist durchaus unerlaubt und unmoralisch.

Art. 10: Die Gesellschaft ist verpflichtet, für den Unterhalt ihrer Mitglieder zu sorgen, indem sie ihnen Arbeit verschafft oder den Arbeitsunfähigen die Existenzmittel zusichert.

Art. 11: Die Hilfe, die unerläßlich ist für den, dem das Notwendigste fehlt, ist eine Schuld dessen, der Überfluß besitzt. Es steht dem Gesetz zu, die Art und Weise zu bestimmen, wie diese Schuld abzutragen ist.

Art. 12: Den Bürgern, deren Einkommen das nicht übersteigt, was sie zu ihrem Unterhalt brauchen, wird der Beitrag zu den öffentlichen Ausgaben erlassen; die anderen müssen nach Progressivsatzen dazu beitragen, je nach der Größe ihres Vermögens.

Art. 13: Die Gesellschaft muß mit aller Kraft die Fortschritte der öffentlichen Vernunft fördern und den Unterricht allen Bürgern ermöglichen.

Art. 14: Das Volk ist der Herrscher; die Regierung ist sein Werk und sein Eigentum; die öffentlichen Beamten sind seine Angestellten. Das Volk kann seine Regierung ändern und seine Vertreter zurückrufen, wenn es ihm gefällt.

Art. 15: Das Gesetz ist der freie und feierliche Ausdruck des Volkswillens.

Art. 16: Das Gesetz soll für alle gleich sein.

Art. 17: Das Gesetz kann nur das verbieten, was der Gesellschaft schädlich ist; es kann nur das befehlen, was ihr nützlich ist.

Usw., usw.

²⁰ Vgl. dazu Anmerkung 18, Artikel 3; die amerikanische Unabhängigkeitserklärung auf S. 21; Prinzip 1, 5, 6 des polit. Ratesystems auf S. 58 ff., 73/74.

²¹ Siehe Art. 14, (Anmerkung 19).

²² Siehe Art. 1, (Anmerkung 19).

²³ Siehe Art. 13, (Anmerkung 19).

²⁴ Siehe Art. 17, (Anmerkung 18).

²⁵ Siehe Art. 6, (Anmerkung 19).

Menschenrechte einnimmt, ist aus den Kämpfen, die das junge Bürgertum mit dem Feudaladel auszufechten hatte, zu verstehen, Kämpfen, in denen der „dritte Stand“ gegen die Eigentumsverhältnisse der feudalen Gesellschaftsordnung anstürmte, um der kapitalistischen Produktionsweise entsprechende Eigentums- und Produktionsverhältnisse herzustellen. Durch den kolossalen wirtschaftlichen Aufschwung bedingt, wuchsen die neuen Märkte und erwuchsen immer neue, und mit ihnen stieg auch der Bedarf.²⁶ Die bisherige feudale oder zünftige Betriebsweise der Industrie reichte nicht mehr aus und konnte der weiteren ökonomischen Entwicklung nicht mehr genügen. Die folgenden sozial-ökonomischen Umwälzungen, die die zur Fessel gewordenen feudalen Eigentums- und Produktionsverhältnisse sprengten, traten zutage in Form politischer Revolutionen, wie der englischen des 17. Jahrhunderts und der französischen des 18. Jahrhunderts. Während diesen erhielten die in bereits vorangegangenen politischen Kämpfen zwischen Bürgertum, Feudaladel und absoluter Monarchie vertretenen Forderungen des dritten Standes in den Erklärungen der Menschen- und Bürgerrechte ihre besondere Prägnanz. Daher erscheint auch die Erklärung des Privateigentums als unantastbares Menschenrecht für jedes Individuum entsprechend der neuen bürgerlichen Eigentumsform im Gegensatz zur alten feudalen Eigentumsordnung.

Was in unserem Zusammenhang von Interesse ist, ist die Aufführung des Eigentums als eines Rechtes für alle Menschen. Eigentum heißt aber nicht nur beschränktes Eigentum an Konsumgütern, sondern auch Eigentum an Produktionsmitteln. Und das Eigentum an den Produktionsmitteln ist das ökonomisch und sozial relevante Eigentum, das mit dem Begriffe „Eigentum“ in den Erklärungen der Menschenrechte auch gemeint ist. Konnte sich aber das liberalistische Verlangen nach Eigentum als „heiliges“ Recht für alle Menschen ohne Unterschied erfüllen? Die Unmöglichkeit der Realisation dieser Forderung auf der Basis des bürgerlichen Privateigentums und der bürgerlichen Produktionsweise rückte zu einem Zeitpunkte, wo der Gegensatz zwischen besitzender und besitzloser Klasse noch unentwickelt und erst in den allerersten Anfängen war, noch nicht so ans Licht wie später, als man langsam zu verstehen begann, daß das Proletariat nie zu Besitz kommen könne und die Bauern, für welche die Guttheißung des Eigentums weitgehend gegolten hatte, dieses notwendig langsam an das Großkapital und an die Reste des Großgrundbesitzes verlieren mußten.²⁷ So ergab sich erst allmählich, daß die Realisierung des Eigentumsrechts im Sinne des gleichen Rechts für alle auf Grund der Struktur der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse nicht möglich war.

Mit der weiteren Entwicklung und Verschärfung des Gegensatzes zwischen reich und arm, zwischen Bürgertum und werktätiger Bevöl-

²⁶ MEGA I 6, S. 527.

²⁷ Engels, A-D, S. 299/300.

kerung verwandelte sich das Menschenrecht des Eigentums in ein ausschließliches Recht der Verteidigung des Eigentums gegenüber den Besitzlosen. Diese Wandlung, die ihren Einfluß auch auf die politischen Rechte der Menschen erstreckte, tritt in der neuen französischen Verfassung vom Jahre III (1795) zutage. Was in den früheren Verfassungen und den dazu einleitenden Erklärungen der Menschenrechte als mit der Idee der direkten Demokratie verwandt nachgewiesen wurde, ist in der neuen Verfassung verschwunden. Die Ansätze zur Befreiung des Menschen, die Ansätze politischer Freiheit in Richtung der direkten Demokratie sind in dieser Verfassung nicht mehr vorhanden. Und wo eine gewisse Tendenz zur allseitigen Freiheit oder Gleichheit der Menschen auftaucht, wird sie in den nächsten Artikeln wieder aufgehoben.

Als erstes fällt in der neuen Verkündung der Menschenrechte das Fehlen des Rechts des Widerstandes gegen Bedrückung auf. In ihr sind die Wege für eventuelle Ansprüche und für alle dem besitzlosen Teile der Bevölkerung günstigen Neuerungen für immer unterbunden und versperrt, da die für alle geltenden politischen Rechte verflacht und verstümmelt wurden. Formell beruht die Herrschersouveränität weiterhin auf der Gesamtheit der Bürger, d. h. der Bevölkerung, aber es ist nicht mehr jeder Einzelne ohne Unterschied nur auf Grund seiner Tüchtigkeit und Begabung zu allen Würden, Stellungen und öffentlichen Ämtern zugelassen. Zu den Hauptämtern des Staates sind nur noch solche Bürger wählbar, die sich als Besitzer eines bestimmten Vermögens ausweisen können. So wird ungeachtet einiger Sätze über die Gleichheit der Rechte einer Großzahl der Bürger eine Anzahl wesentlicher Rechte entzogen, die ausschließlich den wohlhabenden Leuten vorbehalten werden. Von einer wirksamen Kontrolle der Beamten durch alle Staatsbürger ist keine Rede mehr, und an eine sofortige Absetzbarkeit ist nicht mehr zu denken. Auch die Gedanken-, Meinungs- und Pressefreiheit ist aus der Erklärung verschwunden, dafür findet sich hingegen in ihr ein neuer Artikel, der die Lohnarbeit als ein zugesichertes Recht enthält. Einen besonderen Zug weist diese Verfassung noch dadurch auf, daß der Gesamtheit der Bürger deren Abänderung nicht zugebilligt wird, sondern im Fall eines Bedürfnisses nach einer Revision, eine solche nur durch einen dazu besonders zusammengestellten Ausschuß durchgeführt werden könne, ohne daß daran alle Bürger eine Kritik ausüben dürften.

In der französischen Verfassung von 1795 finden wir die politischen Niederschläge der verschiedenen Kämpfe, die das aufstrebende Bürgertum auszutragen hatte. Einerseits noch im Kampfe mit dem Feudaladel, sah es sich plötzlich von einer zweiten, langsam aber unaufhaltsam immer mehr wachsenden Kraft, von der jungen Arbeiterklasse bedroht. Aus dieser neuen Situation heraus erklärt sich der Wandel in den Zügen der Verfassung. Einerseits enthält diese noch Elemente der gegenüber dem Feudaladel und der absoluten Monarchie gestellten Forderungen, andernteils aber auch schon Schutzmaßnahmen als Folge des allmählich

in gewissen Momenten bereits akut werdenden Konfliktes zwischen der durch die neue Produktionsweise geschaffenen Klasse der Arbeiter und der besitzenden Klasse, die im Begriffe war, sich im modernen Repräsentativstaat die politische Herrschaft zu sichern. Dieser Art und Weise wegen, wie sich das Bürgertum durch einzelne Bestimmungen die politische Macht im Staate zu sichern suchte, zogen Marx und Engels im Kommunistischen Manifest den Schluß, daß die moderne Staatsgewalt nur „ein Ausschuß sei, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet“.²⁸

Schon Jahre vor der Revolution hatten im stillen bereits einige Philosophen den keimenden Gegensatz zwischen den besitzenden Klassen und den nichtbesitzenden, werktätigen Menschen beobachtet und die Ursache des anschwellenden Konflikts in der Eigentumsordnung gesucht. Sie glaubten aber, daß die Ungleichheiten im Besitz und unter den Menschen auf der Unvernünftigkeit eben dieser Menschen beruhe, und folgerten noch nicht, daß jene Ungleichheiten nicht aus einem Mangel an Vernunft, sondern aus der ökonomischen Entwicklung, die unabhängig vom Willen der Menschen sich entfaltet hatte, erwachsen seien. Die sozialen Mißstände und Konflikte waren ihrer Ansicht nach entsprungen aus dem Nichtbeachten der durch das Naturrecht erwiesenen Gleichheit aller Menschen. Sie solchermassen auf das Naturrecht stützend, forderten sie die Gütergemeinschaft als notwendige Folgerung der „Gleichheit“ und appellierten zu diesem Zwecke an die Vernunft der ganzen Menschheit und sämtlicher Klassen und Schichten, in der Hoffnung, auf dem Wege der absoluten Vernunft die sozialen Gegensätze aussöhnen zu können.²⁹

Zur Zeit der großen französischen Revolution nahm dieser Frühsozialismus die Form des heftig protestierenden Verschwörerkommunismus an, der in Babeuf seinen bedeutendsten Vertreter erhielt. Enttäuscht durch den Teil des Bürgertums, der sich anschickte, mit der neuen Verfassung vom Jahre 1795 die Herrschaft in die Hände zu nehmen, und der die in den Menschenrechten verkündete Gleichheit aller durch Umwandlung in Gleichheit bloß „vor dem Gesetz“ in eine leere Phrase zu verwandeln drohte, beschloß Babeuf mit einem kleinen Kreis von Gesinnungsgenossen in einer Verschwörung, durch gewaltsamen Putsch die äußeren Werkzeuge der politischen Macht zu erobern. Die Pläne der Verschwörer für die Gleichheit waren auf die Schlußfolgerung hin entstanden, daß alle Menschen, da sie gleich von Natur seien, auch gleich in ihren Genüssen sein müßten, also auf Grund einer reinen Illu-

²⁸ MEGA I/6, S. 528.

²⁹ Dieser Gleichheitskommunismus wurde hauptsächlich unter dem Namen „Babouvismus“ bekannt, unter welchem ihn Marx und Engels später heftig bekämpften: „Namentlich Engels lehnte sich auf gegen den, wie er sagt, bornierten Gleichheitskommunismus, der die Gütergemeinschaft nur als notwendige Folgerung der ‚Gleichheit‘ forderte.“ (Aus dem Vorwort von W. Blos.) Buonarrotti a. a. O., S. 8; vgl. dazu MEGA I/6, S. 553 ff.

sion.³⁰ Entsprechend glaubte man auch, daß der Appell an die Vernunft alle Elemente der überzeugenden Propaganda enthielte, und die Werkzeuge der politischen Macht sollten schnell und gewaltsam erobert werden, damit das einzige Mittel, das die Widerstrebenden zur Vernunft bringen könne, erlangt werde. Obwohl die rationalistischen Theorien Babeufs nicht dazu ausreichten, die bestehenden Ungleichheiten zu erklären, und er der Zeitumstände wegen auch die Mittel zur Beseitigung jener Mißstände noch nicht erkennen konnte, enthalten sie bereits viele Momente, die sich in neuem Gewand in der Marxschen Idee wiederfinden.³¹

Babeuf glaubte, weil man während der Revolution mehrfach eine Klasse in der Herrschaft die andere hatte ablösen sehen, sein System mit einem mächtigen Gewaltstreich durchsetzen und dadurch die bestehenden Mißstände abschaffen zu können. Durch diesen Teil seiner Theorie, der den bewaffneten Aufstand verfißt und aus den Kämpfen der Revolutionszeit heraus begreiflich wird, sowie durch sein direktes Eintreten für die Interessen der besitzlosen Klassen, unterscheidet sich der Gleichheitskommunismus der Verschwörersozialisten wesentlich von den Theorien und Lehren der folgenden drei großen Utopisten.

Schon weiter oben sahen wir, daß die Theorien Owens, Fouriers und Saint-Simons als theoretischer Ausdruck der sich entfaltenden Konflikte und sozialen Mißstände entstanden. Verbunden mit einer scharfen Kritik der sozialen Zustände entwarfen Owens in England, Fourier und Saint-Simon in Frankreich aus dem Kopfe heraus konstruierte Gesellschaftsordnungen, in welchen das Reich der Vernunft und der ewigen Gerechtigkeit verwirklicht werden sollte. Ihre Systeme, die als Folgerungen der Gleichheits- und Freiheitspostulate der Menschenrechte gewonnen und gebildet wurden, enthalten viele Momente, die sich, allerdings verschieden abgeleitet, bei Marx wiederfinden; denn trotz ihres rationalistischen Standpunktes gelangten die Utopisten in einer bestimmten Vorahnung zu gewissen Voraussichten und erkannten einige von den leitenden Gedanken einer klassenlosen Gesellschaft. Und dies, obwohl sie als Ideologen im Gegensatz zu Marx die Bedeutung des Kampfes der besitzlosen Klassen zur Beseitigung der Klassengegensätze verneinten. Zur Erreichung ihrer Ziele appellierten sie an die Vernunft und Einsicht der ganzen Gesellschaft, weil sie in ihren Lehren und Theorien den Ausdruck der absoluten Wahrheit, Vernunft und Gerechtigkeit gefunden zu haben vermeinten.³² Nicht durch Kampf sollten daher ihre Ziele angestrebt werden, sondern durch das Beispiel und den Appell an die allgemeine Vernunft. Je größer die sozialen Konflikte wurden, desto hartnäckiger traten die Utopisten für die Klassenharmonie ihrer Zukunftswelten ein und sperrten sich gegen den Klassenkampf.

³⁰ Vgl. dazu die: Aufstandsakte des „Aufstandskomitees der öffentlichen Wohlfahrt an das Volk“, Buonarrotti a. a. O., S. 320 ff.

³¹ Vgl. dazu den „Entwurf eines ökonomischen Dekrets“, ebenda, S. 327 ff.

³² Vgl. dazu MEGA I/6, S. 554; Engels A-D, S. 25/26.

Der theoretischen Unreife, sich die Gründe der Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten klar zu machen, und des Versagens der praktischen Experimente wegen, die in ihrer Art von vornherein zum Untergang verurteilt waren, mußte auch der utopische Sozialismus versagen, besiegt werden und untergehen. Nur dessen Tendenzen zur Freiheit des Menschen und zu demokratischen Gesellschaftsformen hin finden wir im Marxismus wieder. Insofern aber diese Momente hier wieder erscheinen, wenn auch auf eine andere Art und Weise als in den früheren Theorien und Lehren entwickelt, glauben wir sagen zu können, daß Marx' Idee der direkten Demokratie an den Liberalismus und den Frühsozialismus anknüpft. In diesem Sinne sagten wir auch schon, daß der Marxismus ein Umschlagen von Quantitäten in neue Qualitäten bedeutet. Nämlich im Hinblick darauf, daß alle jene Ansätze in Richtung der Marx'schen Idee nicht mehr als Momente einer rationalistischen Anschauungsweise erscheinen, sondern aus der Betrachtung des Entwicklungsprozesses der empirischen Wirklichkeit heraus gewonnen und entwickelt werden.

Mit Hilfe der aus der Philosophie Hegels entnommenen dialektischen Denkmethode, die als wesentlicher Bestandteil auch in ihre eigene, neue Theorie und Lehre übergang, deuteten Marx und Engels die gesellschaftlichen Verhältnisse als ökonomisch-soziale und sahen in den bisherigen Theorien und Lehren nicht nur die flüchtigen Erscheinungen vorübergehender Unruhen, sondern den Ausdruck verschiedener Klasseninteressen der sich in fortwährendem Klassenkampfe fortbewegenden menschlichen Gesellschaft. Der Gedanke, daß das historische Werden und Vergehen ein durch die Entwicklung von Gegensätzen bestimmter Prozeß sei, wurde von ihnen aus der abstrakten Form, in der ihn die Dialektik Hegels schon in den allgemeinsten Zügen beschrieben hatte, auf die konkrete Erklärung des Klassenkampfes übertragen, und in diesem historischen Prozeß, in dem man bisher den Übergang einer Gedankenform zu einer anderen zu sehen geglaubt hatte, erblickten sie zum erstenmal den Übergang einer Form der sozialen Struktur zu einer anderen, das heißt einer ökonomischen Produktionsweise zu einer anderen.³³

Die Übertragung des Gedankens des historischen Werdens und Vergehens durch die Entwicklung von Gegensätzen auf die Erklärung des Klassenkampfes führte Marx und Engels dazu, in der Geschichte aller bisherigen Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen zu sehen.³⁴ Darnach hätten die Interessengegensätze der verschiedenen Klassen und Stände, der Unterdrücker und Unterdrückten, fortwährend zu einem ununterbrochenen, bald versteckten bald offenen Kampf geführt, einem Kampf, der jedesmal mit einer Umwälzung der ganzen Gesellschaftsordnung geendet habe oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen. „Die aus dem Untergang der feudalen Gesellschaft

³³ Labriola Antonio, „Zum Gedächtnis des Kommunistischen Manifestes“, (Übersetzung von Fr. Mehring, 1909), S. 11.

³⁴ MEGA I/6, S. 525.

hervorgegangene moderne bürgerliche Gesellschaft“ habe „die Klassen-
gegensätze nicht aufgehoben“, sondern „nur neue Klassen, neue Be-
dingungen der Unterdrückung, neue Gestaltungen des Kampfes an die
Stelle der alten gesetzt“. ³⁵ Die Epoche des Bürgertums zeichne sich
jedoch durch eine Vereinfachung der Klassengegensätze aus, da die ganze
Gesellschaft, „sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in
zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und
Proletariat“ spalte. Das Bürgertum selbst sei „das Produkt eines langen
Entwicklungsganges, einer Reihe von Umwälzungen in der Produktions-
und Verkehrsweise“. ³⁶ Alle Entwicklungsstufen des Bürgertums seien
begleitet gewesen von einem entsprechenden politischen Fortschritt. Als
ein unter der Herrschaft der Feudalherren noch unterdrückter Stand
habe sich das Bürgertum endlich „seit der Herstellung der großen Indu-
strie und des Weltmarktes im modernen Repräsentativstaat die aus-
schließliche politische Herrschaft“ erkämpft. Die Rolle des Bürgertums
sei in der Geschichte eine höchst revolutionäre gewesen. Wo es zur Herr-
schaft gekommen, habe es alle „feudalen, patriarchalischen, idyllischen
Verhältnisse zerstört“. Das nackte Interesse allem voranstellend, habe
es die Familien- und Rechtsverhältnisse nicht weniger als die ökonomi-
schen und ideologischen umgestaltet. Es könne, im Gegensatz zu den
alten feudalen Klassen, nicht existieren, ohne die „Produktionsinstru-
mente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen
Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren“, wodurch der bürgerlichen
Epoche ein Zug ewiger Unsicherheit und Bewegung verliehen werde.
Durch die Ausdehnung des Marktes über den ganzen Erdball sei die
bürgerliche, d. h. kapitalistische Produktionsweise überall eingeführt wor-
den, und in ihrem Gefolge seien auch in geistiger Beziehung die nationalen
Einseitigkeiten und Beschränktheiten allmählich im schwinden. Das
Bürgertum habe der Stadt auch zur Herrschaft über das Land verholfen
und durch Erschaffung enormer Städte „die Zahl der städtischen Bevöl-
kerung gegenüber der ländlichen in hohem Grade vermehrt“. ³⁷ Es tendiere
infolge seiner ihm eigenen Produktionsweise mehr und mehr zur Auf-
hebung der Zersplitterung der Produktionsmittel, der Zersplitterung des
Besitzes und der Bevölkerung hin. Es habe „die Bevölkerung agglome-
riert, die Produktionsmittel zentralisiert und das Eigentum in wenigen
Händen konzentriert“. ³⁸ „Die notwendige Folge hiervon“ sei „die poli-
tische Zentralisation“. Kurz, das Bürgertum habe in seiner „kaum
hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Pro-
duktionskräfte geschaffen als alle vergangenen Generationen zusam-
men“. ³⁹ Zusammenfassend ergibt sich aus den Ansichten von Marx
und Engels, daß die Produktions- und Verkehrsmittel, auf deren Grund-

³⁵ MEGA I/6, S. 526.

³⁶ Ebenda, S. 527.

³⁷ MEGA I/6, S. 530.

³⁸ Ebenda, S. 530.

³⁹ Ebenda, S. 530.

lage sich das Bürgertum herangebildet habe, in der feudalen Gesellschaft erzeugt worden seien. Auf einer gewissen Stufe der Entwicklung dieser Produktions- und Verkehrsmittel hätten die Verhältnisse, in denen die feudale Gesellschaft produzierte und austauschte, also die feudale Organisation der Agrikultur und Manufaktur, mit einem Wort die feudalen Eigentumsverhältnisse den schon entwickelten Produktivkräften nicht mehr entsprochen. Sie hätten die Produktion gehemmt, statt sie zu fördern und sich in ebenso viele Fesseln verwandelt, die gesprengt werden mußten und gesprengt wurden.⁴⁰ An ihre Stelle sei die freie Konkurrenz mit der ihr angemessenen gesellschaftlichen und politischen Konstitution, mit der ökonomischen und politischen Herrschaft „des Bürgertums getreten“.⁴¹

Das Spezifische an der dialektischen Denkmethode ist ihre Eigenschaft, in den Bewegungsprozessen nicht nur die Entstehungsseite, sondern ebenso sehr den Aspekt ihres Vergehens hervorzuheben und darzustellen. Entsprechend folgerten Marx und Engels auch, daß gleich der feudalistischen Produktionsweise, die sich aus einer früheren herausgebildet und auf Grund ihrer Gegensätze in die bürgerliche Produktionsweise aufgelöst habe, sich diese gleichfalls kraft ihrer Gegensätze in einer höheren ökonomischen Produktionsgestaltung aufheben müsse. Ebenso stand für sie auch schon fest, daß diese Bewegung bereits im Begriffe sei, sich zu vollziehen.

„Die bürgerlichen Produktions- und Verkehrsverhältnisse, die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse, die moderne bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor. Seit Dezennien ist die Geschichte der Industrie und des Handels nur die Geschichte der Empörung der modernen Produktivkräfte gegen die modernen Produktionsverhältnisse, gegen die Eigentumsverhältnisse, welche die Lebensbedingungen der Bourgeoisie und ihrer Herrschaft sind. Es genügt, die Handelskrisen zu nennen, welche in ihrer periodischen Wiederkehr immer drohender die Existenz der ganzen bürgerlichen Gesellschaft in Frage stellen. In den Handelskrisen wird ein großer Teil nicht nur der erzeugten Produkte, sondern der bereits geschaffenen Produktivkräfte regelmäßig vernichtet. In den Krisen bricht eine gesellschaftliche Epidemie aus, welche allen früheren Epochen als ein Widersinn erschienen wäre – die Epidemie der Überproduktion. Die Gesellschaft findet sich plötzlich in einen Zustand momentaner Barbarei zurückversetzt; eine Hungersnot, ein allgemeiner Vernichtungskrieg scheinen ihr alle Lebensmittel abgeschnitten zu haben; die Industrie, der Handel scheinen vernichtet, und warum? Weil sie zuviel Zivilisation, zuviel Lebensmittel, zuviel Industrie, zuviel Handel besitzt. Die Produktivkräfte, die ihr zur Verfügung stehen, dienen nicht mehr zur Beförderung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse; im Gegenteil, sie sind zu gewaltig für

⁴⁰ Ebenda, S. 531, vgl. dazu Vorwort zur „Kritik der pol. Ökonomie“.

⁴¹ MEGA I/6, S. 531.

diese Verhältnisse geworden, sie werden von ihnen gehemmt; und sobald sie die Hemmnisse überwinden, bringen sie die ganze bürgerliche Gesellschaft in Unordnung, gefährden sie die Existenz des bürgerlichen Eigentums. Die bürgerlichen Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen. – Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, daß sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.

Die Waffen, womit die Bourgeoisie den Feudalismus zu Boden geschlagen hat, richten sich jetzt gegen die Bourgeoisie selbst.

Aber die Bourgeoisie hat nicht nur die Waffen geschmiedet, die ihr den Tod bringen; sie hat auch die Männer gezeugt, die diese Waffen führen werden – die modernen Arbeiter, die *Proletarier*.

In demselben Maße, worin sich die Bourgeoisie, d. h. das Kapital entwickelt, in demselben Maße entwickelt sich das Proletariat, die Klasse der modernen Arbeiter, die nur so lange leben, als sie Arbeit finden, als ihre Arbeit das Kapital vermehrt. Diese Arbeiter, die sich stückweise verkaufen müssen, sind eine Ware, wie jeder andere Handelsartikel, und daher gleichmäßig allen Wechselfällen der Konkurrenz, allen Schwankungen des Marktes ausgesetzt.

Die Arbeit der Proletarier hat durch die Ausdehnung der Maschinerie und die Teilung der Arbeit allen selbständigen Charakter und damit allen Reiz für den Arbeiter verloren. Er wird ein bloßes Zubehör der Maschine, von dem nur der einfachste, eintönigste, am leichtesten erlernbare Handgriff verlangt wird.“⁴²

Hier stoßen wir in der Marxschen Theorie auf die Wurzel der Idee der direkten Demokratie. Wir sahen schon in der Einleitung, daß das Ziel dieser Idee die Befreiung des Individuums vom Phänomen der Verdinglichung ist und die Schaffung einer Grundlage, auf der die Verwirklichung, d. h. die freie Entfaltung des Individuums realisierbar sei. Als Humanist wendet sich Marx scharf gegen einen Zustand, wo der Mensch nur noch „bloßes Zubehör der Maschine“ ist und setzt sich mit allen Kräften für die Aufhebung dieses Zustandes ein, indem er an die Klasse appelliert, die sich im Gegensatz zur besitzenden Klasse in dieser Selbstentfremdung nicht wohl fühlt und gegen sie ankämpft, an die Arbeiterklasse.⁴³

⁴² MEGA I/6, S. 531/32.

⁴³ „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ MEGA I/6, S. 557. Vgl. dazu eine von Marx auf der Jahresfeier des chartistischen Organs „Peoples Paper“ im April 1856 gehaltene Rede. Marx sagt dort: „Wir wissen, daß die neuen Kräfte der Gesellschaft nur neuer Menschen bedürfen, die sie bemeistern, damit sie gut arbeiten, und das sind die Arbeiter. Sie sind so gut das Erzeugnis der neuen Zeit wie die Maschinerie selbst. In dem Zeichen, das die Bourgeoisie, den Adol und die armen Rückschrittspropheten in Verwirrung bringt, erkennen wir unseren tapferen Freund Goodfellow, den alten Maulwurf, der so schnell in der Erde arbeiten kann, den würdigen Pionier – die Revolution. Die englischen Arbeiter sind die erstgeborenen Söhne der modernen Industrie. Sie werden also auch sicher nicht die letzten sein, der durch diese Industrie erzeugten sozialen Revolution beizustehen, einer Revolution, die die Emanzipation ihrer eigenen Klasse in der ganzen Welt bedeutet, die so universal ist wie die Herrschaft des Kapitals und die Lohnsklaverei.“ Vgl. dazu ferner z. B. die „Inauguraladresse und provisorischen Statuten der internationalen Arbeiterassoziation“, die

Besonders unwürdig erscheint dieser Zustand Marx deswegen, weil er auf Grund seiner immanenten und dialektischen Kritik an der bürgerlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung die Ansicht vertritt, daß die Selbstentfremdung des Menschen nur ein Moment der bürgerlichen Gesellschaft ist und mit ihrer Umgestaltung in eine neue Gesellschaftsordnung verschwinden muß. Marx kritisiert im Gegensatz zu den Utopisten die bestehenden sozialen Mißstände nicht, weil sie irgendwelchen verkündeten Menschenrechten nicht entsprechen, sondern da es seiner Auffassung nach spezifische Momente einer Gesellschaftsordnung sind, deren Existenzberechtigung in seinen Augen deswegen verwirkt ist, weil die durch sie erzeugten Produktivkräfte bereits seit „Dezennien“ gegen die ihr eigenen Produktions-, d. h. Eigentumsverhältnisse in Widerspruch und Empörung geraten sind. Deswegen also, weil auf Grund des Standes der Produktivkräfte es bereits möglich wäre, durch Umgestaltung der Produktions- und Eigentumsverhältnisse die Selbstentfremdung des Menschen und die durch dieselben Ursachen bedingten Erschütterungen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung zu beseitigen.

Seine dialektisch-historische Betrachtungsweise führt Marx auch dazu, die Rolle der Arbeiterklasse ganz anders zu bewerten, als dies die Frühsozialisten und Utopisten taten. Für ihn ist der Entwicklungsgang der Arbeiterklasse in verschiedene Stufen einzuteilen. Ihr Kampf gegen den besitzenden Teil des Bürgertums habe mit ihrer Existenz begonnen. Anfänglich hätten die Arbeiter vereinzelt und zersplittert gegen einzelne besitzende Bürger gekämpft. Es sei dies der Kampf einer „über das ganze Land zerstreuten und durch die Konkurrenz zersplitterten Masse“ gewesen.⁴⁴ Aber mit der Entwicklung der Industrie habe sich nicht nur die Klasse der Arbeiter vermehrt, sondern durch ihre Zusammendrängung in größere Massen sei auch ihre Kraft gewachsen und es hätten sich die Interessen und die Lebenslage innerhalb der Arbeiter ausgeglichen, weil die Maschinerie mehr und mehr die Unterschiede der Arbeit verwischt und den Lohn fast überall auf ein gleiches Niveau herabgedrückt habe.⁴⁵ Infolge der der bürgerlichen Wirtschaftsordnung immanenten Tendenzen sei die Lebensstellung der Arbeiter immer unsicherer geworden und hätten „die Kollisionen zwischen dem einzelnen Arbeiter und dem einzelnen Bourgeois den Charakter von Kollisionen zweier Klassen“ angenommen.⁴⁶ Doch die Kollisionen der bürgerlichen Gesellschaft förderten den Entwicklungsgang der Arbeiterklasse. Da das Bürgertum sich in fortwährenden Kämpfen befindet, anfänglich noch gegen die feudalen Überreste, dann gegen Teile seiner selbst und stets gegen das Bürgertum aller auswärtigen Länder und in diesen Kämpfen

ganz in diesem Sinne beginnt: „Arbeiter! Es ist eine unumstößliche Tatsache, daß das Elend der Arbeiterklasse sich nicht vermindert hat, ...“ Weitere Beispiele würden sich nach Belieben anführen lassen.

⁴⁴ MEGA I/6, S. 533.

⁴⁵ Ebenda, S. 534.

⁴⁶ MEGA I/6, S. 534.

die Hilfe der Arbeiter benötige, so sei es genötigt, diese in die politische Bewegung hineinzureißen, und dadurch führe es der Arbeiterklasse seine eigenen Bildungselemente, „d. h. Waffen gegen sich selbst zu“.⁴⁷ Wenn auch die Arbeiterklasse in all diesen Kämpfen des Bürgertums und gegen dieses manchmal unterliege, so erstehe sie „immer wieder, stärker, fester, mächtiger“.⁴⁸ Ferner würden „durch den Fortschritt der Industrie ganze Bestandteile der herrschenden Klasse ins Proletariat hinabgeworfen oder wenigstens in ihren Lebensbedingungen bedroht“ und auch dadurch der Arbeiterklasse „eine Masse Bildungselemente“ zugeführt. Und in Zeiten endlich, da der Klassenkampf sich der Entscheidung nähere, nehme „der Auflösungsprozeß innerhalb der herrschenden Klasse, innerhalb der ganzen alten Gesellschaft, einen so heftigen, so grellen Charakter an, daß ein kleiner Teil der herrschenden Klasse sich von ihr „lossage“ und „sich der revolutionären Klasse anschließe“, der Klasse, welche die „Zukunft in ihren Händen“ trage.⁴⁹ Kurz, „von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie“ gegenüberständen, sei „nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse“, das im Gegensatz zu den übrigen Klassen, die mit der großen Industrie verkämen und untergingen, ihr eigenstes Produkt sei.⁵⁰ Im Gegensatz zu allen früheren Klassen, die bei der Eroberung der Herrschaft ihre schon erworbene Lebensstellung zu sichern suchten, habe die Arbeiterklasse nichts von dem ihrigen zu sichern. Die Arbeiterklasse könne „die gesellschaftlichen Produktivkräfte nur erobern, indem sie ihre eigene bisherige Aneignungsweise und damit die ganze bisherige Aneignungsweise“ abschaffe.⁵¹ Das heißt also, nur durch eine völlige soziale Umwälzung und Umgestaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung in eine neue klassenlose Gesellschaftsformation, in der keine Aneignungsweise mehr bestehe, die auf dem auf Grund der Besitzlosigkeit der großen Mehrzahl bestehenden Privatbesitz der gesellschaftlichen Minderheit beruhe. Um aber die bürgerliche Aneignungsweise und das durch dieselbe Ursache bedingte Phänomen der menschlichen Selbstentfremdung zu beseitigen, müsse die Arbeiterklasse vorerst die Herrschaft des Bürgertums stürzen, die politische Macht erringen und zugleich, als Vorbedingung zur Schaffung einer neuen Gesellschaftsstruktur, die Wurzel der bisherigen und damit auch der Herrschaft der Bourgeoisie, nämlich das Privateigentum an den wesentlichen Produktionsmitteln abschaffen. Durch dessen Abschaffung, welche das Ende der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse bedeutet, würde die Arbeiterklasse keine geschichtlich neuartige Tat vollbringen, denn alle Eigentumsverhältnisse seien „einem beständigen geschichtlichen Wechsel, einer beständi-

⁴⁷ Ebenda, S. 534.

⁴⁸ Ebenda, S. 534.

⁴⁹ Ebenda, S. 535.

⁵⁰ Ebenda, S. 535.

⁵¹ MEGA I/6, S. 536.

gen geschichtlichen Veränderung unterworfen“ gewesen.⁵² So habe z. B. die französische Revolution das Feudaleigentum zugunsten des bürgerlichen abgeschafft. Es solle nicht das Eigentum überhaupt, sondern bloß das bürgerliche, d. h. das Privateigentum abgeschafft werden, denn dieses sei „der letzte und vollendetste Ausdruck der Erzeugung und Aneignung der Produkte, die auf Klassengegensätzen, auf der Ausbeutung der einen durch die anderen“ beruhe.⁵³ „Das Eigentum in seiner heutigen Gestalt“, d. h. das Privateigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln, bewege sich in dem Gegensatz von Kapital und Lohnarbeit, denn die Lohnarbeit, die Arbeit des Arbeiters schaffe diesem keineswegs Eigentum, sondern sie schaffe das Kapital, d. h. das Eigentum, welches sich nur unter der gleichzeitigen Vermehrung von neuer Lohnarbeit vermehrt, um diese „von neuem auszubeuten“. Die beiden Seiten dieses Gegensatzes betrachtend, sagt Marx:

„Kapitalist sein, heißt nicht nur eine rein persönliche, sondern eine gesellschaftliche Stellung in der Produktion einnehmen. Das Kapital ist ein gemeinschaftliches Produkt und kann nur durch eine gemeinsame Tätigkeit vieler Mitglieder, ja in letzter Instanz nur durch die gemeinsame Tätigkeit aller Mitglieder der Gesellschaft in Bewegung gesetzt werden.

Das Kapital ist also keine persönliche, es ist eine gesellschaftliche Macht.

Wenn also das Kapital in gemeinschaftliches, allen Mitgliedern der Gesellschaft angehöriges Eigentum verwandelt wird, so verwandelt sich nicht persönliches Eigentum in gesellschaftliches. Nur der gesellschaftliche Charakter des Eigentums verwandelt sich. Er verliert seinen Klassencharakter.

Kommen wir zur Lohnarbeit.

... Was... der Lohnarbeiter durch seine Tätigkeit sich aneignet, reicht bloß dazu hin, um sein nacktes Leben wieder zu erzeugen. Wir wollen diese persönliche Aneignung der Arbeitsprodukte zur Wiederverzeugung des unmittelbaren Lebens keineswegs abschaffen, eine Aneignung, die keinen Reinertrag übrigläßt, der Macht über fremde Arbeit geben könnte. Wir wollen nur den elenden Charakter dieser Aneignung aufheben, worin der Arbeiter nur lebt, um das Kapital zu vermehren, nur soweit lebt, wie es das Interesse der herrschenden Klasse erheischt.

In der bürgerlichen Gesellschaft ist die aufgehäufte Arbeit nur ein Mittel, die aufgehäufte Arbeit zu vermehren. In der kommunistischen Gesellschaft ist die aufgehäufte Arbeit nur ein Mittel, um den Lebensprozeß der Arbeiter zu erweitern, zu bereichern, zu befördern.

In der bürgerlichen Gesellschaft herrscht also die Vergangenheit über die Gegenwart, in der kommunistischen die Gegenwart über die Vergangenheit. In der bürgerlichen Gesellschaft ist das Kapital selbständig und persönlich, während das tätige Individuum unselbständig und unpersönlich ist.“⁵⁴

⁵² Ebenda, S. 538.

⁵³ Ebenda, S. 538.

⁵⁴ MEGA I/6, S. 539/40.

Erneut nimmt hier Marx Stellung gegen das Phänomen der menschlichen Selbstentfremdung. Der Zustand, in welchem die gesellschaftlichen Verhältnisse in Form sachlicher Verhältnisse den Individuen gegenüber treten, soll aufgehoben, ja muß und kann aufgehoben werden, da die Produktivkräfte schon längst gegen die Eigentumsverhältnisse zu rebellieren begonnen haben, Eigentumsverhältnisse, in denen auch die Ursache der Selbstentfremdung zu suchen ist.

Das Kapital soll also „in gemeinschaftliches, allen Mitgliedern der Gesellschaft angehöriges Eigentum verwandelt werden“ und durch seine Überführung in die Kontrolle und bewußte Beherrschung durch den Menschen seinen früheren Charakter einer dem Individuum fremd gegenüber tretenden und dieses beherrschenden Macht verlieren. Ist das Kapital einmal in gemeinschaftliches und als solches auch gemeinschaftlich betriebenes Eigentum überführt, so kann es dem Einzelnen nicht mehr als „selbständige und persönliche“ Macht gegenüber treten, da sein gesellschaftlicher Charakter nun offen zutage tritt und sein Klassencharakter verschwindet. Durch die Anwendung der Produktionsmittel im Zustande der Gemeinschaft soll auch die Arbeitsteilung, welche die persönlichen Verhältnisse in sachliche verwandelte, in ihrer bisherigen Form aufgehoben werden. Mit dem Verschwinden des Privateigentums und der bisherigen Form der Arbeitsteilung wird auch die Herrschaft der scheinbar sachlichen Verhältnisse über die Individuen, die Erdrückung der Individualität durch die Zufälligkeit ein Ende nehmen und künftig an die Stelle der Herrschaft der Verhältnisse und der Zufälligkeit über die Individuen die Herrschaft der Individuen über die Zufälligkeit und die Verhältnisse treten. Mit dem Verschwinden des Privateigentums wird auch dessen Existenzbedingung und damit gleichzeitig die Existenzbedingung der bürgerlichen Gesellschaft, die Lohnarbeit verschwinden. In der wirklichen Gemeinschaft sollen die Individuen in ihrer Assoziation und durch dieselbe zugleich schließlich die Freiheit erlangen.⁵⁵

Eine dermaßen tiefe Umwälzung in den menschlichen Lebensverhältnissen und in ihren gesellschaftlichen Beziehungen wird sich auch auf das menschliche Bewußtsein auswirken. „Bedarf es tiefer Einsicht, um zu begreifen“, sagt Marx, „daß mit den Lebensverhältnissen der Menschen, mit ihren gesellschaftlichen Beziehungen, mit ihrem gesellschaftlichen Dasein, auch ihre Vorstellungen, Anschauungen und Begriffe, mit einem Worte auch ihr Bewußtsein sich ändert?“

Was beweist die Geschichte der Ideen anders, als daß die geistige Produktion sich mit der materiellen umgestaltet? Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse.

Man spricht von Ideen, welche eine ganze Gesellschaft revolutionieren; man spricht damit nur die Tatsache aus, daß sich innerhalb der alten Gesellschaft die Elemente einer neuen gebildet haben, daß

⁵⁵ Vgl. dazu *Mayer Gustav*, „Fr. Engels, eine Biographie“, 1934, Bd. I, S. 242 ff.

mit der Auflösung der alten Lebensverhältnisse die Auflösung der alten Ideen gleichen Schritt hält.“⁵⁶

Es sei dies, führt Marx weiter aus, eine Erscheinung, die beim Untergang aller früheren Gesellschaftsstrukturen und ihrer Umgestaltung in neue Gesellschaftsordnungen nachzuweisen sei.⁵⁷ Da bei der durch die Arbeiterklasse durchzuführenden Umwälzung der bürgerlichen in eine neue, höhere Gesellschaftsformation mit den bestehenden und überlieferten Eigentumsverhältnissen am radikalsten gebrochen werden müsse, so würde im Entwicklungsgange dieser gesellschaftlichen Umgestaltung auch mit den überlieferten Ideen am radikalsten gebrochen werden. Besonders auch deswegen, weil mit dem gänzlichen Verschwinden des Klassengegensatzes sich die Bewußtseinsformen, die allen bisherigen Gesellschaftsordnungen ihres Klassencharakters wegen und aller ihrer Mannigfaltigkeit und Verschiedenheit zum Trotz eigen waren, vollständig auflösen würden.⁵⁸ Sollte diese Auffassung richtig sein, so würde dadurch die Idee der direkten Demokratie als der Organisationsform der neuen Gesellschaftsordnung viele ihrer auf den ersten Anblick utopisch anmutende Züge verlieren. Der Menschentypus, der der neuen Gesellschaftsordnung zugrunde liegen würde, wäre nicht mehr ein in durch klassenmäßig bedingte Vorurteile bestimmten Bewußtseinsformen verfangener Mensch. Im Gegenteil würde nach Marx der radikale und vollständige Bruch mit dem überlieferten Bewußtsein dem Menschen die geistige Freiheit bringen und ihm die Möglichkeit einer freien, ungebundenen, von Klassenvorurteilen losgelösten und allseitigen geistigen Entwicklung bieten. Mit der Überwindung der menschlichen Selbstentfremdung würden zugleich auch die gesellschaftlichen Beziehungen ihren dinglichen Schein, ihren scheinbar sachlichen Charakter verlieren, und es würden sich die Menschen, befreit von den von ihnen scheinbar unabhängigen Mächten, bewußt als freie Individuen ihre gesellschaftlichen Beziehungen gestalten können.

Mit der Aufhebung der alten Produktionsverhältnisse soll auch die Existenzbedingung des Klassengegensatzes aufgehoben werden und dadurch aus einer früheren gesellschaftlichen Organisation, die in einem Regieren über Personen bestand, allmählich zu einer gesellschaftlichen Organisation übergegangen werden, die in einem bloß technischen Verwalten, in der Administration von Sachen bestehen soll⁵⁹, wo die Gewalt, da es nichts mehr zu unterdrücken geben wird, absterben muß. Die zur Erreichung dieser gesellschaftlichen Stufe zu erfüllenden Bedingungen umschreibt Marx folgendermaßen:

„Wir sahen schon oben, daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erämpfung der Demokratie ist.

⁵⁶ MEGA I/6, S. 543/44.

⁵⁷ Ebenda, S. 544.

⁵⁸ Ebenda, S. 544.

⁵⁹ Vgl. dazu *Engels*, A-D, S. 328.

Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.

Es kann dies natürlich zunächst nur geschehen vermittels despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Lauf der Bewegung über sich selbst hinaus treiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind.

Diese Maßregeln werden natürlich je nach den verschiedenen Ländern verschieden sein.

Für die fortgeschrittensten Länder werden jedoch die folgenden ziemlich allgemein in Anwendung kommen können:

1. Expropriation des Grundeigentums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben.
2. Starke Progressivsteuer.
3. Abschaffung des Erbrechts.
4. Konfiskation des Eigentums aller Emigranten und Rebellen.
5. Zentralisation des Kredits in den Händen des Staates durch eine Nationalbank mit Staatskapital und ausschließlichem Monopol.
6. Zentralisation des Transportwesens in den Händen des Staates.
7. Vermehrung der Nationalfabriken, Produktionsinstrumente, Urbarmachung und Verbesserung der Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plan.
8. Gleicher Arbeitszwang für alle, Errichtung industrieller Armeen, besonders für den Ackerbau.
9. Vereinigung des Betriebes von Ackerbau und Industrie, Hinwirken auf die allmähliche Beseitigung des Unterschiedes von Stadt und Land.
10. Öffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder. Beseitigung der Fabrikarbeit der Kinder in ihrer heutigen Form. Vereinigung der Erziehung mit der materiellen Produktion, usw.

Sind im Laufe der Entwicklung die Klassenunterschiede verschwunden und ist alle Produktion in den Händen der assoziierten Individuen konzentriert, so verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter. Die politische Gewalt im eigentlichen Sinne ist die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer anderen. Wenn das Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse vereint, durch eine Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassengegensatzes, die Klassen überhaupt und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf.

An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“⁶⁰

⁶⁰ MEGA I/6, S. 545/46.

Mit diesem, den Sinn der Idee der direkten Demokratie wiedergebenden Satz, schließt die Darlegung der Marx-Engelsschen Theorie im Kommunistischen Manifest, welches wir deswegen als Grundlage für die Entwicklung ihrer Lehre gewählt haben, weil es einerseits aus dem Bedürfnis heraus erwachsen ist, mit den früheren sozialistischen und kommunistischen Theorien und Lehren wissenschaftlich-kritisch abzurechnen und dadurch an jene früheren Theorien anknüpft, und andererseits deswegen, weil es besonders klar die dialektisch-historische Entwicklungsweise des Marxismus verglichen mit dem rationalistischen Standpunkt des Frühsozialismus enthüllt.

Wenn bisher die Marx-Engelssche Theorie in manchen Punkten derart ausführlich resümiert wurde, so einzig aus dem Bestreben heraus, nachzuweisen, wie verschieden – verglichen mit den früheren Theorien – die Entwicklungsmethode des kritischen, wissenschaftlichen Sozialismus ist und wie in ihm nun wichtige Momente früherer Theorien, seien es Elemente liberaler oder utopistischer Auffassungen, aus der dialektischen Betrachtung des empirischen Entwicklungsprozesses heraus gewonnen und durch den Versuch der Überwindung klassenmäßig beschränkter Betrachtungsweise konsequent entwickelt wieder auftauchen.

Wiederholt sahen wir bereits, daß die auf dem Privateigentum an den wesentlichen Produktionsmitteln beruhende Produktionsweise das Phänomen der menschlichen Selbstentfremdung hervorruft und daß Marx und Engels von ihrem humanistischen Standpunkt aus als Ziel anstreben, eben diese Verdinglichung aufzuheben, bzw. die zu ihrer Beseitigung einzuschlagenden Wege aufzuzeigen, damit das Individuum sich in einer von diesem Phänomen befreiten Gesellschaft allseitig frei entwickeln und entfalten könne. Dies soll nur durch die Aufhebung und Beseitigung des Privateigentums, bzw. durch dessen Überführung in gemeinschaftlich betriebenes Eigentum verwirklicht werden können.

Aber für Marx und Engels ist die Abschaffung des Privateigentums allein noch ungenügend. Ebenso sehr muß die gesellschaftliche Organisation, deren Grundlage allerdings ebenfalls das Privateigentum ist, umgewälzt und in der bestehenden Form des bürgerlichen Staates beseitigt werden. Denn dieser bildet in den Augen von Marx gleichfalls ein Moment der Verdinglichung, welche sich der freien Entfaltung des Individuums als Hindernis in den Weg stelle; und zwar um so mehr, als er die Bedingungen des Privateigentums und damit seine eigenen zu wahren suche. Privateigentum und Staat, als die Form, unter der die Individuen sich in der bisherigen Gesellschaft einen Gesamtausdruck gaben, sollen aufgehoben und beseitigt werden, damit sich die Bedingung zur Schaffung einer Gesellschaftsordnung ergebe, in der die dann zur Selbstbestätigung gewordene Arbeit mit dem materiellen Leben zusammenfalle, und, nachdem alle Naturwüchsigkeit abgestreift, die Entwicklung der Individuen zu totalen Individuen, die allseitige Verwirklichung des Individuums vor sich gehen könne. Dazu sei es jedoch vorerst not-

wendig, daß das Proletariat die politische Macht erringe, um sich damit den Ausgangspunkt zur Schaffung einer neuen Gesellschaftsorganisation zu erkämpfen.⁶¹

Das Problem des Staates stellt sich somit als integrierender Bestandteil der Idee der direkten Demokratie dar. Wir werden uns daher im Folgenden mit den Auseinandersetzungen Marx' und Engels' zur Frage des Staates eingehend zu befassen haben, um in ihnen die Keime, die zur Bildung der Rätetheorie, d. h. der Theorie, die die Arbeiterräte als das entsprechende Organ der direkten Demokratie als der politischen und gesellschaftlichen Organisationsform der künftigen Gesellschaft ansieht, aufzufinden und darzulegen.

⁶¹ MEGA I/6, S. 538, 545.

2. TEIL

DIE RÄTETHEORIE

Das entscheidende Moment, welches der Idee der direkten Demokratie zugrunde liegt, ist die Ansicht, daß in der bürgerlichen Gesellschaft die Produktivkräfte einen Stand erreicht haben, der die Verwirklichung des freien Individuums ermögliche. Mehr noch, die hierzu notwendige Umwälzung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung sei ihrerseits geradezu zur Notwendigkeit geworden, da die durch die bürgerliche Gesellschaft erzeugten Produktivkräfte bereits seit „Dezennien“ gegen die ihr eigenen Produktions- oder, was nur ein juristischer Ausdruck für diese, gegen die ihr eigenen Eigentumsverhältnisse in Widerspruch und Empörung geraten seien.¹

Ein hoher Stand der Produktivkräfte ist für Marx also die Vorbedingung für die Verwirklichung der direkten Demokratie. Da er ferner der Auffassung ist, die Produktivkräfte seien schon so weit entwickelt, daß sie gegen die modernen Produktionsverhältnisse rebellieren, setzt er sich für die Umgestaltung dieser Verhältnisse, d. h. für die Überführung des Privateigentums in gemeinschaftlich betriebenes Eigentum ein. Also wendet er sich zu diesem Zwecke an die Arbeiterklasse, die aus ihrer materiellen Lebenslage heraus die bestehenden Verhältnisse verneinen, verurteilen und ablehnen müsse.² In diese Klasse, die doch unter der durch die Verhältnisse des Eigentums bedingten menschlichen Selbstentfremdung direkt zu leiden habe und gerade deswegen zur bewußten Erkenntnis gelangen könne, daß die bestehenden Verhältnisse mit ihrem eigenen Klasseninteresse unvereinbar seien, setzt er seine ganze Hoffnung, denn er glaubt, daß die Arbeiter sich auf Grund des Bewußt-werdens und der Erkenntnis ihrer Klassenlage zum Zwecke der Umgestaltung der bestehenden Eigentumsverhältnisse zu einer einheitlichen Aktion zusammenzuschließen vermöchten. Und wie es in früheren gesellschaftlichen Umwälzungen der Fall gewesen, als ein Teil der Gesellschaft zur Umwandlung der damals bestehenden Produktionsverhältnisse geschritten sei, werde auch diese Aktion nicht in einem einmaligen Akt sich vollziehen können, sondern in einem fortlaufenden Prozeß zur Geltung kommen, in dessen Folge der Untergang der bürgerlichen Gesellschaftsordnung mitsamt ihren Machtmitteln und Bewußtseinsformen eingeschlossen sei.³ Dieser Umwälzungsprozeß werde die letzte Phase eines

¹ Manifest der KP, MEGA I/6, S. 531; Vorwort „Zur Kritik der polit. Ökonomie“, MEAS, Bd. I, S. 359.

² Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, MEGA I/1, S. 619/20.

³ Vgl. dazu MEGA I/6, S. 513/14.

unversöhnlichen Kampfes zwischen den beiden der kapitalistischen Gesellschaft eigenen Hauptklassen, der Bourgeoisie und dem Proletariat, sein. Wie „die Geschichte aller bisherigen Gesellschaften die Geschichte von Klassenkämpfen“ gewesen sei, so stellt für Marx die geschichtliche Epoche der bürgerlichen Gesellschaft die Geschichte des Kampfes zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat dar. Es entspringe dieser unversöhnliche Kampf der der heutigen Gesellschaft eigenen Klassenstruktur, welche im Gesamtkomplex der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Erscheinungen in ihrer prinzipiellen Gegensätzlichkeit zum Ausdruck komme. Die Geschichte als eine Geschichte von Klassenkämpfen werde mit dem Endkampf der Arbeiterklasse, welche die letzte Klasse repräsentiere, da nach ihr keine andere mehr, die unterdrückt werden könnte, folge⁴, ein Ende nehmen. Und dieser Befreiungskampf bestehe darin, die Ursache des Klassenkampfes und damit auch der Klassengesellschaft zu beseitigen, nämlich das Privateigentum am Kapital. Dadurch befreie die Arbeiterklasse nicht nur sich selbst, sondern die ganze Menschheit schlechthin vom Beherrschtsein durch das Kapital und schaffe durch Überführung des privaten in gesellschaftliches Eigentum die ökonomische Basis, auf welcher die Aufhebung aller Klassen sich vollziehen und eine Menschheitsgemeinschaft sich herausbilden könne, die als Prinzip die absolute Gewaltlosigkeit in sich bergen und dem Individuum die Möglichkeit gewähren werde, sich allseitig frei zu entfalten und zu entwickeln. Kurz, es werde im proletarischen Befreiungskampf eine Grundlage geschaffen werden, worauf sich eine Assoziation entwickeln könne, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller“ sein werde.

Schon weiter oben wurde darauf hingewiesen, wie für Marx und Engels die Aktion der Umgestaltung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung nur die Tat der Arbeiterklasse sein könne und daß diese Aktion notwendig zum Siege der Arbeiter und damit zur Emanzipation der ganzen Menschheit führen müsse, da sich das Proletariat auf die Entwicklung der Produktivkräfte stütze, deren Entwicklungsgrad in letzter Instanz für die Gestaltung der Produktionsverhältnisse oder was dasselbe, der Eigentumsverhältnisse und damit auch der Produktionsweise maßgebend sei.⁵ Ferner sahen wir gleichfalls, daß der erste Schritt, den das Proletariat zum Zwecke der Umwandlung der Produktionsverhältnisse tun müsse, in der Eroberung der politischen Macht bestehe, d. h. „die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie“ sei.⁶

Die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse soll für diese deswegen von Wichtigkeit sein, weil ihr daraus die Möglichkeit erwachse, dem politischen Machthebel der herrschenden Klasse zur öko-

⁴ Vgl. dazu MEGA I/6, S. 536.

⁵ Vgl. dazu MEGA I/6, S. 227, 179, 483.

⁶ MEGA I/6, S. 545.

nomischen Ausbeutung der unterdrückten Klasse, d. h. ihrer selbst, einen eigenen politischen Machthebel zur Aufhebung der wirtschaftlichen Ausbeutung, d. h. der Lohnarbeit, entgegenzuhalten. Der Marx-Engels'schen Ansicht, das Proletariat müsse sich zum Zwecke der Umwälzung der Eigentumsverhältnisse vorerst zur herrschenden Klasse aufschwingen, liegt ihre Auffassung über das Wesen des Staates zugrunde. Die im Folgenden dargelegte Staatskonzeption in der materialistischen Geschichtsauffassung läßt sich in ihrem Wesen zweifellos am besten dadurch erklären, daß Marx und Engels in erster Linie als Deutsche von den damaligen Verhältnissen im preußischen Staat ausgingen. Gerade hier in ihrer Staatsauffassung spiegelt sich besonders klar ihre philosophische Auseinandersetzung mit Hegel und damit auch in erster Linie mit der damaligen deutschen Staatsstruktur, die sie um so mehr beschäftigen mußte, als Marx und Engels in der Emigration lebten. Vermutlich hat gerade dieser Umstand auch zu ihrer Überbetonung des Staates als eines Zwangsinstitutes geführt.

Nach Marx und Engels trägt der Staat nämlich seit Urbeginn, d. h. seit seiner Schaffung als seine innerste Wesensnatur den Charakter einer Zwangseinrichtung in sich. Seit seiner Schaffung sei der Staat der politische Machthebel, das politische Gewaltmittel gewesen, welches der auf Grund des Privateigentumsrechts erfolgenden ökonomischen Ausbeutung einer Klasse durch eine andere gedient habe.⁷ Indem der Staat als Zwangseinrichtung „zur gewaltsamen Niederhaltung der ausgebeuteten Klasse in den durch die bestehende Produktionsweise gegebenen Bedingungen der Unterdrückung“ diene, soll er zugleich „eine Organisation der ... ausbeutenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer äußern Produktionsbedingungen“ sein.⁸ Auf die bürgerliche Gesellschaftsordnung bezogen heißt dies, daß der Staat die Verhältnisse des Privateigentums schütze. Da nun für die Verwirklichung der Emanzipation der ganzen Menschheit im Zuge der Emanzipation des Proletariats die Aufhebung des Privateigentums eine unerläßliche Vorbedingung darstellen und zudem die Menschheitsgemeinschaft in der direkten Demokratie das Prinzip der absoluten Gewaltlosigkeit in sich bergen soll, folgt daraus, daß zur Verwirklichung des Menschen neben der Vernichtung aller

⁷ In diesem Sinne spricht Engels vom Staate vom Augenblick seiner Schaffung an, als von einer Einrichtung: „die nicht nur die aufkommende Spaltung der Gesellschaft in Klassen vereinigete, sondern auch das Recht der besitzenden Klasse auf Ausbeutung der nichtbesitzenden und die Herrschaft jener über diese“ (Ursprung der Fam. etc., S. 104). Ebenso vom Staat als der „Zusammenfassung der zivilisierten Gesellschaft“, die „in allen mustergültigen Perioden ausnahmslos der Staat der herrschenden Klasse ist und in allen Fällen wesentlich Maschine zur Niederhaltung der unterdrückten, ausgebeuteten Klasse bleibt.“ (Ebenda, S. 185; ferner S. 177/78 und 180.) Wie Engels, spricht auch Marx vom Staate als einer Unterdrückungsmaschine: „In dem Maße, wie der Fortschritt der modernen Industrie den Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit entwickelte, erweiterte, vertiefte, in demselben Maße erhielt die Staatsmacht mehr und mehr den Charakter einer öffentlichen Gewalt zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, einer Maschine der Klassenherrschaft.“ (Bürgerkrieg in Frankreich, MEAS Bd. II, S. 510.)

Vgl. dazu ferner MEGA I/1, S. 583/84.

⁸ Engels Fr.: A-D, S. 328.

anderen Gewaltsfaktoren auch der Staat, der die Bedingungen des Privateigentums schütze, zu Fall gebracht werden müsse. Aus dieser Auffassung heraus erklärt sich auch diejenige, daß der erste Schritt, den die Arbeiterklasse zum Zwecke der Umwälzung der bestehenden Eigentumsverhältnisse zu tun habe, die Eroberung der politischen Macht, die Erköpfung der Staatsgewalt sei. Denn sollen die wirtschaftlichen Ausbeutungsverhältnisse liquidiert werden, so muß zugleich, sogar in erster Linie, das politische Hilfsmittel dieser Ausbeutung, der Staat, beseitigt werden, und dies um so mehr, als er sich als Gewaltinstitution in grundsätzlichem Widerspruch zum Prinzip der absoluten Gewaltlosigkeit in der direkten Demokratie befinden soll.⁹ In ihr als der Organisationsform der auf die bürgerliche Klassengesellschaft folgenden klassenlosen Gesellschaft werde jede Gewalt, jede Zwangseinrichtung gegenstandslos und somit überflüssig, weil keine Klasse mehr bestehe, die im Interesse der Herrschaft einer anderen Klasse unterdrückt werden müßte. Und wo es nichts mehr zu unterdrücken gibt, ist auch keine Gewalt mehr nötig, kann es keine Gewalt mehr geben. Eine Gesellschaft also, in der die Freiheit jedes Einzelnen die Bedingung für die Freiheit Aller sein soll, muß die Form ihrer Organisation nach dem Prinzip der absoluten Gewaltlosigkeit gestalten.

„Diese Staatsauffassung ist ... in ihrem innersten Kern ausgesprochen anarchistischer Tendenz, unterscheidet sich aber in der Frage des Weges, der zur Beseitigung des Staates beschritten werden soll, grundlegend von derjenigen politischen Strömung, die gewöhnlich als anarchistisch verstanden wird. Während diese nämlich den Staat als ein über den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhängen

⁹ Auch für diesen Punkt muß ganz besonders darauf hingewiesen werden, daß Marx und Engels, sofern sie an eine Beseitigung des Staates dachten, eine solche nie als eine willkürliche durch das Proletariat oder gar durch eine Partei vorzunehmende Handlung dachten, sondern seine Abschaffung immer nur als ein mit Notwendigkeit aus der ökonomischen Entwicklung hervorgehendes und durch diese diktiertes Moment auffaßten, also immer mit der Entwicklung der Produktivkräfte in Zusammenhang brachten. Man vergleiche daher alle diesbezüglichen Stellen aus ihren Schriften vorwiegend in diesem Sinne. „Die ökonomischen Verhältnisse haben zuerst die Masse der Bevölkerung in Arbeiter verwandelt. Die Herrschaft des Kapitals hat für diese Masse eine gemeinsame Situation, gemeinsame Interessen geschaffen. So ist diese Masse bereits eine Klasse gegenüber dem Kapital, aber noch nicht für sich selbst. In dem Kampf, den wir nun in einigen Phasen gekennzeichnet haben, findet sich diese Masse zusammen, konstituiert sie sich als Klasse für sich selbst. Die Interessen, welche sie verteidigt, werden Klasseninteressen. Aber der Kampf von Klasse gegen Klasse ist ein politischer Kampf.“ MEGA I/6, S. 226.

„Der Staat ist also nicht von Ewigkeit her. Es hat Gesellschaften gegeben, die ohne ihn fertig wurden, die von Staat und Staatsgewalt keine Ahnung hatten. Auf einer bestimmten Stufe der ökonomischen Entwicklung, die mit Spaltung der Gesellschaft in Klassen notwendig verbunden war, wurde durch diese Spaltung der Staat eine Notwendigkeit. Wir nähern uns jetzt mit raschen Schritten einer Entwicklungsstufe der Produktion, auf der das Dasein dieser Klassen nicht nur aufgehört hat, eine Notwendigkeit zu sein, sondern ein positives Hindernis der Produktion wird. Sie werden fallen, ebenso unvermeidlich, wie sie früher entstanden sind. Mit ihnen fällt unvermeidlich der Staat. Die Gesellschaft, die die Produktion auf Grundlage freier und gleicher Assoziation der Produzenten neu organisiert, versetzt die ganze Staatsmaschine dahin, wohin sie dann gehören wird: ins Museum der Altortümer, neben das Spinnrad und die bronzene Axt.“ (Der Ursprung der Fam. etc., S. 182.) Vgl. ferner: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“, MEAS, Bd. I, S. 192; MEGA I/6, S. 546; Engels' Einleitung zum „Bürgerkrieg in Frankreich“, MEAS, Bd. II, S. 471/72; Marx: MEGA I/6, S. 227/28; MEGA I/3, S. 22/23.

stehendes abstraktes Ding ansieht, dessen sofortige Abschaffung ‚von heute auf morgen‘ keine katastrophale Folgewirkung auf den Gesamtkomplex der ökonomischen Produktion nach sich ziehen würde, muß man sich auf die kraft der materialistischen Geschichtsauffassung gewonnene Erkenntnis berufen, daß die Beziehung und Wechselwirkung des Staates zu den Produktionsverhältnissen in der Rolle des politischen Machthebels zur Erhaltung bzw. Umformung der Produktionsverhältnisse, deren Basis die Schichtung der Bevölkerung in zwei feindliche Klassen ist, liegt und daß sich die Ersetzung der bestehenden Eigentumsverhältnisse durch prinzipiell andersartige nur auf dem Wege der langsamen Entwicklung vollziehen kann.“¹⁰

Als langsamer Prozeß¹¹ muß diese Entwicklung auf Grund der kraft der materialistischen Geschichtsauffassung gewonnenen Erkenntnis also deswegen vorausgesehen werden, weil nicht nur an und für sich schon die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse nicht von einem Tag auf den andern geschehen könne, sondern besonders auch deshalb, weil diese mit Gewalt aufrechterhalten werde und daher erst diese Gewalt gebrochen werden müsse, ehe an die eigentliche Umgestaltung der Produktionsverhältnisse geschritten werden könne. Denn jeder Versuch, eine Änderung in den Eigentumsverhältnissen herbeizuführen, würde die Grundlage der Herrschaft der in der Produktion herrschenden Klasse gefährden und daher auf den gewaltsamen Widerstand eben dieser Klasse stoßen.¹² Sollen also die Eigentumsverhältnisse umgewandelt werden, so muß die Arbeiterklasse der herrschenden Gewalt eine Gegengewalt entgegenstellen.¹³ Dieser politische Machthebel des Proletariats soll dem der herrschenden Klasse, welche den ihrigen zur gewaltsamen Nieder-

¹⁰ Dethmann, Ad.: „Der Rätegedanke als Staatstheorie und seine Keime in den Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels“, S. 9, Kiel 1920; vgl. dazu Lenz Fr.: „Staat und Marxismus“, 1. Teil: Grundlegung und Kritik der marxistischen Gesellschaftslehre, S. 125/26.

¹¹ Vgl. dazu Kapital I, S. 85.

¹² Diese Meinung von Marx und Engels entspringt ihrer Auffassung, daß „die jetzigen bürgerlichen Eigentumsverhältnisse aufrecht erhalten werden durch die Staatsmacht, welche die Bourgeoisie zum Schutze ihrer Eigentumsverhältnisse organisiert hat“ (MEGA I/6, S. 305.)

„Der bürgerliche Staat ist weiter nichts als eine wechselseitige Assekuranz der Bourgeoisie gegen ihre einzelnen Mitglieder wie gegen die exploitierte Klasse, eine Assekuranz, die immer um so kostspieliger und scheinbar immer selbständiger gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft werden muß, weil die Niederhaltung der exploitierten Klasse immer schwieriger wird.“ (Marx und Engels, Buchkritik von „Emile de Girardin's, Le socialisme et l'impot“, (Lit. Nl. Bd. III, S. 438, Stuttgart 1913, 1850); MEGA I 6, S. 528. Vgl. ferner: Engels, „Ursprung der Familie...“ S. 181; „Anti-Dühring“ S. 326; „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ V. Auflage, Stuttgart 1919, S. 280, 215, 230 (1845); Marx, Kapitel I, S. 791; MEAS Bd. II, S. 166.

¹³ Für Marx schon deswegen, weil er der Ansicht ist, daß „die Gewalt der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft ist, die mit einer neuen schwanger geht“, (Kapital I, S. 791). „Die jetzigen bürgerlichen Eigentumsverhältnisse werden aufrechterhalten durch die Staatsmacht, welche die Bourgeoisie zum Schutze ihrer Eigentumsverhältnisse organisiert hat. Die Proletarier müssen also die politische Gewalt, wo sie schon in den Händen der Bourgeoisie ist, stürzen. Sie müssen selbst zur Gewalt, zur revolutionären Gewalt werden.“ MEGA I/6, S. 305.

„Das Proletariat ergreift die öffentliche Gewalt und verwandelt kraft dieser Gewalt die den Händen der Bourgeoisie entgleitenden gesellschaftlichen Produktionsmittel in öffentliches Eigentum. Durch diesen Akt befreit es die Produktionsmittel von ihrer bisherigen Kapitaleigenschaft und gibt ihrem gesellschaftlichen Charakter volle Freiheit, sich durchzusetzen.“ Engels, MEAS, Bd. I, S. 192; vgl. dazu auch: Lenin „Ausgewählte Werke“, Bd. 7, S. 16 ff.

haltung und wirtschaftlichen Ausbeutung der unterdrückten Klasse benütze, zum Zwecke der Aufhebung jeglicher Unterdrückung und ökonomischen Ausbeutung gegenübergestellt werden.¹⁴ Dadurch werde das Gewaltmittel der bisher herrschenden Klasse abgelöst werden durch ein Machtmittel, welches sich allerdings in der Anwendung der Methode vom bisherigen Staate der herrschenden Klasse nicht unterscheidet¹⁵, aber im wichtigsten Punkt, nämlich in der Zielsetzung absolut verschieden sei, weil es das Organ der letzten unterdrückten Klasse bilde. Im Gegensatz zum bürgerlichen Staat, welcher nach der Marx-Engels'schen Ansicht die wirtschaftliche Ausbeutung zum Zwecke hat und dadurch als Zwangseinrichtung zur Aufrechterhaltung dieser Ausbeutung seine dauernde Existenz zur unumgänglichen Notwendigkeit macht, soll das Ziel des neuen Staates die Aufhebung jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung sein, wodurch daher seine Existenz von vornherein nur vorübergehender Art sein kann, denn mit der Aufhebung der Ausbeutung und Unterdrückung wird jegliche Gewalt hinfällig. Demnach ist schon in der Zielsetzung des neuen Staates seine eigene Überwindung und Aufhebung, sein Untergang impliziert.¹⁶ Seine Existenz würde somit mit

¹⁴ Da für Marx und Engels ökonomische Ausbeutung und politische Unterdrückung ihre Ursache im Privateigentum und im Bestehen der Klassen haben, richten sie sich in erster Linie gegen diese, um deren Folgen zu beheben. Infolgedessen versuchten sie, die gesamte politische Aktivität des Proletariats auf diesen Punkt zu konzentrieren: „Der Zweck des Bundes (gemeint ist der Bund der Kommunisten, L.T.) ist der Sturz der Bourgeoisie, die Herrschaft des Proletariats, die Aufhebung der alten, auf Klassengegensätzen beruhenden bürgerlichen Gesellschaft und die Gründung einer neuen Gesellschaft ohne Klassen und ohne Privateigentum.“ Aus dem Vorwort Engels' zu Marx' „Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln“, Berlin 1914, S. 39; vgl. dazu auch MEGA I/6, S. 227/28.

¹⁵ „Da nun der Staat doch nur eine vorübergehende Einrichtung ist, deren man sich im Kampf, in der Revolution bedient, um seine Gegner gewaltsam niederzuhalten, so ist es purer Unsinn, vom freien Volksstaat zu sprechen. Solange das Proletariat den Staat noch gebraucht, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen.“ Engels, Brief an Bebel, MEAS, Bd. II, S. 608.

¹⁶ Wir zitieren dazu eine beinahe unbekannte Äußerung Engels' über den Staat, in der die von Marx und Engels vertretene Auffassung, wie wir sie in den Anmerkungen 12 bis 15 angeführt haben, mit besonderer Prägnanz zum Ausdruck kommt: „Marx und ich haben seit 1845 die Ansicht vertreten, daß eine der schließlichen Folgen der künftigen proletarischen Revolution sein wird die allmähliche Auflösung und das endgültige Verschwinden der mit dem Namen *Staat* bezeichneten politischen Organisation. Der Hauptzweck dieser Organisation war von jeher die Sicherstellung, durch bewaffnete Gewalt, der ökonomischen Unterdrückung der arbeitenden Mehrzahl durch die ausschließlich begüterte Minderzahl. Mit dem Verschwinden einer ausschließlich begüterten Minderzahl verschwindet auch die Notwendigkeit einer bewaffneten Unterdrückungs- oder Staatsgewalt. Gleichzeitig aber war es immer unsere Ansicht, daß, um zu diesen und den anderen weit wichtigeren Zielen der künftigen sozialen Revolution zu gelangen, die Arbeiterklasse zuerst die organisierte politische Gewalt des Staates in Besitz nehmen und mit ihrer Hilfe den Widerstand der Kapitalistenklasse niederstampfen und die Gesellschaft neu organisieren muß. Dies ist bereits zu lesen im ‚Kommunistischen Manifest‘ von 1847, Kapitel II, Schluß. Die Anarchisten stellen die Sache auf den Kopf. Sie erklären, die proletarische Revolution müsse damit *anfangen*, daß sie die politische Organisation des Staates abschafft. Aber die einzige Organisation, die das Proletariat nach seinem Siege fertig vorfindet, ist eben der Staat. Dieser Staat mag sehr bedeutender Änderungen bedürfen, ehe er seine neuen Funktionen erfüllen kann. Aber ihn in einem solchen Augenblick zerstören, das hieße den einzigen Organismus zerstören, vermittels dessen das siegende Proletariat seine eben eroberte Macht geltend machen, seine kapitalistischen Gegner niederhalten und jene ökonomische Revolution der Gesellschaft durchsetzen kann, ohne die der ganze Sieg enden müßte in einer neuen Niederlage und in einer Massenabschlachtung der Arbeiter, ähnlich derjenigen nach der Pariser Kommune.“ Brief Engels' an den amerikanischen Sozialisten van Patten vom 18. April 1883, MEAS, Bd. II, S. 608.

der Dauer der politischen Übergangsperiode, während welcher die Eigentumsverhältnisse umgewandelt und die Klassegegensätze beseitigt werden, zusammenfallen und sein Zweck sich einzig darauf beschränken, während dieser Übergangsperiode die Überführung des Privateigentums in Gemeineigentum und damit die Aufhebung der Klassegegensätze und der Klassen überhaupt sicherzustellen. Es wird also erwartet, daß mit der Erfüllung seiner im Gegensatz zu den früheren Staaten historisch begrenzten Aufgabe zugleich seine Geltung und Wirkung ein Ende nehmen und er absterben und 'verschwinden wird'.¹⁷

Aus dem bisher Gesagten geht, indem immer von zwei Gewalten, von einer Gewalt und einer Gegengewalt, von zwei Staaten, einem Staat der herrschenden Klasse und einem Oppositionsstaat der unterdrückten Klasse, die Rede war, bereits hervor, daß der neue Staat in Bezug auf seine Struktur mit dem alten nicht identisch sein kann. Sofern Marx nämlich davon spricht, daß der erste Schritt, den die Arbeiterklasse zur Umgestaltung der Produktionsverhältnisse tun müsse, die Eroberung der politischen Macht, die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse sei, meint er niemals, daß dieses bloß die Macht, die Regierungsgewalt im bürgerlichen Staat zu erobern habe. Denn seiner Ansicht nach kann die Arbeiterklasse „nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen“.¹⁸ Und zwar deswegen nicht, weil jeder Staat seinem Zwecke und seiner ökonomischen Grundlage entsprechend streng klassenmäßig aufgebaut ist.¹⁹ Das heißt: für Marx und Engels ist der Staat nicht ein über der

Es mag an dieser Stelle vielleicht im ersten Augenblick den Eindruck erwecken, als ob Engels sich in Bezug auf die Frage der Zerstörung oder Erhaltung des Staates nach einer proletarischen Revolution widerspreche, indem er hier die Erhaltung des Staates postuliert, an anderen Stellen aber entschieden dessen Vernichtung als notwendig erachtet. (Vgl. dazu MEAS, Bd. I, S. 195.) Dies rührt daher, daß sich Engels hier gegen die Anarchisten wendet, die den Staat gleich nach einer Erhebung des Proletariats überhaupt abschaffen möchten, also auch einen proletarischen Staat ablehnen. Demgegenüber vertritt Engels die Ansicht, daß der Staat nicht schlechthin abgeschafft werden dürfe, sondern nur in seiner bürgerlichen Form als bürgerliche Staatsmaschine zerstört werden müsse, nach „bedeutenden Änderungen“ aber bis zur restlosen Liquidation des Privateigentums zum Schutze der sozialen Umwälzung der Gesellschaft als proletarischer Staat weiterbestehen soll.

¹⁷ „Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt – die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft – ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat. Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiet nach dem andern überflüssig und schläft dann von selbst ein. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen. Der Staat wird nicht „abgeschafft“, er stirbt ab.“ Engels „Anti-Dühring“, S. 328. Vgl. dazu Lenin: „Ausgewählte Werke“, Bd. 7, S. 14 bis 20.

¹⁸ Marx: „Der Bürgerkrieg in Frankreich“, MEAS, Bd. II, S. 509, ferner „Aus Briefen an Kugelmann über die Pariser Kommune“, MEAS, Bd. II, S. 545, Marx und Engels im Vorwort zur Ausgabe des „Kommunistischen Manifestes“ Werke 1872; vgl. dazu ferner Lenin: „Ausgewählte Werke“, Bd. 7, S. 33 ff.

¹⁹ Man vergleiche in diesem Sinne folgende Stellen: „Die zentralisierte Staatsmacht, mit ihren allgegenwärtigen Organen – stehende Armee, Polizei, Bürokratie, Geistlichkeit, Richterstand, Organe, geschaffen nach dem Plan einer systematischen und hierarchischen Teilung der Arbeit – stammt her aus den Zeiten der absoluten Monarchie, wo sie der entstehenden Bourgeoisgesellschaft als eine mächtige Waffe in ihren Kämpfen gegen den Feudalismus diente. Dennoch blieb ihre Entwicklung gehemmt durch allerhand mittelalterlichen Schutt, grundherrliche und Adelsvorrechte, Lokalprivilegien, städtische und Zunftmonopole und Provinzialverfassungen. Der riesige Besen der französischen Revolution des 18. Jahrhunderts fegte alle diese Trüm-

Gesellschaft stehendes Abstraktum, sondern er stellt als Staatsmacht einen streng klassenmäßig aufgebauten Apparat, eine streng klassenmäßig zusammengesetzte Maschinerie dar, deren Wesen dem Charakter der herrschenden Klasse entspricht und die infolgedessen nicht für die Zwecke der unterdrückten Klasse in Bewegung gesetzt werden kann, weil dies ihrer herkömmlichen Zwecksetzung zuwiderlaufen würde. Aus diesem Grund müsse die Arbeiterklasse den alten Staat beseitigen, die bürgerliche Staatsmaschinerie auflösen und vernichten und durch einen neuen, dem Charakter und der Zielsetzung der unterdrückten Klasse adäquat aufgebauten Staat ersetzen.²⁰

Marx' Auffassung, daß die Arbeiterklasse zur Eroberung der politischen Macht und zu deren Behauptung eine eigene proletarische Staatsgewalt aufrichten und organisieren müsse, ist genau gesehen nichts anderes als eine Anwendung seines Klassenkampfprinzips auf den Staat.²¹

mer vergangener Zeiten weg und reinigte so gleichzeitig den gesellschaftlichen Boden von den letzten Hindernissen, die dem Überbau des modernen Staatsgebäudes im Wege standen. Dies moderne Staatsgebäude erhob sich unter dem ersten Kaisertum, das selbst wieder erzeugt worden war durch die Koalitionskriege des alten halbfeudalen Europas gegen das moderne Frankreich. Während der nachfolgenden Herrschaftsform wurde die Regierung unter parlamentarische Kontrolle gestellt, d. h. unter die direkte Kontrolle der besitzenden Klassen ... In dem Maße, wie der Fortschritt der modernen Industrie den Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit entwickelte, erweiterte, vertiefte, in demselben Maße erhielt die Staatsmacht mehr und mehr den Charakter einer öffentlichen Gewalt zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, einer Maschine der Klassenherrschaft.“ „Der gerade Gegensatz des Kaisertums war die Kommune. Der Ruf nach der ‚sozialen Republik‘, womit das Pariser Proletariat die Februarrevolution einführte, drückte nur das unbestimmte Verlangen aus nach einer Republik, die nicht nur die monarchische Form der Klassenherrschaft beseitigen wollte, sondern die Klassenherrschaft selbst. Die Kommune war die bestimmte Form dieser Republik.“ *Marx*, „Der Bürgerkrieg in Frankreich“, MEAS, Bd. II, S. 509 ff.

²⁰ „... Wenn Du das letzte Kapitel meines ‚Achtzehnten Brumaire‘ nachsiehst, wirst Du finden, daß ich als nächsten Versuch der französischen Revolution ausspreche, nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen, und dies ist die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent.“ *Marx*, Brief an Kugelmann, 12. April 1871, MEAS, Bd. II, S. 544.

„Die staatliche Zentralisation, deren die moderne Gesellschaft bedarf, erhebt sich nur auf den Trümmern der militärisch-bürokratischen Regierungsmaschinerie, die im Gegensatz zum Feudalismus geschmiedet wurde. Die Zertrümmerung der Staatsmaschine wird die Zentralisation nicht gefährden...“ *Marx*, „Der 18. Brumaire“, MEAS, Bd. II, S. 433; vgl. dazu auch MEAS, Bd. II, S. 423/24: „Die parlamentarische Republik endlich sah sich in ihrem Kampf wider die Revolution gezwungen, mit den Repressivmaßnahmen die Mittel und die Zentralisation der Regierungsgewalt zu verstärken. Alle Umwälzungen vervollkommneten diese Maschine, statt sie zu brechen.“ Vgl. dazu ferner: *Lenin*, „Ausgewählte Werke“, Bd. 7, S. 25 ff., 33 ff., 37 ff.

²¹ Theoret. Exkurs: „Marx hat die Lehre vom Klassenkampf konsequent bis zu der Lehre von der politischen Macht, vom Staat, entwickelt.“ „Die Lehre vom Klassenkampf, die Marx auf die Frage des Staates und der sozialistischen Revolution angewendet hat, führt notwendig zur Anerkennung der politischen Herrschaft des Proletariats, seiner Diktatur, d. h. einer mit niemand geteilten und sich unmittelbar auf die bewaffnete Gewalt der Massen stützende Macht“, *Lenin*, „Ausgewählte Werke“, Bd. 7, S. 23.

Soweit Lenin von der Anwendung des Marxschen Klassenkampfprinzips auf den Staat spricht, stimmen wir mit ihm in der Interpretation völlig überein. Es geht diese These übrigens eindeutig aus einem Brief Marx' an Weydemeyer hervor, in dem sich Marx folgendermaßen äußert: „... Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft, noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen, und bürgerliche Ökonomen die ökonomische Anatomie derselben dargestellt. Was ich neu tat, war erstens: Nachzuweisen, daß die Existenz der Klassen bloß an be-

Für unsere Betrachtung ist nun wichtig zu sehen, wie der neue Staat aussehen, wie er sich zusammensetzen und aufbauen, welches sein Verhältnis zur direkten Demokratie sein soll. Davon läßt sich in Zusammen-

stimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist; zweitens, daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt; drittens, daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet..." MEAS, Bd. II, S. 380.

Soweit aber Lenin sagt, daß die *Diktatur des Proletariats* „eine mit niemand geteilte und sich unmittelbar auf die bewaffnete Gewalt der Massen stützende Macht“ sei, glauben wir, daß er, aus dem Gesichtswinkel Marx' heraus gesehen, völlig fehl geht. (Vgl. dazu auch Lenin, „Ausgewählte Werke“, Bd. 7, S. 121: „Die Diktatur ist eine sich unmittelbar auf Gewalt stützende Macht, die an keinerlei Gesetze gebunden ist.“ „Die revolutionäre Diktatur des Proletariats ist eine durch die Gewalt des Proletariats gegenüber der Bourgeoisie eroberte und gestützte Macht, die an keinerlei Gesetze gebunden ist.“)

Dieser Leninsche Diktaturbegriff, der Diktatur und terroristische Regierungsform fast als identische Begriffe gleichsetzt, ist weit davon entfernt, mit der Marx-Engelschen Fassung des Begriffes *Diktatur* in Einklang zu stehen. Gleich wie Lenin sind auch beinahe ausnahmslos alle Marxepigonen durch eine solche Gleichsetzung der Begriffe Diktatur, Terror, offene Gewalt (Bürgerkrieg) und ähnliche mehr zu einer, vom humanistischen Standpunkt Marx' und Engels' aus gesehen, grundfalschen Auffassung des Marxschen Begriffes „Diktatur“ verleitet worden. Ganz besonders frappierend tritt dies bei Otto Bauer und Max Adler in Erscheinung: O. Bauer, „Protokoll des Linzer Parteitages der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs“, S. 255–277; „Bolschewismus oder Sozialdemokratie“, S. 113/14; M. Adler, „Protokoll des Linzer Parteitages...“, S. 286–292; „Die Staatsauffassung des Marxismus“, S. 191, 192 ff., 201; „Politische oder soziale Demokratie“, S. 91 ff.

Im Gegensatz zu dieser nicht nur bei den Marxepigonen, sondern auch außerhalb des Marxismus durchaus üblichen Auffassung vom Diktaturbegriff, findet sich in der eigentlichen Theorie von Marx und Engels das Wesen dieses Begriffes nie in einer Staats- oder Regierungsform, sondern ausschließlich in der Gebundenheit des ideologischen und damit auch staatlichen Überbaus an eine bestimmte Produktionsweise gefaßt (vgl. dazu: Gurland, „Marxismus und Diktatur“, S. 78). So handelt es sich bei Marx und Engels, sofern sie den Begriff der Diktatur verwenden, nicht um die Form und die Mittel der Klassenherrschaft einer bestimmten Epoche, sondern um deren sozialen Inhalt, der ihrer Ansicht nach auf der Basis einer bestimmten Eigentumsordnung, unabhängig von verschiedenen Staatsformen, für die ganze Dauer dieser Besitzverhältnisse derselbe ist. Sie verwenden also den Begriff der Diktatur zur ausdrücklichen Hervorhebung der nach der materialistischen Geschichtsauffassung bestehenden unzerreißbaren Bindung zwischen Produktionsweise und Klassenherrschaft der bei dieser Produktionsweise in der Produktion dominierenden Klasse. Das heißt der Diktaturbegriff soll zum Ausdruck bringen, daß die Herrschaft einer Gesellschaftsklasse für die Dauer des Bestandes der ihr zugrunde liegenden Eigentumsordnung unlösbar sei, weil sie einen integrierenden Bestandteil der gegebenen Gesellschaftsstruktur, ein unzertrennlich mit der ökonomischen Struktur der ihr entsprechenden Produktionsweise verbundenes Element darstelle, ohne das diese Produktionsweise undenkbar wäre. Mit andern Worten, es soll mit diesem Begriff darauf hingewiesen werden, daß die Klassenherrschaft der jeweils besitzenden Klasse, weil politisches Moment des ideologischen Überbaus und als solches zugleich eine Voraussetzung des Funktionierens des der betreffenden Produktionsweise adäquaten Produktionsprozesses, so lange mit Notwendigkeit Bestand habe wie die Gesamtheit der gegebenen Produktionsverhältnisse oder, was dasselbe, die Gesamtheit der Eigentumsverhältnisse.

Der Diktaturbegriff wird also bei Marx und Engels dazu verwendet, die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß die Herrschaft einer Klasse nicht politisch aus sich selbst begründet sei, sondern daß der herrschenden Klasse die Macht aus der Struktur der jeweiligen Produktionsverhältnisse erwachse. In dieser Begriffsbestimmung tritt uns zugleich die Auffassung entgegen, daß die herrschende Klasse unabhängig von den jeweiligen politischen Formen und damit auch Staatsformen, in denen sie ihre Herrschaft ausübt, für die Zeitdauer der dieser zugrunde liegenden Eigentumsordnung in ihrer Klassenstellung gesichert sei.

So gefaßt, bildet die Diktatur einer Klasse für Marx den dieser eigenen und sich von anderen Gesellschaftsordnungen unterscheidenden Charakter einer auf bestimmter geschichtlicher Entwicklungsstufe lebenden Klassengesellschaft (vgl. dazu MEGA I/6, S. 483). Und nur in diesem Sinn sprechen Marx und Engels von der Herrschaft einer Klasse als von einer Diktatur. Und dort, wo sie von einer Diktatur des feudalen Großgrundbesitzes, von einer Diktatur der Bourgeoisie und von einer Diktatur des Proletariats schreiben, so nur um eine Charakterisierung der den verschiedenen Klassengesellschaften eigenen und sie voneinander unterscheidenden Merkmale zu geben, niemals aber im Sinne der Charakterisierung einer Verfassung oder einer Regierungs- bzw. Staatsform, das heißt nicht im Sinne einer spezifischen Form der

fassung der Marx-Engelsschen Staatsauffassung, die leider nicht in einer geschlossenen Darstellung^{21a} von ihnen niedergeschrieben wurde, sondern nur über alle ihre Werke zerstreut auffindbar ist, im Sinne ihrer eigenen Gesamtheorie folgende umfassende Darstellung geben:

Klassenherrschaft, sondern im Sinne des jeweiligen sozialen Inhaltes dieser Herrschaft (vgl. dazu: *Gurand*, „Marxismus und Diktatur“ S. 79 ff.).

Nun könnte vielleicht jemand den Einwand erheben, daß sich Lenin und die übrigen Epigonen für ihre Auffassung auf die bekannten Sätze Marx' aus seiner „Kritik des Gothaer Programms“ (MEAS, Bd. II, S. 549) stützen: „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“ Hierzu muß erstens festgestellt werden, daß über die Form, in der diese „revolutionäre Diktatur“ ausgeübt werden soll, an dieser Stelle nichts ausgesagt wird, denn Staat und Staatsform sind für Marx zwei grundverschiedene Dinge.

Zweitens bedeutet ja für Marx der zwischen der kapitalistischen und kommunistischen Gesellschaftsordnung liegende Staat nichts anderes als die in ihrer Gesamtheit zum Staate konstituierte Arbeiterklasse, die ihre Macht aus dem der Entwicklung der Produktivkräfte entsprechenden Gemeineigentum bezieht. Ihre Klassenherrschaft beruht also auf den neuen Produktionsverhältnissen und ist somit definitionsgemäß für die Zeitdauer des Bestehens dieser neuen gesellschaftlichen Eigentumsordnung unlösbar und stellt insofern eben gegenüber den noch verbleibenden Teilen der Bourgeoisie eine Diktatur dar. Und revolutionär ist diese Diktatur im Sinne Marx' einfach deswegen, weil die neue Eigentumsordnung während der Übergangsperiode noch in Entwicklung begriffen ist, die ökonomische und politische Klassenherrschaft des Proletariats folglich nicht nur selbst auch im Entwicklungsstadium steht, sondern ihrerseits als Ausdruck der ökonomischen Notwendigkeit als beschleunigendes Moment in den Entwicklungsgang des Umwandlungsprozesses der alten Eigentumsordnung eingreift. Ist dieser Prozeß einmal beendet, das heißt, ist einmal das letzte Privateigentum in gesellschaftlichen Besitz übergeführt, so verschwindet mit den Klassen nach Marx selbstverständlich auch die Diktatur einer Klasse. Dies ist auch der Grund, weswegen Marx und Engels den Begriff der Diktatur des Proletariats nur auf die Übergangsperiode der revolutionären Umwandlung der kapitalistischen in die kommunistische Eigentumsordnung anwenden. Dies ist auch an der weiter oben zitierten Stelle aus den Randglossen zum Gothaer Programm der ausschließliche Sinn der Marxschen Verwendung des Begriffes der „Diktatur des Proletariats“. Die Gleichsetzung des Begriffes Diktatur und Staat ist hier durchaus verständlich, da in diesem speziellen Fall der Staat nichts anderes sein soll, als die sich nach Erhebung der politischen Macht in Ausübung ihrer Klassenherrschaft auf einer neuen ökonomischen Basis eben zum Staate konstituierte und organisierte Arbeiterklasse, wobei der Staat als bewußter organisatorischer Ausdruck ihrer Herrschaft verstanden werden muß. Über die Form aber, in der diese Herrschaft ausgeübt werden soll, ist damit weiter noch nichts ausgesagt.

Wie dies aus der vorliegenden Arbeit noch näher hervorgehen wird, soll die Form der Diktatur des Proletariats die Räte Demokratie sein, also eine direkt demokratische Staatsform und nicht eine sich bloß auf die bewaffnete Gewalt stützende totalitäre Organisation, die an keine Gesetze gebunden ist.

Unsere Auslegung des Marxschen Diktaturbegriffes wird übrigens durch eine Äußerung Engels' über den Programmwurf des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie vom Jahre 1891 („Neue Zeit“, herausgegeben von Karl Kautsky, XX/1, S. 11), vollständig bestätigt. „Wenn etwas feststeht“, sagt dort Engels, „so ist es dies, daß unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Diese ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats.“

Wenn es auch als naheliegend erscheint, daß Marx und Engels mit der Möglichkeit anderer, ja sogar (in unserem heutigen Sinne) diktatorischer Staatsmaßnahmen – allerdings nur unter ganz bestimmten Umständen – für die Diktatur des Proletariats gerechnet haben mögen, so ist es für sie, die von einem rein humanistischen Standpunkte aus operierten, dennoch bezeichnend, daß für sie der Diktaturbegriff einen von der sonst üblichen Gebrauchsweise ganz verschiedenen Sinn hat, und das, eben im Rahmen ihrer Idee der direkten Demokratie, auch in der Frage der Staatsform der proletarischen Diktatur die Betonung auf der Demokratie und der freien menschlichen Entwicklung und nicht in erster Linie auf der bewaffneten Gewalt und Illegalität liegt.

^{21a} Der Grund für das Fehlen einer umfassenden Staatstheorie ist wohl darin zu erblicken, daß Marx im Zusammenhang mit der Ausarbeitung seines Hauptwerkes, des „Kapitals“, eine solche Theorie zusammenfassend darzustellen plante, wie er etwa auch daran dachte, in einem späteren Zeitpunkt im Rahmen des Kapitales eine Außenhandelstheorie niederzuschreiben. Im Hinblick auf dieses Projekt hat er es daher unterlassen, in anderen Zusammenhängen ausführlicher zu den Fragen des Staates Stellung zu nehmen, als dies die politischen Ereignisse seiner Zeit jeweils erforderten.

Die Form des neuen Staates, als des politischen Machthebels der Arbeiterklasse, soll von der des alten Staates gänzlich verschieden gestaltet werden, da der proletarischen Zweck- und Zielsetzung gemäß die bisher besitzende Klasse von sämtlichen Machtmitteln und Machtfunktionen ausgeschlossen werden muß.²² Da die „Emanzipation der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiterklasse selbst sein muß“, und „der Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse nicht einen Kampf bedeutet für Klassenvorrechte und Monopole, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und die Abschaffung jeglicher Klassenherrschaft“²³, soll die neue politische Organisation der Arbeiterklasse darin bestehen, daß sich diese in ihrer Gesamtheit selbst als Staat mit Machtbefugnissen organisiert und konstituiert, wobei einem jeden Arbeiter gleiche Rechte und Pflichten zukommen müssen. Mit andern Worten, die unterdrückte Klasse hat sich in ihrer Totalität zu einer Demokratie, zu einem demokratischen Staate zu formen. Dies ist als „Erkämpfung der Demokratie“ zu verstehen, als erster Schritt, den die Arbeiterklasse zur Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft unter Aufhebung des Privateigentums tun soll. Durch seine Erhebung zum Staate impft demnach das Proletariat diesem auch schon die Keime ein, die später zur direkten Demokratie führen. Dies ist kein Staat im eigentlichen Sinne mehr, sondern soll als Organisationsform der klassenlosen Gesellschaft im Gegenteil auf der Basis des Gemeineigentums durch eine demokratische Wirtschaftsorganisation das Prinzip der absoluten Gewaltlosigkeit verwirklichen und die Freiheit des Individuums in der Gesellschaft und damit die Freiheit der Gesellschaft überhaupt sicherstellen. Die direkte Demokratie kennt also keine Unterdrückung, keine Gewalt mehr und ist nur noch der Ausdruck der demokratischen Wirtschaftsverfassung, die sich die klassenlose Gesellschaft im gemeinschaftlich betriebenen Produktionsprozeß ihres Lebens einmal geben wird.

Im Verhältnis zur direkten Demokratie kann nun der proletarisch-demokratische Staat der Diktatur des Proletariats seines Übergangscharakters wegen gewissermaßen als die Puppe, in der sich allmählich die direkte Demokratie entwickeln wird, angesehen werden. Das heißt als eine Puppe, die sich nach der Marxschen Lehre in dem Augenblick, da die letzten Klassenüberreste verschwunden sind, auflösen und sodann verschwinden wird, wobei sich von jenem Moment an die aus ihr hervorgehende direkte Demokratie frei entfalten kann und auch jedem Einzelnen und der ganzen Gesellschaft die Möglichkeit ungehemmter und allseitiger freier Entwicklung und der Entfaltung der ganzen Persönlichkeit geboten wird.

Damit ein jedes Mitglied des als herrschende Klasse zum Staat organisierten Proletariats an diesem Übergangsstaat der proletarischen

²² Vgl. dazu Anmerkung 55, S. 67.

²³ Marx: „Inauguraladresse und prov. Statuten der Intern. Arbeiterassoziation“, MEAS, Bd. II, S. 454.

Diktatur mit gleichen Rechten und Pflichten teilnehmen kann, soll ein Organ geschaffen werden, welches eine solche demokratische Teilnahme eines jeden Arbeiters am Staatsgeschehen gewährleistet. Ein solches findet sich in der Theorie im Arbeiterrat, welcher nach der Lehre des Marxismus zu einem System, zum politischen Rätesystem, ausgebildet die spezifische Organisationsform der als herrschende Staatsgewalt konstituierten Arbeiterklasse darstellt.²⁴ Das klassenmäßig proletarisch aufgebaute Rätesystem soll den politischen Staatsapparat, den Staat der als Gesamtheit mit gleichen Rechten und Pflichten an ihm teilnehmenden Arbeiterklasse, das Organ der Klassenherrschaft der Diktatur des Proletariats bilden, ebenso wie der klassenmäßig bürgerlich aufgebaute Staat Organ der bürgerlichen Klassenherrschaft, der Diktatur des Kapitals gewesen sei. Wie alle bisherigen Staaten hat zwar auch der proletarische Rätestaat noch immer zu seinem Inhalt die politische Unterdrückung einer Klasse durch eine andere.²⁵ Doch wenn im Arbeiterrätestaat die Klasse der Kapitalisten politisch niedergehalten werden soll, so nicht mehr, um ökonomisch ausgebeutet zu werden, sondern gerade zum Zweck der Aufhebung aller wirtschaftlichen Ausbeutung durch Überführung des Privateigentums in gesellschaftliches Gut. In dieser allen früheren Staaten gegenüber gegensätzlichen Zielsetzung könne nicht nur das Wesentliche am Arbeiterrätestaat, sondern zugleich auch die Ursache seines vorübergehenden Charakters erblickt werden. Denn nach Erfüllung seines Lebenszweckes wäre der Staat in der klassenlosen Gesellschaft nicht nur gegenstandslos, sein Bestehen würde auch einen

²⁴ Da Marx und Engels die Erscheinung des Rätesystems in bereits ziemlich ausgebildeter Form erstmals in der Pariser Kommune des Jahres 1871 beobachten konnten, behielten sie zu dessen Bezeichnung beinahe durchwegs den Begriff der „Kommune“ bei: Marx, „Bürgerkrieg in Frankreich“, MEAS, Bd. II, S. 517: „Die Mannigfaltigkeit der Deutungen, denen die Kommune unterlag, und die Mannigfaltigkeit der Interessen, die sich in ihr ausgedrückt fanden, beweisen, daß sie eine durch und durch ausdehnungsfähige politische Form war, während alle früheren Regierungsformen wesentlich unterdrückend gewesen waren. Ihr wahres Geheimnis war dies: sie war wesentlich eine *Regierung der Arbeiterklasse*, das Resultat des Kampfes der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte.“ Wenn auch die vermutlich erst von den Epigonen geprägten Ausdrücke der „Arbeiterräte“ und des „Rätesystems“ zu Lebzeiten Marx' und Engels' noch nicht in Gebrauch standen, finden sich gleichwohl in ihren Schriften Begriffe wie „Gemeinderäte“, „Arbeiterklubs“ und „Arbeiterkomitees“, an die sich der neuere Name des „Arbeiterrates“ stark angleicht und die dieselbe politische Erscheinung als begrifflichen Inhalt haben (vgl. dazu Marx, „Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln“, S. 132/33). Dafür, daß das Arbeiterrätesystem für Karl Marx die spezifische Form eines Arbeiterstaates war, kann auch folgende Stelle angeführt werden: „Aber die Klubs, das waren die Sammelpunkte, die Konspirationsspitze des revolutionären Proletariats. Die Nationalversammlung selbst hatte die Koalition der Arbeiter gegen ihre Bourgeois untersucht. Und die Klubs, was waren sie anderes als eine Koalition der gesamten Arbeiterklasse gegen die gesamte Bourgeoisklasse, die Bildung eines Arbeiterstaates gegen den Bourgeoisstaat?“ (MEAS, Bd. II, „Die Klassenkämpfe in Frankreich“, S. 255.) Vgl. ferner Anmerkung 31.

²⁵ Engels, „Brief an Bebel zur ‚Kritik des Gothaer Programms‘“: „Da nun der ‚Staat‘ doch nur eine vorübergehende Einrichtung ist, deren man sich im Kampf ‚in der Revolution‘ bedient, um seinen Gegner gewaltsam niederzuhalten, so ist es purer Unsinn, vom ‚freien Volksstaat‘ zu sprechen: solange das Proletariat den Staat noch gebraucht, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von der Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen.“ MEAS, Bd. II, S. 608.

Widerspruch zu deren höchstem Prinzip, der absoluten Gewaltlosigkeit, darstellen.

Die Aufgabe des Übergangsstaaates der Diktatur des Proletariats ist demnach zweifacher Art. Einerseits, soweit seine Tätigkeit darin besteht, den alten bürgerlichen Staat, den alten Staatsapparat aufzulösen und die bisher unterdrückende Klasse niederzuhalten, liquidierender Tendenz, andererseits aber konstruktiver Natur, indem seine Tätigkeit unter Umwandlung der Eigentumsverhältnisse und Aufhebung der Klassen auf den Aufbau einer neuen Wirtschaftsordnung und die Ingangsetzung einer neuen Produktionsweise hinausläuft. Und gemäß der Zweiteilung in eine politische und ökonomische Seite der Aufgabe des zum Staat konstituierten Proletariats teilt sich auch dessen Organisationsform, das auf der Basis der gesamten Arbeiterklasse erwachsene Rätssystem, obwohl an sich einheitlicher Natur, in zwei Seiten auf. Nämlich in die politischen Räte, deren unmittelbare Aufgabe die Vernichtung der alten Staatsmaschine und die Niederhaltung der ehemals herrschenden Klasse sein soll, und in die wirtschaftlichen Räte, denen als Teilaufgabe die Umgestaltung der Produktionsverhältnisse und die Kontrolle und Gestaltung der neuen Produktionsweise zufällt, wobei sie sich auf die politischen Räte als Druckmittel stützen können.

Lag die Produktion bisher in den Händen einzelner und unabhängiger Unternehmer, die sich in ihren Dispositionen nach dem Wechselspiel zwischen Nachfrage und Angebot richteten, so soll nun wahrscheinlich auf Grund weitgehender und umfassender statistischer Erhebungen des fortlaufend gemessenen Bedarfs ein Produktionsplan geschaffen werden und auf der Basis der durch die wirtschaftlichen Räte in Gemeineigentum überführten und in den Händen der Arbeiterklasse zentralisierten Produktionsmittel die Produktion der materiellen Lebensmittel nach straff zentralistischer Methode durchgeführt werden, wobei die Arbeiterklasse die Verantwortung für die Produktion ihren wirtschaftlichen Räteinstitutionen übertragen wird. Diese sollen nach der Rätelehre im proletarischen Übergangsstaat die Keime bilden, die sich in der direkten Demokratie schließlich zur gesamtgesellschaftlichen Organisationsform entwickeln werden. In ihr wird die Aufgabe der Räte bloß noch in einem Verwalten und Administrieren der Produktionsmittel, kurz, in der technischen Leitung des Produktionsprozesses bestehen.²⁶ Ein Regieren über Personen wird es darnach nicht mehr geben, da die ganze nunmehr arbeitende Menschheit, d. h. jeder Einzelne mit gleichen Rechten und Pflichten in direkter demokratischer Weise auf der Basis des Gemeineigentums an der Räteverwaltung und Administration und Gestaltung des technischen Produktionsprozesses teilnehmen soll. Demnach müsse die direkte Demokratie einst statt politischen und wirtschaftlichen Kampfes die brüderliche und friedliche gegenseitige menschliche Hilfe-

²⁶ Engels, „Anti-Dühring“, S. 328: „An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen.“

leistung in der Produktion des materiellen Lebensprozesses und der Überwindung der Naturwidrigkeiten zum Inhalt haben.

Im Gegensatz zu den wirtschaftlichen Räten, die weiterbestehen sollen, werden sich die politischen Räte, die Träger der politischen Gewalt im Arbeiterstaate, nach restloser Umwandlung der Eigentumsverhältnisse, der Sicherstellung des gemeinschaftlich betriebenen Eigentums als gesellschaftliches Eigentum und nach dem Verschwinden der Klassen und damit auch der Klassengegensätze auflösen und verschwinden. Denn mit der Enteignung des Kapitals des letzten Kapitalisten, mit der Überführung des letzten Restes an Privateigentum in gesellschaftliches Eigentum und mit der endgültigen Sicherstellung dieses gesellschaftlichen Besitzes ist der Zweck der politischen Räte erreicht, weil nunmehr jegliches Motiv der Unterdrückung eines Teils der Gesellschaft durch einen anderen in Fortfall kommt. Der Staat löst sich auf, stirbt ab, und es bleibt in Form der wirtschaftlichen Räteinstitutionen nur noch eine Wirtschaftsorganisation weiterbestehen, die nicht mehr im Dienste irgendwelcher Klasseninteressen, sondern allgemeingesellschaftlicher Interessen steht und einzig noch einen demokratisch organisierten wirtschaftlichen Verwaltungsmechanismus darstellt. Doch kehren wir zurück zur Frage des Arbeiterstaates.

Unsere bisherige Darstellung der Marx-Engelsschen Staatsauffassung hat folgende wichtige Ergebnisse gezeitigt:

1. Der erste Schritt, den das Proletariat zur Umwälzung der bürgerlichen Gesellschaft tun muß, ist die Eroberung der politischen Macht, die Erkämpfung der Demokratie.
2. Die Eroberung der politischen Macht ist für Marx nicht das An-sich-Reißen der Regierungsgewalt im bürgerlichen Staat, sondern bedeutet
3. die Formierung eines neuen Staates, dessen Aufgabe die Vernichtung des alten und die Aufhebung der Klassen ist.
4. Diese Auffassung Marx' stellt nichts anderes als sein auf den Staat angewandtes Klassenkampfprinzip dar, unter welchem Marx den theoretischen Ausdruck der seiner Ansicht nach unversöhnlichen Klassengegensätze und Klasseninteressen versteht.
5. Der neue proletarisch-demokratische Staat muß sich seiner spezifischen Aufgabe und seines Klassencharakters wegen auch in der Form vom ehemaligen bürgerlichen Staat differenzieren.

Am besten läßt sich nun die verschiedene und neuartige Struktur und Charakteristik des Rätestaates anhand eines Vergleiches mit dem Typus der Staatsform des bürgerlichen Staates erläutern. Marx und Engels sahen die politische Demokratie als den Staatstypus an, welcher der auf dem Privateigentum beruhenden Herrschaft der Bourgeoisie am meisten

entspricht.²⁷ Für sie ist die parlamentarische Republik deswegen die eigentliche Erscheinungsform der politischen Herrschaft der besitzenden Klasse, weil dem Gesetz der kapitalistischen Wirtschaftsweise, dem Prinzip der freien Konkurrenz, welches jedermann das gleiche Recht, sich Kapital anzueignen, zugesteht, auch ein gleiches politisches Recht für jeden Einzelnen, der Mitglied dieses Staatswesens ist, entsprechen muß. Auch der Arbeiterklasse wird in dieser Staatsform das gleiche politische Recht zugestanden wie der Bourgeoisie. Doch, wenn sich die Arbeiter grundsätzlich mit gleichem Recht politisch betätigen können, so sind für sie die Voraussetzungen nicht dieselben. Ihre politische Gleichberechtigung ist nur eine relative, weil die politische Macht im bürgerlichen Staat sich letzten Endes auf das Privateigentum stützt und das Proletariat von dieser Basis getrennt ist.²⁸ Das allgemeine Wahlrecht, der Parlamentarismus und die Dreiteilung der Gewalten als die typischen Kriterien der demokratischen Republik, obwohl sie eine Konzession darstellen, welche die Bourgeoisie gegenüber dem Emanzipationskampf des Proletariats mit Notwendigkeit machen muß, verschleiern bloß die bestehende soziale Ungleichheit, indem sie „alle gesetzlichen Sondervorrechte der Kapitalistenklasse beseitigt und die volle juristische

²⁷ Marx, „Klassenkämpfe in Frankreich“: „Das Geld hat keinen Herrn! Diesen alten Wahlspruch des tiers-état idealisierte er (Cavaignac, L.T.), wie überhaupt die konstituierende Versammlung, indem sie ihn in die politische Sprache übersetzten: Die Bourgeoisie hat keinen König, die wahre Form ihrer Herrschaft ist die Republik.“ MEAS, Bd. II, S. 237.

„Hier in der bürgerlichen Republik, die weder den Namen Bourbon noch den Namen Orléans trug, sondern den Namen Kapital, hatten sie die Staatsform gefunden, worunter sie (das französische Bürgertum, L.T.) gemeinsam herrschen konnten.“ („18. Brumaire“.) MEAS, Bd. II, S. 345.

„Und als Partei der Ordnung haben sie eine unbeschränktere und härtere Herrschaft über die andern Klassen der Gesellschaft ausgeübt als je zuvor unter der Restauration oder unter der Julimonarchie, wie sie überhaupt nur unter der Form der parlamentarischen Republik möglich war, denn nur unter dieser Form konnten die zwei großen Abteilungen der französischen Bourgeoisie sich vereinigen, also die Herrschaft ihrer Klasse statt des Regimes einer privilegierten Fraktion derselben auf die Tagesordnung setzen.“ („18. Brumaire“.) MEAS, Bd. II, S. 356. Vgl. ferner: Marx, „Bürgerkrieg in Frankreich“, MEAS, Bd. II, S. 511.

²⁸ Marx: „Die Eigentumsfrage, je nach der verschiedenen Entwicklungsstufe der Industrie, war immer die Lebensfrage einer bestimmten Klasse. Im 17. und 18. Jahrhundert, wo es sich um die Abschaffung der feudalen Eigentumsverhältnisse handelte, war die Eigentumsfrage die Lebensfrage der bürgerlichen Klasse. Im 19. Jahrhundert, wo es sich darum handelt, die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse abzuschaffen, ist die Eigentumsfrage eine Lebensfrage der Arbeiterklasse. Die Eigentumsfrage, die in 'unserer Zeit' weltgeschichtliche Frage ist, hat also nur in der modernen bürgerlichen Gesellschaft einen Sinn. Je entwickelter diese Gesellschaft ist, je mehr die Bourgeoisie sich also in einem Land ökonomisch entwickelt und darum auch die Staatsmacht einen bürgerlichen Ausdruck angenommen hat, desto greller tritt die soziale Frage hervor, in Frankreich greller als in Deutschland, in England greller als in Frankreich, in der konstitutionellen Monarchie greller als in der absoluten, in der Republik greller als in der konstitutionellen Monarchie. So z. B. sind die Kollisionen des Kreditwesens, der Spekulation usw. nirgends akuter als in Nordamerika. Nirgends tritt auch die soziale Ungleichheit schroffer hervor als in den Oststaaten von Nordamerika, weil sie nirgends weniger von der politischen Ungleichheit übertüncht ist.“ (Die moralisierende Kritik und die kritisierende Moral, gegen Karl Heinzen, MEGA I 6, S. 309.)

Engels: „Die höchste Staatsform, die demokratische Republik, die in unseren modernen Gesellschaftsverhältnissen mehr und mehr unvermeidliche Notwendigkeit wird und die Staatsform ist, in der der letzte Entscheidungskampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie allein ausgekämpft werden kann –, die demokratische Republik weiß offiziell nichts mehr von Besitzunterschieden. In ihr übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber um so sicherer aus.“ („Ursprung der Familie“ usw., S. 181.)

Gleichberechtigung“ beider Klassen hergestellt haben.²⁹ Weil auf der Basis des durch sie geschützten Privateigentums die bürgerliche Demokratie als sozialen Inhalt die Unterdrückung und wirtschaftliche Ausbeutung des Proletariats hat, kann dessen politische Gleichberechtigung nur eine formale sein, und muß die reale wirtschaftliche und somit auch politische Macht in den Händen der besitzenden Klasse liegen. Durch die formale rechtliche und politische Gleichberechtigung der Arbeiterklasse treten die sozialen Gegensätze nur um so schärfer hervor und werden sich die Arbeiter allmählich ihrer effektiven sozialen Unterordnung und ihrer ungleichen wirtschaftlichen Lage bewußt. Daher werden sie dahin tendieren, die ihnen bereits formal zugestandene Gleichberechtigung in eine reale umzuwandeln. Dies kann das Proletariat jedoch nur durch Beseitigung der Wurzel dieser Ungleichheit, durch Aufhebung des Privateigentums, erreichen. Ein Versuch der Arbeiterklasse, Hand an den Privatbesitz zu legen, wird aber auf den bewaffneten Widerstand der besitzenden Klasse stoßen und in einem solch möglichen Zusammenprallen beider Klassen sich die Unversöhnlichkeit ihrer spezifischen Interessen manifestieren.³⁰ Will die unterdrückte Klasse ihr Interesse dennoch durchsetzen, so muß sie zu diesem Zwecke dem Machtapparat der herrschenden Klasse einen eigenen entgegensetzen und damit den alten vernichten.³¹

Der neue Machthebel ist die sich selbst in ihrer Gesamtheit zum Staat organisierende Arbeiterklasse, deren Organe, bzw. deren Staatsapparat die Arbeiterräte sind. Wie die Klasseninteressen des Proletariats zu denen der Bourgeoisie in schroffstem Gegensatz stehen, so stellt sich auch der proletarische Staatsapparat, das politische Rätssystem in einen solchen zur parlamentarischen Republik, das heißt zur typischen Form des bürgerlichen Staates.

In erster Linie sollen daher jetzt, nachdem wir die marxistische Entwicklungslehre des Staates wiedergegeben haben, die Unterscheidungsmerkmale zwischen dem politischen Rätssystem und dem demokratischen Parlamentarismus aufgezeigt werden. In dieser Hinsicht lassen sich an allgemeinen und spezifischen Unterscheidungsmerkmalen bezüglich der Formen des politischen Rätessystems verschiedene besonders markante Prinzipien hervorheben, deren Verkörperung in ein und derselben Staatsform gewissermaßen als Ideal des politischen Rätessystems, als dessen höchste Vollendung aufzufassen wäre. „Dabei handelt es sich

²⁹ Engels: „Ursprung der Familie“ etc., S. 62.

³⁰ Vgl. Anmerkung 12 und Anmerkung 16, in der ein Zitat gegeben wird, in dem Engels direkt von der „bewaffneten Gewalt“ der Bourgeoisie spricht; ferner folgende Stelle aus dem „Bürgerkrieg in Frankreich“: „Angesichts der drohenden Erhebung des Proletariats benutzte die vereinigte besitzende Klasse jetzt die Staatsmacht rücksichtslos und frech als das nationale Kriegswerkzeug des Kapitals gegen die Arbeit.“ (Marx: „Bürgerkrieg in Frankreich“, MEAS Bd. II, S. 511.) Vgl. auch in derselben Schrift S. 499 ff.

³¹ Vgl. Anmerkung 20 und 12: „Und die Klubs, was waren sie anders als eine Koalition der gesamten Arbeiterklasse gegen die gesamte Bourgeoisieklasse, die Bildung eines Arbeiterstaates gegen den Bourgeoisstaat?“ Marx: Klassenkämpfe in Frankreich, MEAS, Bd. II, S. 255.

also in der Hauptsache um die Notwendigkeit, diejenigen Formen des politischen Rätestaates herauszufinden, die ihm die Durchführung seiner Aufgabe – die politische Niederhaltung der Bourgeoisie bis zur restlosen Aufhebung des Privateigentums – ermöglichen und die ihm zugleich jenen ‚Selbstmordcharakter‘ verleihen, der sich während bzw. nach Erfüllung dieser seiner Aufgabe in seinem progressiven bzw. endgültigen ‚Absterben‘ äußern soll.“³²

Von diesem Gesichtspunkt aus vermochten Marx, Engels und ihre Schüler und Nachfolger aus der Betrachtung der empirischen Wirklichkeit mehrere Prinzipien zu gewinnen, die in ihrem Zusammenhang, aus welchem die Anwendung des Marxschen Klassenkampfprinzips klar hervorgeht, den Kern der marxistischen Staatstheorie bilden. Soweit diese Punkte von Marx und Engels bereits zu Prinzipien formuliert wurden, geschah dies aus der Analyse der Vorgänge der Jahre 1848 und 1871, d. h. diese Prinzipien wurden von ihnen als charakteristische Momente der Revolution von 1848 in Deutschland und der Pariser Kommune des Jahres 1871 festgehalten. Da Marx und Engels diese beiden Revolutionen in Deutschland und Frankreich als spontane Bewegungen des Proletariats ansahen, betrachteten sie auch die in ihnen angewandten Methoden als für den proletarischen Klassenkampf typische Kriterien, die bei späteren offenen Ausbrüchen des Klassenkampfes bewußt als theoretische Erkenntnisse in den Dienst der proletarischen Gesamtbewegung gestellt werden mußten. In den zu Beginn des 20. Jahrhunderts folgenden offenen Konflikten zwischen dem Proletariat und der besitzenden Klasse, insbesondere in Rußland in den Revolutionen von 1905 und 1917, aber auch in Deutschland und selbst in England, wiesen die Nachfolger von Marx und Engels dieselben spontan in den Massenbewegungen entstandenen Erscheinungen nach, die ihre beiden Vorgänger bereits prinzipiell hervorgehoben hatten. Allerdings vermochten die Marxschüler noch einige weitere Kriterien, die jetzt des höheren Reifegrades der wirtschaftlichen und politischen Zusammenstöße wegen deutlicher in Erscheinung traten als zu Lebzeiten Marx', theoretisch zu verwerten und dadurch die marxistische Staats- bzw. Rätetheorie weiterzuführen und zu ergänzen.³³

Bei den von Marx und den Epigonen hervorgehobenen Merkmalen des proletarischen Staates handelt es sich also nicht um rationalistisch konstruierte Prinzipien. Die meisten sind tatsächlich der theoretische Ausdruck gewisser vom Proletariat in vergangenen Kämpfen gehandhabter Methoden oder ergaben sich im Anschluß an bestimmte wirtschaftliche Notwendigkeiten und Versuche praktischer Art. Diese Merkmale sind:³⁴

³² *Dethmann, Ad.*, a. a. O., S. 15.

³³ In erster Linie trifft dies für Lenin zu. Soweit dies noch andere Epigonen taten, so gewöhnlich direkt auf die Ausführungen Lenins gestützt oder zumindest an diese anknüpfend.

³⁴ Die in der marxistischen Literatur für die folgenden Punkte vorhandenen Belegstellen werden bei der Behandlung der einzelnen Prinzipien angeführt werden.

1. Das Prinzip des staatlichen Aufbaus „von unten auf“. Das heißt, daß der proletarische Staat sich aus den Massen heraus konstituieren muß, wobei als Basis für die Wahlen der Betrieb bzw. die werktätige Kommune ins Auge gefaßt werden.
2. Das Prinzip des demokratischen Zentralismus. Darnach wird aus der Souveränität der Gesamtheit unter allgemeiner Anteilnahme Aller und auf demokratische Weise einer Körperschaft die zentrale Gewalt übertragen.
3. Das Prinzip der Beschränkung des Wahlrechtes auf die werktätigen Massen. Der Bourgeoisie wird dadurch das Recht jeglicher politischer Betätigung entzogen.
4. Das Prinzip des Rechtes der direkten Wahl von Personen. In diesem Wahlverfahren sollen Personen, die ihrer ganzen Wählerschaft bekannt sind, direkt gewählt werden. Das Wahlverfahren, nach welchem Kandidaten auf Grund der durch Parteien präsentierten Listen bestimmt werden, soll also durch das direkte Wahlrecht ersetzt werden.
5. Das Prinzip der politischen Rechenschaftsablegung, durch welches die Gewählten ihrer Wählerschaft gegenüber in ein Verhältnis unbedingter Verantwortlichkeit versetzt werden.
6. Das Prinzip der jederzeitigen Absetzbarkeit der Gewählten durch die Wählerkörperschaft. Dieser wird somit das Recht zugesichert, nötigenfalls ihre Abgeordneten sofort zurückzurufen, abzusetzen und zu ersetzen.
7. Das Prinzip der Aufhebung der Gewaltentrennung. Hiernach sollen die legislative, exekutive und jurisdiktionelle Gewalt zu einer Zentralgewalt verschmolzen werden, die gewissen Körperschaften verliehen wird, welche dadurch gesetzgebende, vollziehende und richterliche Befugnisse zugleich erhalten.
8. Das Prinzip des Rechtes der Wahl sämtlicher Beamten. Dies heißt, daß sämtliche Beamten wählbar, verantwortlich und absetzbar sind und jede Kooptation unzulässig ist.
9. Das Prinzip der Reduzierung und Festsetzung der Gehälter aller beamteten Personen auf den durchschnittlichen Arbeitslohn eines qualifizierten Arbeiters.
10. Das Prinzip der abwechslungsweisen und allseitigen Beteiligung möglichst aller Angehörigen des Proletariats an der Verwaltung und Leitung des Staates. Damit soll dem Berufsbeamtentum ein Ende gesetzt werden.
11. Das Prinzip der vollständigen Ergänzung des politischen Räte-systems durch wirtschaftliche Räteorganisationen, die den Aufbau

der sozialistischen Wirtschaft in Gang bringen und durchführen sollen.

12. Das Prinzip der Bewaffnung des gesamten Proletariats auf der Basis des Milizsystems.
13. Das Prinzip der allgemeinen Arbeitspflicht für die Gesamtbevölkerung. Darnach besteht im Rätestaat die Arbeitspflicht für Alle, ungeachtet ihrer Klassenzugehörigkeit.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß sich in der Marx-Engelsschen Literatur nirgends eine geschlossene Darstellung oder eine einheitliche Übersicht einer besonderen Staatstheorie vorfindet und daß in ihr eine Zusammenfassung der angeführten Räteprinzipien nicht existiert. Obschon sich in den Schriften von Marx und Engels die meisten dieser Prinzipien direkt und offen nachweisen lassen, gibt es einige erst durch die Epigonen festgehaltene Punkte, für welche bei Marx und Engels scheinbar keine Anhaltspunkte da sind, die aber aus dem Zusammenhang ihrer Auffassung über den Staat und die Aufgaben der Arbeiterklasse heraus abgeleitet und erklärt werden können.

Dies gilt zum Beispiel gerade für das erste Prinzip des Rätesystems, das des „Aufbaus von unten auf“. Es gibt bei Marx und Engels keine Stelle, aus der dieses wesentliche Prinzip als Kern des Rätesystems in seiner Gesamtheit, das heißt sowohl für dessen wirtschaftliche als auch politische Seite, expressis verbis ersichtlich wird. Dieses Kernprinzip erklärt sich theoretisch vielmehr einzig aus der Grundauffassung, daß die Emanzipation des Proletariats nur das Werk dieser Klasse in ihrer Totalität sein könne³⁵, das heißt, daß ein jeder Arbeiter am Befreiungskampfe seiner Klasse und damit der ganzen Menschheit mit gleichen Rechten und Pflichten teilzunehmen habe. Denn „von unten auf“ soll das Rätesystem gerade deswegen aufgebaut werden, weil dadurch auf demokratische Weise auch der letzte Angehörige der Arbeiterklasse im Rätestaat seine Auffassung und Meinung zur Geltung bringen kann.

Im Sinne der Marxschen Theorie kann gefolgert werden, daß durch eine Verlegung und Verwurzelung der organisatorischen Basis des Rätestaates in die Massen von vornherein eine Verfälschung oder gar Vergeewaltigung der Ansichten der Arbeiterklasse bzw. ihrer großen Mehrheit durch einzelne Personen oder Teilgruppen verunmöglicht werden solle. Im proletarisch-demokratischen Rätestaat müsse der Wille der werktätigen Massen bzw. ihrer großen Mehrheit in allen Fragen des staatlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Lebens unter allen Umständen klar und unzweideutig in Erscheinung treten können. Nur unter dieser kardinalen Voraussetzung könne das Rätesystem und dessen Zweck die Angelegenheit der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit

³⁵ *Marx*: „Allgemeine Statuten der internationalen Arbeiterassoziation“, MEAS, Bd. II, S. 454.

sein. Die Bedingung ihrer aktiven Teilnahme am wirtschaftlichen und politischen Staatsleben fordere, daß die Initiative für staatliche Maßnahmen immer wieder von neuem aus der gesamten Arbeiterklasse hervorgehe und daß solche Maßnahmen niemals durch einzelne oder Teilgruppen des Proletariats unabhängig von der Majorität der arbeitenden Massen bestimmt und durchgesetzt werden dürften. Im Hinblick auf die zu verfolgenden Zwecke müsse also die Masse unbedingt als erste und letzte entscheidende Instanz für alle im politischen und gesellschaftlichen Leben auftauchenden Fragen angesehen werden, und sofern in der Aktion auf Grund direkter und demokratischer Wahlen zu bestimmten Zwecken etwelchen besonders fähigen Persönlichkeiten führende Posten zugewiesen würden, so hätten solche proletarische Führer unter allen Umständen nur Existenzberechtigung als ausführende Organe des Willens und der Beschlüsse des gesamten Proletariats.³⁶ Was von einzelnen wichtigen Organen, gelte auch für den proletarischen Staatsapparat in seiner Gesamtheit, denn dadurch, daß die arbeitenden Massen immer sich selbst zum Initianten und bestimmenden Faktor in der Entscheidung aller den Rätestaat berührenden Fragen zu machen hätten, müsse dieser gleichfalls immer lediglich ausführendes Organ des Gesamtwillens und der Gesamtbeschlüsse sein, was eben durch Gestaltung des Aufbaus seiner Organisationsform von „unten auf“ gewährleistet werden solle. Damit der Rätestaat die Angelegenheit der ganzen Arbeiterklasse sein könne, damit sich also das Proletariat als Totalität aktiv am proletarischen Staatsapparat, d. h. am politischen Rätesystem zu beteiligen vermöge, müßten die Wurzeln dieses Systems unter feinsten Verästelung bis auf den Grund der werktätigen Massen hinabreichen, um so zu ermöglichen, daß auch das letzte arbeitende Individuum an ihm teilnehmen und seine auf Grund seiner Zugehörigkeit zur Klasse der Lohnarbeiter sich ergebenden Interessen zur Geltung bringen könne. Nur so werde es möglich, daß die Maßnahmen des Rätestaates die politischen und wirtschaftlichen Forderungen der Massen in ihrer Gesamtheit widerspiegeln.

Zuerst müßte nun festgestellt werden, wo die arbeitenden Massen am besten erfaßt werden könnten und wo ihr, nach Marx, dem bürgerlichen Interesse gegensätzliches proletarisches Klasseninteresse primär und in präzisierter Form zum Ausdruck kommt. Dies läßt sich nach der Rätetheorie am besten im Produktionsprozeß feststellen, und zwar innerhalb dieses Prozesses selber wiederum am deutlichsten „in seiner kleinsten Einheit, in seiner Keimzelle“³⁷, nämlich im Betrieb. In ihm

³⁶ Vgl. dazu die amerikanische Unabhängigkeitserklärung auf Seite 21 vorliegender Arbeit; ferner Artikel 3 der französischen Verfassung aus dem Jahre 1789 auf Seite 21; unter Voraussetzung der Richtigkeit unserer theoretischen Schlußfolgerung aus der marxistischen Lehre würde dies einen weiteren Beweis für die Anlehnung bzw. theoretische Anknüpfung des Marxismus an den frühen Liberalismus darstellen.

³⁷ *Dethmann, Ad.*, a. a. O., S. 17. Vgl. dazu *Korsch, Karl*, „Arbeitsrecht für Betriebsräte“, S. 80: „Durch die Wahl ihrer ‚revolutionären Räte‘ bekundeten die Arbeiter ihren Entschluß, zunächst den einzelnen Arbeitsbetrieb und weiterhin dann auch die gesamte, aus einer Vielheit konkurrierender Einzelbetriebe und Konzerne zusammengesetzte kapitalistische Volkswirtschaft als ein wirkliches ‚Gemeinwesen der Arbeit‘

also kann am leichtesten und zugleich am sichersten nachgewiesen werden, zu welcher Bevölkerungssphäre die in ihm tätigen Individuen zu rechnen sind. Je nachdem sie gezwungen sind, ihre Arbeitskraft als Lohnarbeiter zu verkaufen, weil sie in einem besitzlosen Verhältnis zu den Produktionsmitteln und zum Betrieb selbst stehen und infolge ihres relativ geringen Einkommens auch nicht instande sind, indirekt über den Weg der Anschaffung von Wertpapieren an der wirtschaftlichen Ausbeutung anderer Lohnarbeiter zu partizipieren, sollen sie der politisch- und wahlberechtigten Bevölkerungssphäre zuzurechnen sein. Je nachdem sie aber Besitzer des Betriebes und der darin enthaltenen Produktionsmittel sind und daher nicht gezwungen, ihre Arbeitskraft gegen Lohn zu verkaufen oder infolge des Besitzes von wesentlichen Wertpapieren, zu welchen sie auf Grund eines überdurchschnittlich hohen Einkommens gelangen können, an der Ausbeutung von Lohnarbeitern teilhaben, sollen die einzelnen Individuen von jeglichem politischen Recht, das heißt von der Teilhaberschaft am proletarischen Staat, ausgeschlossen werden.

Der Betrieb ist gleichzeitig der Ort, wo nach Marx die Klassen-gegensätze urwüchsig und am markantesten in Erscheinung treten, weswegen in ihm auch die ersten Manifestationen des Klassenkampfes stattgefunden haben, aus welchen sich mit der Zeit allmählich die Arbeiterbewegung entwickelt habe.³⁸ Daraus wird verständlich, warum die Rätetheorie den Betrieb als den geeignetsten Ort zur Erfassung der Klasse der Lohnarbeiter ansieht, der Klasse, die sich zum herrschenden Staat erheben soll und deren Willen und Beschlüssen gemäß der Staatsapparat der Räte zu funktionieren habe. Daher müsse im Betrieb, in der kleinsten Einheit des wirtschaftlichen Organismus, bzw. in der Betriebsbelegschaft, in der Zahl der Lohnarbeiter und Angestellten, der Hand- und Kopfarbeiter, das ökonomische und politische Rätesystem wurzeln. Mit andern Worten: es soll die Lohnarbeiterschaft der Unternehmungen und Betriebe die Basis des proletarischen Staates bilden, aus der die grundlegende wirtschaftliche und politische Körperschaft des Rätesystems hervorgeht.³⁹ Und zwar eigne sich die Betriebsarbeiterschaft dafür auch aus dem Grunde am besten, weil nach Marx ihr Klassen-zugehörigkeits- und damit auch Solidaritätsbewußtsein in den Betrieben infolge der sich stetig steigernden Interessengegensätze und des sich daraus verschärfenden Klassenkampfes mit der Bourgeoisie wächst.⁴⁰

und die darin beschäftigten Arbeiter als die vollberechtigten „Bürger“ dieses Gemeinwesens zu betrachten.“ Vgl. dazu auch das „Kästchensystem“ des Berliner „Roten Vollzugsrats“, ebenda S. 83.

³⁸ „Manifest der KP“, MEGA I/6, S. 533.

³⁹ „Mit den größten Betrieben beginnend, ziehen die Sowjets (*Räte*) die Arbeiter der Werkstätten und die Handelsangestellten in ihre Organisation hinein, greifen aufs Dorf hinüber, organisieren die Bauern gegen die Gutsbesitzer und dann die untern und mittleren Schichten der Bauernschaft gegen die Kulaks (Dorfwucherer, Großbauern).“ (*Trotsky*, „Terrorismus und Kommunismus“, S. 86.)

⁴⁰ MEGA I/6, vgl. S. 533/34, „Manifest der KP“.

Weil sich also die Grundlage des politischen Rätesystems aus den einzelnen Betrieben, das heißt aus wirtschaftlichen Produktionseinheiten zusammensetzen soll, ergibt sich, verglichen mit anderen Staatsformen, deren Basis gewöhnlich territoriale Bevölkerungseinheiten wie Kantone, Departemente oder sonstige Wohnbezirke sind, allein schon darin ein wesentlicher Unterschied.^{40a}

Daß die Betriebe die Grundsteine des Staatssystems der Räte, daß sie die Zellen und die in ihnen beschäftigten Lohnarbeiter die letzte Wahlkörperschaft des Rätestaats sein sollen, wird in der marxistischen Rätetheorie zum Prinzip des Aufbaus „von unten auf“ erhoben. Danach sollen somit in letzter Instanz immer die werktätigen Massen entscheiden und beschließen, und die höheren Körperschaften haben lediglich die Aufgabe, die ihnen „von unten“ übertragenen Beschlüsse und Aufgaben zu erfüllen, sind also an die Richtlinien der ihnen von unten übertragenen Mandate streng gebunden. Die Begriffe „unten“ und „Massen“ werden in diesem theoretischen Prinzip gleichgesetzt.⁴¹

*

Nachdem im Bisherigen dieses erste Prinzip der Rätetheorie in seinen Grundsätzen umschrieben worden ist, wird jetzt dargelegt werden, wie in der Theorie der Aufbau des Rätesystems im einzelnen aussieht.

Darnach sollen, gemäß dem Prinzip des Aufbaus „von unten auf“, in erster direkter Wahl in den Betrieben durch die Belegschaften zur Wahrung und Durchsetzung ihrer Interessen Delegierte, die sogenannten *Betriebsräte*, die sich zum Betriebsrat im Betrieb selbst formieren, ernannt werden.⁴² Obschon der Betrieb nach der Rätetheorie die Zelle und seine Belegschaft die letzte Wahlkörperschaft des Rätestaates ist, fallen dem Betriebsrat noch keine politischen, sondern lediglich wirtschaftliche Aufgaben zu, da der einzelne Betrieb gleichfalls keine direktpolitischen Funktionen, sondern bloß ökonomische erfüllen kann. Die unterste Räteinstanz mit ausgesprochen politischen Aufgaben und Befugnissen ist erst der aus dem Zusammentritt der verschiedenen Betriebsräte einer Gemeinde hervorgehende örtliche Arbeiterrat.⁴³ Weil aber nicht

^{40a} Vgl. dazu Lenin: „Ausgewählte Werke“, Bd. 7, S. 231: „... und die Ersetzung der territorialen Wahlkreise durch Produktionseinheiten: Werke, Fabrik“.

⁴¹ „Der Ursprung der Macht ist nicht das Gesetz, das vorerst vom Parlament gutgeheißen wird, sondern die direkte Initiative der Volksmassen von unten und ... die direkte ‚Machteroberung‘.“ (Lenin, „Über die Doppelherrschaft“, 1917, Sammelband 1925, S. 361/62.)

⁴² Vgl. dazu Anmerkung 37.

⁴³ „Der Arbeiterdelegiertenrat entstand als die Erfüllung eines objektiven, durch den Gang der Ereignisse erzeugten Bedürfnisses nach einer Organisation, die die Autorität darstellen könnte, ohne Tradition zu sein, einer Organisation, die mit einem Male die zerstreuten, nach Hunderttausend zählenden Massen umfassen könnte, ohne ihnen viel organisatorische Hemmungen aufzuerlegen, nach einer Organisation, die die revolutionären Strömungen innerhalb des Proletariats vereinigt, die einer Initiative fähig und automatisch sich selbst kontrollieren könnte und, was die Hauptsache ist, einer Organisation, die man innerhalb 24 Stunden ins Leben rufen könnte ... Die Reibungen zwischen den zwei gleich starken Fraktionen der Sozialdemokratie untereinander einerseits, der Kampf beider Fraktionen mit den Sozialrevolutionären andererseits, machte die Schaffung einer parteilosen Organisation absolut unentbehrlich.“

alle Wahlberechtigten einer Gemeinde in eigentlichen, größeren Betrieben, sondern vielfach auch zerstreut in Hausständen, bei Handwerkern oder sonstwo vereinzelt tätig sind, müssen solche Wahlberechtigte sich nach beruflichen Gesichtspunkten zusammenschließen, um auf dieser Grundlage Vertreter ihrer Interessen und Forderungen in den lokalen Arbeiterrat abordnen zu können. Die Abgeordneten der Berufsorganisationen aller jener Wahlberechtigten, die nicht in der Lage sind, ihr Stimmrecht in einem Unternehmen auszuüben, und die Delegierten der Betriebsbelegschaften, das heißt die Betriebsräte, sollen zusammen den lokalen Arbeiterrat bilden. Diesem Bezirks- oder örtlichen Arbeiterrat, der mit allen verfügbaren Machtbefugnissen versehen wird, soll es obliegen, sämtliche in den Bezirk der Gemeinde fallenden Angelegenheiten zu erledigen, wobei dies in gleicher Weise für städtische oder dörfliche, d. h. ländliche Gemeindebezirke gilt.⁴⁴

Indem sich der Aufgabenkreis des lokalen Arbeiterrats, dessen Reichweite entsprechend, auf den Bezirk einer Gemeinde beschränken soll, bedeutet dies, daß sich der proletarische Staat in seinem Aufbau über die einzelnen Produktionseinheiten hinaus nach den durch die Entwicklung der Wirtschaftsweise vorgezeichneten territorialen Gruppenbildungen der Menschen zu richten hat.

Darin, daß das Staatssystem der Räte in seinem Umfang vom Umfange und jeweiligen Entwicklungsgrad der wirtschaftlichen Beziehungen abhängig gemacht wird, erkennt man die Übereinstimmung der Räte-theorie mit der materialistischen Geschichtsauffassung, welche alle politischen Organisationsformen der Menschen vom jeweiligen Stand der Produktivkräfte und aus den durch ihn bedingten Produktionsverhältnissen ableitet. Nach der materialistischen Geschichtsauffassung führten die gleichfalls nach ihr auf Grund der kapitalistischen Produktionsweise entwickelten ökonomischen Beziehungen zu Gruppenbildungen der Menschen, wie sie in der gegenwärtigen Epoche in der städtischen bzw. dörflich-ländlichen Gemeinde und im „nationalen Staate“ (worunter die innerhalb natürlicher geographischer Grenzen als „nationale“ Wirt-

Schon am zweiten Tage nach ihrer Entstehung, um noch in den Massen als Autorität zu gelten, mußte sie auf der Grundlage des allerweitesten Vertretungsmodus organisiert werden. Es blieb nur übrig, die Vertretung den Fabriken und Werkstätten anzupassen. Auf je 500 Arbeiter kam ein Delegierter. Die kleingewerblichen Unternehmungen vereinigten sich zu Gruppen zum Zwecke der Wahlen. Das Recht auf Vertretung erhielten auch die jungen Gewerkschaften. Es muß jedoch bemerkt werden, daß die zahlenmäßige Norm nicht allzustreng gehandhabt wurde; es waren hier und da auch Delegierte von hundert oder zweihundert Arbeitern vorhanden, sogar von einer noch geringern Anzahl. Bereits am 26. Oktober abends fand die erste Sitzung des zukünftigen Delegiertenrates statt. Es waren nicht mehr als 30-40 Delegierte anwesend und es wurde beschlossen, das Proletariat der Hauptstadt zu einem politischen Generalstreik aufzurufen, sowie Vorschläge zur Wahl von Delegierten zu machen ... Dieser so ungeheuer wichtige Beschluß wurde einstimmig angenommen. ... Der Rat stand von dem Moment seines Entstehens bis zum Augenblick seines Untergangs unter dem mächtigen Druck der revolutionären elementaren Gewalt, die ohne jede Rücksicht die Arbeit des politischen Bewußtseins überholte. Jeder Schritt der Arbeitervertretung war im vornherein bestimmt und die „Taktik“ – selbstverständlich.“ (*Trotsky*, „Rußland in der Revolution“, 1909, S. 82/83.)

⁴⁴ Vgl. dazu Anmerkung 73 a, S. 77.

schaftseinheit ansässige Bevölkerung zu verstehen ist) als markanteste Größen in Erscheinung treten. Historisch gesehen, läßt sich somit der nationale Staat als Wirtschaftsorganisation aus der Gemeinde ableiten, wobei den verschiedenen Etappen seiner Entwicklung als Zwischenstufen wiederum verschiedene politische Organisationsformen der Wirtschaft, wie Kreis, Provinz, Departement, Territorialstaat, Gouvernement usw. entsprechen, die ihrerseits in der einen oder andern Form aber als Zwischenbezirke innerhalb des nationalen Staates erhalten bleiben. Ähnlich erklärt die materialistische Geschichtsauffassung auch die über den Rahmen des nationalen Staates hinausgreifenden politischen Organisationsgebilde als Entwicklungsprodukte der sich im Kapitalismus über nationale Grenzen fortentwickelnden Wirtschaftsbeziehungen. Im Sinne der materialistischen Geschichtsauffassung berücksichtigt die Räte-theorie daher bei der Darstellung des organisatorischen Aufbaus des Rätestaates all diese Faktoren.⁴⁵ Dies äußert sich darin, daß nach ihr in jedem Fall die Zahl und die Form der einem Rätestaat eigenen Räte-institutionen, welche sich zwischen die aus den Produktionseinheiten hervorgehenden lokalen Arbeiterräte und die Zentralräteinstanz des nationalen Staates einschieben sollen, durch die wirtschaftliche und politische Struktur des jeweiligen nationalen Staates bestimmt sein werden. Das heißt, daß die verschiedenen intra- und internationalen politischen Organisationsformen, die innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftsgefüges existieren, im Staatssystem der Räte in intra- und internationalen Rätekörperschaften ihre Parallele finden sollen. So würde es über die Gemeinderäte hinaus also zum Beispiel Kreis-, Provinz-, Departements-, Kantons- und je nach Aufbau des nationalen Staates noch andere Bezirksräte geben. Und wie es infolge der überstaatlichen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu internationalen politischen Organisationen gekommen ist, sollen sich schließlich im Rätestaatssystem, gleichfalls auf diese internationalen ökonomischen Beziehungen gestützt, überstaatliche politische Organisationen in Gestalt der internationalen Räteinstanzen bilden.⁴⁶ Daraus erhellt, daß die Gliederung im Aufbau des Räte-systems nicht zufällig oder willkürlich entstehen, sondern auf jeden Fall aus dem jeweiligen Entwicklungsgrad der wirtschaftlichen Verhältnisse resultieren soll.

Nach diesem Ausblick auf die Richtlinien für den weiteren Aufbau des Räte-systems über dessen erste Stufe, die der örtlichen Gemeinderäte, können wir in der Betrachtung des ersten Prinzipes der Rätetheorie fortfahren. Wir sahen bereits, daß auf Grund direkter Wahlen in Betrieben und Berufsverbänden die unterste Instanz mit exekutiver politi-

⁴⁵ Vgl. dazu *Dethmann, Ad.*, a. a. O., S. 17/18.

⁴⁶ Für diese theoretische Schlußfolgerung stützen wir uns auf den Sinn der von Lenin auf dem 2. Weltkongreß der KI, 1920, aufgestellten Thesen, wonach ein Rätestaat internationalen Charakter tragen soll. Vgl. dazu: „Thèses, Manifestes et Résolutions adoptés par les 1er, 2e, 3e et 4e Congrès de l'Internationale Communiste (1919-1923), Textes complets, Paris 1934“, S. 57 ff.

scher Gewalt im Rätssystem, der Gemeinderat ernannt werden soll. Dieser setzt sich also aus allen Delegierten der im Bezirk einer Gemeinde befindlichen Betriebe und Berufsverbände zusammen. Auf Grund direkter Wahlen innerhalb der einzelnen örtlichen Gemeinderäte sind sodann diejenigen Delegierten zu bestimmen, aus deren Zusammentritt die internationalen Räte, das heißt diejenigen Zwischeninstanzen hervorgehen, welche zwischen die Gemeinderäte und den nationalen Zentralrat eingeschaltet werden sollen. Diese einzelnen intranationalen Räteinstanzen setzen sich somit aus sämtlichen Abgeordneten der sich in den einzelnen nationalen Zwischenbezirken befindenden kommunalen Arbeiterräte zusammen. Die Einteilung des rätestaatlichen Territoriums nach ökonomischen Kriterien wird also befolgt. Zudem sollen innerhalb eines nationalen Staates die Grenzen solcher Zwischenbezirke, die die territoriale Grundlage der intranationalen Räte darstellen, immer dort gezogen werden, wo sich relativ einheitliche Wirtschaftsgebiete herausbilden. So sind zum Beispiel in diesen Zwischenbezirken Landstrecken mit ausgesprochen landwirtschaftlicher Produktion oder solche, deren Produktion sich auf eine ganz bestimmte Art von Industrie konzentriert, zu erfassen. Daß auf Grund einer solchen Einteilung Zahl und Form der intranationalen Räteinstitutionen jeweils mit der Verschiedenheit der wirtschaftlichen Struktur einzelner nationaler Staaten variieren würde, ergibt sich von selbst.⁴⁷

Auf die gleiche Weise, wie die kommunalen Arbeiterräte ihre Abgeordneten in die intranationalen Bezirksräte hineinwählen, werden diese nach der Rätetheorie nun ihrerseits Delegierte ernennen, aus deren Zusammentritt sich schließlich die höchste Instanz des Rätestaates, nämlich der oberste Rätekongreß, der Zentralrat des proletarisch-demokratischen Rätestaates konstituiert.⁴⁸ Im Zentralrat, als der wichtigsten Körperschaft des proletarischen Staatsapparates, soll das gesamte staatliche System der Arbeiterräte gipfeln. Da er den eigentlichen Ausdruck der zum Staat konstituierten Arbeiterklasse darstellt, finden der „allgemeine Wille“ und die Forderungen der Gesamtheit in seinen Entscheidungen und Maßnahmen ihren kristallisierten Niederschlag. Als Träger und Vollstrecker der obersten Staatsgewalt soll er der Verkünder der für den ganzen proletarischen Staat verbindlichen Gesetze sein und ihm

⁴⁷ Vgl. dazu Anmerkung 39.

⁴⁸ Vgl. dazu „Die Verfassung (das Grundgesetz) der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (R.S.F.S.R.)“, erschienen als Nr. 22 der „Kleinen Bibliothek der Russischen Korrespondenz“, S. 12. Diese von Lenin entworfene Verfassung aus dem Jahre 1918 ist unseres Wissens die einzige (obschon als konkretes Gesetz für Rußland gedachte) theoretische Abhandlung über den Aufbau eines Rätestaates. Man darf sie zweifelsohne als einen ehrlichen Versuch der Verwirklichung der Rätetheorie ansehen. Daß sie nie in ihrem Sinne verwirklicht und bald nach ihrem Entwurf auch durch andere Verfassungen ersetzt wurde, daß ferner von ihr heute höchstens noch der Name der „Sowjets“ übrigbleibt und kaum ein Land zu der in ihr enthaltenen „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes“ (S. 3) in größerem Widerspruch steht als gerade die Sowjetunion, sind Tatsachen, die, obschon an sich von größter Bedeutung, nicht in den Rahmen unserer rein theoretischen Betrachtung der Rätetheorie gehören.

allein die Befugnis zustehen, in plötzlich und unvorhergesehen auftauchenden wichtigen Angelegenheiten dringende Maßnahmen zu beschließen.⁴⁹

Obgleich der oberste Rätekongreß der zentrale Lebensnerv des gesamten staatlichen Räteorganismus sein soll, findet nach der Rätetheorie mit ihm das politische Rätesystem erst innerhalb der einzelnen nationalen Staaten seinen Abschluß. Denn sie geht ja davon aus, daß der proletarische Klassenkampf bzw. der proletarische Befreiungskampf einen internationalen Charakter, ein internationales Wesen habe und schließt infolgedessen daraus, daß auch notwendigerweise das Organ dieses Befreiungskampfes, das proletarische Rätesystem, nicht auf die einzelnen nationalen Staaten beschränkt bleiben dürfe. Dieses müsse sich vielmehr gleichfalls nach der Art der Aufbauprinzipien des Rätesystems über den Rahmen der einzelnen nationalen Staaten hinaus zu einer überstaatlichen Organisation aller nationalen Rätestaaten entfalten. Darnach hätten also die einzelnen Zentralräte in den verschiedenen nationalen Staaten aus ihren Reihen Delegationen zu bestimmen, die sich in einer höheren internationalen Räteinstanz, zum Beispiel in einem Kontinentalrat vereinigen würden. Und aus dem Zusammentritt der Abgeordneten der einzelnen Kontinentalräte würde schließlich die höchste Rätekörperschaft des gesamten Rätesystems überhaupt, im Weltmaßstab gesehen, der Welträtekongreß, der Weltzentralrat hervorgehen. Im Welträtekongreß würde die höchstmögliche Entwicklungsstufe des proletarischen Rätesystems erreicht sein, in ihm sich die Vereinigung der „Proletarier aller Länder“ verkörpern.⁵⁰ Zusammengefaßt zeigt sich also, daß die Rätetheorie in den durch direkte Wahlen aus den Belegschaften der einzelnen Betriebe hervorgehenden und sich schließlich in höheren Wahlkörperschaften vereinigenden Arbeiterräten das organisatorische Band der gesamten Arbeiterklasse in ihrem nationalen als auch internationalen Befreiungskampf sieht.

Im Zusammenhang mit dem Prinzip des Aufbaus des Rätesystems „von unten auf“ stellt sich weiter noch die Frage, wie in der Rätetheorie die Beziehungen und das Verhältnis der verschiedenen Räteinstitutionen zueinander aufgefaßt werden. Auch in dieser wichtigen Frage haben sich weder Marx noch Engels je schriftlich geäußert und haben die Epigonen die Rätetheorie auf Grund ihrer praktischen Erfahrungen ergänzt. Aus den wenigen bestehenden Hinweisen muß geschlossen werden, daß das Verhältnis und die Beziehungen zwischen den verschiedenen Räteinstanzen, sowohl innerhalb wie auch außerhalb des nationalen Staates, dieselben wie die der werktätigen Massen zu den von ihnen bestimmten Arbeiterräten sein sollen, nämlich die des demokratischen Zentralismus.

Der demokratische Zentralismus, den wir als zweites Prinzip der Rätetheorie anführen, stellt in der Organisation des Rätesystems eine regelrechte Synthese, eine Fusion zwischen der proletarischen Zentrali-

⁴⁹ Vgl. dazu „Die Verfassung der R.S.F.S.R.“, S. 17 ff.

⁵⁰ Vgl. Anmerkung 46.

sation der Gewalt und der proletarischen Demokratie dar.⁵¹ Eine Fusion, welche durch eine dauernde gemeinsame Aktivität, durch den gleichfalls gemeinsamen Kampf der gesamten Arbeiterklasse erreicht werde. Dies bedeutet, daß, wenn auch die entscheidende politische Gewalt in der Hand der rätestaatlichen Zentralinstanz, des obersten Rätekongresses, straff zentralisiert wird, diese Zentralisation nicht unabhängig vom Willen der Massen, sondern umgekehrt gerade aus der dauernden, direkten demokratischen Beteiligung des Proletariats am politischen Geschehen hervorgehen, das heißt im Kampf unter ständiger Mitwirkung der gesamten Arbeiterklasse auf demokratische Weise an die Zentralinstanz übertragen werden soll.⁵² Die Notwendigkeit der Zentralisation der Gewalt in den Händen einer leitenden Körperschaft entspringe ihrerseits aus der Natur des sozialen Kampfes. Denn nur durch eine strenge Zentralisierung werde es möglich, eine organische Kombination höchster staatlicher Schlagkraft und zugleich vollkommenster staatlicher Anpassungsfähigkeit an die wechselnden Bedingungen des Klassenkampfes durchzuführen.⁵³ Aus den bei der Erörterung des ersten Prinzips der Räte-theorie dargelegten Richtlinien für den Aufbau des Räte-systems ist aber zu schließen, daß, obschon nun nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus die Gewalt in der Hand des Zentralrates straff zentralisiert werden soll, die Entscheidung über alle Fragen, die im Bereich der lokalen Arbeiter- oder in dem der intranationalen Zwischenbezirksräte auftauchen, dem betreffenden lokalen Arbeiter- bzw. dem betreffenden Zwischenbezirksrat zufällt. Nur bei Fragen, die selbst oder aber in der Tragweite ihrer Entscheidung über den lokalen Bezirk hinausgreifen, soll die Kompetenz im Sinne der Zentralisation bei der jeweils höheren Räteinstitution liegen. Für Fragen der Verwaltung und Administration und für solche untergeordneter politischer Bedeutung soll nach der Rätetheorie also selbst bei strengster staatlicher Zentralisierung der Gewalt eine gewisse Autonomie in den einzelnen Gemeinden und wirtschaftlichen Zwischenbezirken bestehen können. Diese Autonomie müsse allerdings in den Grenzen des Klasseninteresses gehalten werden. Zu diesem Zwecke soll der Zentralrat gewisse, auch für die untergeordneten Räteinstanzen verbindliche Richtlinien erlassen, damit niemals Sonder- oder Teilinteressen dem allgemeinen proletarischen Klasseninteresse übergeordnet werden können.

Neben dem Prinzip des demokratischen Zentralismus kann nun nach der Theorie in den Beziehungen und dem Verhältnis der verschiedenen Räteinstitutionen, wenn auch nicht im selben Maße, so doch ebenfalls

⁵¹ Vgl. dazu *Lenin*: „Thèses sur la structure, les méthodes et l'action des Parties Communistes“, wo er die Frage des demokratischen Zentralismus in gleicher Weise auch auf die Partei anwendet. („Thèses, Manifestes et Résolutions adoptés par les 1er, 2e, 3e et 4e Congrès de l'Internationale Communiste (1919–1923), textes complets, Paris 1934“, S. 109/10.)

⁵² Vgl. dazu Anmerkung 51.

⁵³ Vgl. dazu Anmerkung 51.

das föderalistische zur Geltung kommen.⁵⁴ Darnach würde bei einer Erweiterung des Rätessystems über den nationalen Staat hinaus infolge der Vereinigung solch großer menschlicher Gruppenbildungen das Prinzip des föderativen Zusammenschlusses weit mehr in den Vordergrund treten können, als dies innerhalb der einzelnen nationalen Staaten der Fall wäre.

Nachdem wir die beiden ersten Kriterien des politischen Rätessystems, das Prinzip des Aufbaus „von unten auf“ und das des demokratischen Zentralismus kennengelernt haben, können wir zum dritten in der Räte-theorie enthaltenen Prinzip, dem der Beschränkung des Wahlrechts auf das Proletariat, das heißt dem der politischen Entrechtung der Bourgeoisie übergehen.

Auch für dieses dritte Prinzip findet sich in den Schriften von Marx und Engels kein direkter Anhaltspunkt. Wie schon die beiden ersten Prinzipien läßt sich auch dieses wiederum nur aus dem inneren Zusammenhang der Marxschen Theorie und zwar vor allem unter Zurückführung auf den Klassenkampf erklären. Da der Rätestaat nichts anderes als die zum Zwecke der Durchsetzung ihrer Klasseninteressen im Kampf mit der besitzenden Klasse zum Staat konstituierte und organisierte Arbeiterklasse, also gerade der im Klassenkampf gegen die Bourgeoisie gerichtete Machtapparat des Proletariats sein soll, können er und sein Zweck folglich einzig und allein eine Angelegenheit der Arbeiterklasse sein. Daher ist von vornherein im Klassencharakter des Rätestaates und in seinem Zweck, der Aufhebung der wirtschaftlichen Ausbeutung einer Klasse durch die andere, der Ausschluß der unterdrückenden Klasse von allen Staatsgeschäften impliziert.⁵⁵ Eine Beteiligung der Bourgeoisie am proletarischen Staatsapparat würde unter den von Marx angenommenen Voraussetzungen logischerweise Zweck und Ziel dieses Staates gefährden. Nach diesen Voraussetzungen ist nur die Arbeiterklasse am Zweck des Rätestaates direkt interessiert, weil ja das damit angestrebte Ziel mit ihrer Emanzipation gleichbedeutend sein soll. Die Klasse der Kapitalisten aber sei an der Erfüllung dieses Zweckes nicht nur vollständig desinteressiert, sondern würde sich der Erreichung dieses Zweckes sogar nötigenfalls mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln

⁵⁴ Dies geht schon aus dem Titel der Verfassung von 1918 hervor, wo von einer „Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik“ die Rede ist. Sodann vergleiche man dazu auch Lenins Thesen zur nationalen und kolonialen Frage (2. Weltkongreß der KI, 1920).

⁵⁵ Obschon sich also dieses Prinzip auch aus der Marxschen Lehre ableiten läßt, vgl. dazu auch folgende Stelle aus der Marxschen Schrift „Klassenkämpfe in Frankreich“ (MEAS, Bd. II, S. 310): „Das allgemeine Wahlrecht hatte seine Mission erfüllt, die Majorität des Volkes hatte die Entwicklungsschule durchgemacht, zu der es allein in einer revolutionären Epoche dienen kann. Es mußte beseitigt werden durch eine Revolution oder durch die Reaktion“ – scheint es als unmittelbare Folge gewisser Begebenheiten während der russischen Revolution in die Rätetheorie übergegangen zu sein. Denn „der Bourgeoisie das Wahlrecht zu entziehen, ist, wie ich bereits bemerkt habe, kein notwendiges und unbedingtes Kennzeichen der Diktatur des Proletariats. Auch in Rußland haben die Bolschewiki, die lange vor dem Oktober die Losung einer solchen Diktatur ausgegeben haben, nicht von vornherein davon gesprochen, den Ausbeutern das Wahlrecht zu entziehen. Dieser Bestandteil der Diktatur hat sich nicht ‚aus dem Plan‘ irgendeiner Partei ergeben, sondern ist im Laufe des Kampfes von selbst entstanden ...“ (Lenin „Ausgewählte Werke“, Bd. 7, S. 158.)

entgegenstellen, weil die Aufhebung der wirtschaftlichen Ausbeutung auf die Vernichtung der Existenzkraft der Bourgeoisie als Klasse hinauslaufe. So könnten sich, nach der Rätetheorie, aus dem Desinteresse der Bourgeoisie an der Aufhebung der Ausbeutung bzw. aus ihrem Klasseninteresse heraus, welches auf die Aufrechterhaltung der Lohnarbeit hintendere, bei Zulassung ihrer Beteiligung am proletarischen Staat von Seiten der Besitzenden stets sich wiederholende Versuche ergeben, den eigentlichen Zweck des Rätestaates zu sabotieren und diesen in einen bürgerlichen Zwangsapparat mit dem Zweck der Ausbeutung des Proletariats durch die Bourgeoisie umzuwandeln.⁵⁶ Ihr Mitbestimmungsrecht an den Maßnahmen des proletarischen Rätestaates und ihre Beteiligung an den Rätewahlen, ob in aktiver oder passiver Weise, seien aus diesen Gründen abzulehnen. Allerdings soll dies nur für die Zeitdauer, in der die Überführung des Privateigentums in Gemeineigentum noch im Gang ist, das heißt noch nicht alle Besitzenden enteignet sind, gelten. Im Verlauf dieses Prozesses der „Expropriation der Expropriateure“ würde aber mit ihrer Zahl auch gleichermaßen die Zahl der von den Staatsgeschäften fernzuhaltenden Menschen abnehmen. Denn ein enteigneter Kapitalist wäre kein Kapitalist mehr, sondern müßte, wollte er die zu seinem Lebensunterhalt notwendigen Subsistenzmittel erlangen, eine im Marxschen Sinn produktive Tätigkeit ausüben, wodurch er sich in die Reihen der arbeitenden Massen eingliedern und damit organisch das Recht der Beteiligung am proletarischen Staat erwerben würde.⁵⁷

Nach der Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse und seiner Konstituierung zum Staat wird sich, wie aus der Rätetheorie geschlossen werden muß, auch der begriffliche Inhalt des Wortes „Proletariat“ wandeln. Darnach wird es aus der im bürgerlichen Staate besitzlosen und ausgebeuteten Klasse durch die Eroberung der politischen Macht zur herrschenden, besitzenden Klasse, weil es mit Hilfe der proletarischen Staatsgewalt das kapitalistische Privateigentum in gemein-

⁵⁶ „Die Räte sind ohne jede Verfassung entstanden und haben über ein Jahr (vom Frühjahr 1917 bis zum Sommer 1918) ohne jede Verfassung existiert. Die Wut der Bourgeoisie gegen die selbständige und allmächtige (weil allumfassende) Organisation der Unterdrückten, der Kampf, und zwar der skrupelloseste, eigennützigste, schmutzigste Kampf der Bourgeoisie gegen die Räte und schließlich die offene Teilnahme der Bourgeoisie (von den Kadetten bis zu den rechten Sozialrevolutionären, von Miljukow bis zu Kerenski) an der Kornilowiade – alles das hat den formellen Ausschluß der Bourgeoisie aus den Räten vorbereitet ...“ (*Lenin*, „Ausgewählte Werke“, Bd. 7, S. 159.)

„Wenn den Ausbeutern nach einjähriger ‚Praxis‘ der Räte das Stimmrecht von den Räten entzogen worden ist, so heißt das, daß diese Räte wirklich Organisationen der unterdrückten Massen sind. Wenn diese Räte den Ausbeutern das Stimmrecht entzogen haben, so heißt das, daß die Räte ... Organe des wirklich revolutionären Proletariats sind ...“ Ebenda, S. 166.

Vgl. zum Sowjet-Wahlrecht die hochinteressante Kritik bei Rosa *Luxemburg* „Die Russische Revolution. (Eine kritische Würdigung).“ Erste vollständige Ausgabe, herausgegeben von der Gruppe „Neuer Weg“. Paris o. J., S. 39–53.

⁵⁷ „Die politische Herrschaft des Produzenten kann nicht bestehen neben der Verewigung seiner gesellschaftlichen Knechtschaft. Die Kommune sollte daher als Hebel dienen, um die ökonomischen Grundlagen umzustürzen, auf denen der Bestand der Klassen und damit der Klassenherrschaft beruht. Einmal die Arbeit emanzipiert, so wird jeder Mensch ein Arbeiter, und produktive Arbeit hört auf, eine Klasseneigenschaft zu sein.“ (*Marx*: „Bürgerkrieg in Frankreich“, MEAS, Bd. II, S. 518.)

schaftlichen Besitz übernimmt und dadurch als Totalität die Verfügungsmacht über die Produktionsmittel erringt. Damit aber emanzipiere sich das Proletariat von seiner Stellung als Lohnproletariat im bürgerlichen Staat, und als Kennzeichen bleibe ihm nur noch seine Rolle im Produktionsprozeß. Dies gestattet eine Erweiterung des Begriffs „Proletariat“. Es ist darunter jetzt die Gesamtheit der produktiv tätigen oder sonstwie gesellschaftlich nützliche Arbeit verrichtenden Bevölkerung zu fassen, wobei neben dem Kriterium der Rolle im gesellschaftlichen Produktionsprozeß keine anderen Momente mehr, wie sie etwa Geschlecht, Rasse, Religion usw. darstellen, für die direkte Beteiligung am Rätestaat berücksichtigt werden sollen.⁵⁸ Damit würde also von dem Augenblick an, da die Arbeiterklasse sich zum Staat konstituiert, der Begriff „Proletariat“ seinen im politischen Sinn bisher gewissermaßen negativen Charakter verlieren, der damit zusammenhänge, daß im bürgerlichen Staat eine besitzlose Klasse von Lohnarbeitern Voraussetzung für die Existenz der Bourgeoisie gewesen sei. In der proletarischen Demokratie erhalte der Begriff der Arbeiterklasse, bzw. der arbeitenden Klasse, dadurch einen positiven Inhalt, daß diese als Totalität die Verfügungsmacht, wie dies dem Gemeineigentum entspreche, über die Produktionsmittel erringe, und nun nicht mehr ihre Arbeitskraft unter dem Diktat der Bourgeoisie gegen Lohn an diese verkaufen müsse, sondern im Gegenteil selbständig über den Weg ihrer Räteinstanzen bestimmen könne, in welchem Sinne und mit welcher Entschädigung die Arbeitskraft ihrer Mitglieder in den verschiedenen Produktionszweigen Verwendung zu finden habe.⁵⁹

Überdies solle sich der Begriff „Proletariat“ erweitern, indem jetzt auf der Basis des Gemeineigentums zum Kriterium seiner Zugehörigkeit die Tatsache werde, ob ein Mensch im Interesse des Gemeinwesens produktive, das heißt gesellschaftlich nützliche und notwendige Arbeit leistet.

In der Übergangsperiode der Diktatur des Proletariats werde mit fortschreitender Enteignung der restlichen Kapitalisten die Basis an Gemeineigentum und mit ihr die im Interesse der Gemeinschaft werktätige Bevölkerung wachsen. Daß aber während der Übergangsperiode der Diktatur des Proletariats noch vorhandene Klassenreste der Bourgeoisie politisch entrechtet werden müßten, ist auf Grund der Rätetheorie einzig auf den Willen zur Vorbeugung einer Sabotage des Existenzzweckes und Zieles des proletarischen Staates, nämlich der Aufhebung jeglicher Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt, zurückzuführen. Da

⁵⁸ Unter den Begriff „Proletariat“ bzw. „werktätige Massen“ sind nach Lenin in Bezug auf das Recht der Teilnahme am Rätestaat auch das Kleinbürgertum und das Kleinbäuerntum zu rechnen; vgl. dazu Lenin, „Ausgewählte Werke“, Bd. 7, S. 231.

⁵⁹ Man vergleiche in diesem Sinn folgende Stelle aus dem „Bürgerkrieg in Frankreich“, MEAS, Bd. II, S. 519: „Jawohl, meine Herren, die Kommune wollte jenes Klasseneigentum abschaffen, das die Arbeit der Vielen in den Reichtum der Wenigen verwandelt. Sie beabsichtigte die Enteignung der Enteigner. Sie wollte *das individuelle Eigentum zu einer Wahrheit* machen, indem sie die Produktionsmittel, den Erdboden und das Kapital, jetzt vor allem die Mittel zur Knechtung und Ausbeutung der Arbeit, in bloße Werkzeuge der freien und assoziierten Arbeit verwandelt.“

aber dieser Wille derjenige des Proletariats und damit jenes Teils der Bevölkerung sei, der die ungeheure gesellschaftliche Majorität umfasse, stelle im Falle des Ausschlusses der Bourgeoisie vom Wahlrecht diese politische Entrechtung und Unterdrückung der noch vorhandenen Kapitalisten im Gegensatz zu aller früheren Unterdrückung nicht mehr eine solche der großen Mehrheit durch eine Minderheit dar, sondern im Gegenteil die einer mit fortschreitender Sozialisierung immer kleiner werdenden Minderheit durch die von vornherein und erst noch gleichzeitig wachsende ungeheure gesellschaftliche Mehrheit.⁶⁰

Beim vierten Prinzip, dem des Rechts der direkten Wahl von Personen, nicht aber in Gestalt der Wahl nach Parteilisten, stoßen wir nochmals auf ein Kriterium der Rätetheorie, für das sich weder bei Marx noch Engels irgend ein direkter oder konkreter Anhaltspunkt nachweisen läßt. Doch wie die beiden vorangehenden und das erste Prinzip, zu dem es eine Ergänzung darstellt, kann auch dieses, nämlich insofern es sich auf die Auffassung von der Unversöhnlichkeit der Klassen stützt, aus der Marxschen Lehre abgeleitet werden. Nach dieser soll der proletarische Staat ja gerade aus der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze als ein zu jeder Form des bürgerlichen Staates in diametralem Gegensatz stehendes Gebilde entspringen. Deswegen müsse er zu seiner Konstituierung und zur Realisierung seiner historischen Aufgabe notwendig ein anderes Wahlverfahren voraussetzen.

Nach der Rätetheorie kommt das Wahlverfahren in der demokratischen Republik, als der typischen bürgerlichen Staatsform, im Prinzip weitgehend einfach einer Präsentation der einzelnen Kandidatenlisten der verschiedenen politischen Parteien und einer dementsprechenden Ausrichtung der Wahl nach dem Parteiprogramm hin gleich. Im bürgerlichen Staat sind es darnach die politischen Parteien, die im Wahlkampf den entscheidenden Einfluß auf die Orientierung und Gliederung der aktiven Wählerschaft ausüben und die auch die politische Grundlage bilden, auf der sich proportional zu ihrer Vertretung im Parlament die Verwaltung des Staatsapparates zusammensetzen soll.⁶¹ Doch die politischen Parteien seien als spezifische Erscheinungen der kapitalistischen Zeitepoche keine festen Organisationsgebilde, sondern wie alle Erscheinungen im Kapitalismus steten Wechseln und Fluktuationen, die sich bei ihnen in Form von Spaltungen, Umformungen und Neugründungen

⁶⁰ „Die Diktatur des Proletariats ist der Diktatur anderer Klassen insofern ähnlich, als sie, wie jede andere Diktatur auch, durch die Notwendigkeit hervorgerufen wird, den gewaltsamen Widerstand der Klasse zu unterdrücken, die ihre politische Herrschaft verliert. Der grundlegende Unterschied zwischen der Diktatur des Proletariats und der Diktatur anderer Klassen – der Diktatur der Grundherren im Mittelalter, der Diktatur der Bourgeoisie in allen zivilisierten kapitalistischen Ländern – besteht darin, daß die Diktatur der Grundherren und der Bourgeoisie die gewaltsame Unterdrückung des Widerstandes der gewaltigen Mehrheit der Bevölkerung, nämlich der Werktätigen, war. Die Diktatur des Proletariats dagegen ist die gewaltsame Unterdrückung des Widerstandes der Ausbeuter, d. h. der verschwindenden Minderheit der Bevölkerung, der Grundherren und der Kapitalisten.“ (*Lenin*, „Ausgewählte Werke“, Bd. 7, S. 230; ferner S. 252/53.)

⁶¹ Vgl. dazu S. 486/87 (ebenda).

manifestieren, unterworfen. Der fundamentalen Rolle der Parteien im parlamentarischen System zufolge sollen sich diese Fluktuationen in entsprechenden Abweichungen der staatlichen Politik innerhalb des Zeitablaufs äußern. Da ferner die politischen Parteien jeweils nur Repräsentanten der politischen Interessen eines Teiles der Bevölkerung seien, würden sie in erster Linie den verschiedenen Teil- und Sonderinteressen der Klassen Ausdruck geben, dadurch den fundamentalen Klassengegensatz zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse verschleiern und dessen klares Hervortreten verhindern, wodurch eine selbständige Stellungnahme eines jeden Einzelnen zu diesem Gegensatz von Haus aus erschwert werde. Deswegen, weil sie nur Teil- und Sonderinteressen einzelner Sektionen der Klassen zum Ausdruck brächten, seien die politischen Parteien als Fundament der proletarischen Demokratie unangemessen, da letztere eine Angelegenheit der ganzen Klasse sei und das Staatssystem sich dementsprechend auf das Proletariat als Gesamtheit stützen müsse und nicht auf Organisationen, deren Charakteristik darin bestehe, daß sie nur Teilgruppen des Proletariats oder sogar Teile der Bourgeoisie in sich schließen.

Hauptaufgabe der politischen Parteien im bürgerlichen Staat war und ist, laut Rätetheorie, die Interessenvertretung der hinter ihnen stehenden Wählerschaft innerhalb der parlamentarischen Institutionen. Da nun die Erfüllung jener Aufgabe an die Existenz dieser Institutionen geknüpft sei und der erste Schritt der zum Staat konstituierten Arbeiterklasse in der Vernichtung des alten bürgerlichen Staates mitsamt seinem Apparat und seinen Einrichtungen (also auch des Parlaments) und in deren Ersetzung durch proletarische Staatsinstitutionen, das heißt durch das politische Rätssystem, bestehen solle, können in der proletarischen Demokratie die Funktion der Parteien und auch das Wahlverfahren im Prinzip nicht mehr dieselben wie im alten Staat sein. Damit daher bei den Wahlen zu den Instanzen des proletarischen Staates die Vertretung des Proletariats als Klasse hervorgehe – eine Vertretung, deren Hauptaufgabe darin bestehen müsse, immer und unter allen Umständen das proletarische Klasseninteresse allen Sonder-, Teil- und Gruppeninteressen überzuordnen – könne für das Wählerurteil nicht mehr wie im bürgerlichen Staat richtungsweisend sein die Präsentierung der Kandidatenlisten und Parteiprogramme der verschiedenen Parteien, sondern als Richtlinie und Maßstab für die Wahl nur noch der Grad des in einem Menschen vorhandenen Klassenbewußtseins gelten, das die Garantie für dessen Fähigkeit und Bereitwilligkeit, der Hauptaufgabe der proletarischen Klassenvertretung gerecht zu werden, sei. Nach diesem Grundsatz soll also die Stimmabgabe für einen Kandidaten auf Grund der Einschätzung seiner persönlichen Eigenschaften, seines Charakters und seines Klassenbewußtseins erfolgen.

Der Ort aber, welcher sich nach der Rätetheorie für die Einschätzung der persönlichen Eigenschaften eines Kandidaten im Hinblick auf dessen

Aufgaben im Arbeiterrat am meisten eignet, sind die Produktionseinheiten, die Betriebe, die ja die Basis des Rätestaates überhaupt bilden sollen. In ihnen sei es möglich, dem Grundsatz des direkten Wahlverfahrens gerecht zu werden und die Mitglieder der Räte in direkter Wahl zu bestimmen. Nämlich deswegen, weil die einzelnen Arbeiter und Arbeiterinnen (zu welchen beiden zu diesem Zwecke auch die Angestellten zu rechnen seien) der Belegschaft eines Betriebes, teils auf Grund ihrer Tätigkeit im Arbeitsprozeß, teils auf Grund ihres Verhaltens im Klassenkampf innerhalb des Betriebes einander genau kennen. Daher werde es durch das direkte Wahlverfahren der Arbeiterschaft eines Betriebes möglich, diejenigen Leute als Delegierte in die Räte abzuordnen, die sich auf Grund ihrer persönlichen Eigenschaften am besten als Vertreter der Betriebsbelegschaft eignen. Entsprechend gelte dies natürlich auch für die in Berufsverbänden organisierte Wählerschaft. Bei den Hausfrauen zum Beispiel sollen sich diese Verbände nach Wohnquartieren richten. Überhaupt erscheine die Organisation der Berufsverbände für die zerstreut tätigen Wahlberechtigten nach Wohnbezirken am geeignetsten. Für die in der Armee befindlichen Wahlberechtigten sollen den Wahlort die militärischen Einheiten bilden. Auf jeden Fall sollen politische Parteien bei Wahlen zu den Rätekörperschaften höchstens noch die Rolle von Propagandaorganisationen spielen.

Da nun nach der Rätetheorie die Diktatur des Proletariats einen für eine gewisse Periode fortlaufenden Prozeß darstellt, während dessen die Parteien als Propagandaorganisationen weiterzubestehen hätten, muß auch auf die ihnen zugeschriebene Rolle noch ein kurzer Blick geworfen werden.

Eine politische Partei soll nach der Marxschen Lehre als Propagandaorganisation einen wesentlichen Einfluß auf den Verlauf des Klassenkampfes ausüben haben. Und zwar deswegen, weil die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und deren eigene Konstituierung zum Rätestaat in der Marxschen Theorie bereits für durchführbar erachtet wird, bevor die Räteidee Gedankengut des Proletariats in seiner Gesamtheit sei, d. h. vor jenem Zeitpunkt, in welchem dieses gesamthaft von jener Idee erfüllt sein werde.⁶² Es müsse daher ein Teil der Arbeiterklasse im Klassenkampf, in der Umwälzung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung die Initiative ergreifen und, der ganzen übrigen werktätigen Masse den Weg zeigend, als politischer Vortrupp vorangehen. Dieser Vortrupp sei der klassenbewußteste Teil des Proletariats, der im Bewußtsein seiner Klassenzugehörigkeit sich in einer politischen Partei, nämlich der kommunistischen, vereinige.

„Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien.

Sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen.

⁶² Vgl. ebenda, S. 238/39.

Sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen.

Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten.

Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.⁶³

Diese Partei, in welcher sich der klassenbewußte und fortschrittlichste Teil der Arbeiterklasse organisiert und formiert, hat gemäß der Rätetheorie schon gleich zu Beginn der Übergangsperiode zu versuchen, durch Einstellung ihres Programms und ihrer Losungen und Parolen in den Dienst des Rätegedankens und des Endziels der direkten Demokratie die geistige und politische Führung und Leitung des proletarischen Staates zu übernehmen. Der in dieser Partei organisierte Teil der Arbeiterklasse soll daher durch überzeugende Propaganda innerhalb der übrigen werktätigen Massen diese, soweit dies noch nicht der Fall ist, für den politischen Rätegedanken zu gewinnen suchen.⁶⁴ Er hat zugleich seiner entschiedenen Stellung im Klassenkampf und seiner auf einer tieferen Einsicht in die Bedingungen der proletarischen Bewegung beruhenden Fähigkeit wegen unter allen Umständen das Klasseninteresse in jeder Frage in den Vordergrund zu drängen und das Reservoir zu bilden, aus dem „die Kräfte für die Verwaltung der Staatsgeschäfte und den Aufbau der Wirtschaft zu schöpfen sind“.⁶⁵

Mit dem vierten Prinzip, dem des direkten Wahlrechts von Personen, sind eng verbunden die dazu gleichzeitig eine wesentliche Ergänzung bildenden nächstfolgenden Kriterien der Rätestaatstheorie. Es handelt sich hierbei um das Prinzip, nach dem die Gewählten vor ihrer Wählerkörperschaft politisch Rechenschaft ablegen müssen und dadurch ihren Wählern gegenüber in ein Verhältnis *unbedingter Verantwortlichkeit* versetzt werden, und um dasjenige der jederzeitigen *Absetzbarkeit* der Gewählten durch ihre Wählerschaft.

Weil in der proletarischen Demokratie die untersten Wählerkörperschaften die in den verschiedenen Betrieben werktätigen Arbeiterschaften, bzw. die sich aus zerstreut tätigen Proletariern zusammensetzenden Berufsverbände sein sollen, ist nach der Theorie die Möglichkeit der Verwirklichung der direkten Personenwahl gegeben. Diese Tatsache biete

⁶³ MEGA, I/6, S. 537/38, „Manifest der Komm. Partei“.

⁶⁴ Vgl. dazu Lenin, „Ausgewählte Werke“, Bd. 7, S. 240.

⁶⁵ Dethmann, Ad., a. a. O., S. 23.

zugleich die Gewähr einer *dauernden Kontrolle* der Tätigkeit der einzelnen Arbeiterräte in den verschiedenen Instanzen des Rätestaates *durch ihre Wählerschaft*. Denn wegen des durch den Arbeitsprozeß gegebenen intensiven und permanenten Kontakts der Räte mit der sich aus der Betriebsbelegschaft zusammensetzenden Wählerschaft im Betrieb selbst sei es diesen, den Räten, unmöglich, von ihnen getroffene Maßnahmen zu verbergen und der Kritik der Wähler zu entziehen. Um diese Kontrollmöglichkeiten über die Räte und deren Tätigkeit wirksam zu gestalten, haben diese mit ihrer Wählerkörperschaft möglichst oft Beratungen zu pflegen und alle Entscheidungen und Beschlüsse im Sinne der erhaltenen und einzuhaltenden politischen Richtlinien zu fällen.⁶⁶ Deswegen sollen sie fortlaufend über ihre politische Tätigkeit Bericht erstatten und ihren Wählern auf gestellte Fragen genauestens Auskunft erteilen müssen. Indem sie so laufend über ihre Tätigkeit Rechenschaft abzulegen haben, sollen die Räte in einem Verhältnis unbedingter Verantwortlichkeit gegenüber ihrer Wählerschaft gehalten werden.⁶⁷ Ihre Abhängigkeit von dieser soll zudem noch dadurch erhöht werden, daß sie nur auf eine kurze Zeitdauer hin gewählt werden und erst noch unter der Bedingung, nötigenfalls von ihren Wählern sofort zurückberufen und ihrer Funktionen entbunden werden zu können.⁶⁸

Auch diese hier angeführten Punkte bilden wie alle übrigen eine weitere theoretische Ergänzung zum ersten grundsätzlichen Prinzip der Rätetheorie. Denn daß die Räte sich innerhalb der Bahnen der durch Majoritätsbeschluß der Wählerschaft festgelegten Richtlinien zu halten haben und im Sinne der Aufträge ihrer Wähler zu handeln angehalten werden sollen, erklärt sich in diesem Maße wiederum nur aus der Grundauffassung des Marxismus, wonach Staatsleben und Staatsgeschäfte in der proletarischen Demokratie Sache der werktätigen Massen in ihrer Gesamtheit sein müssen. Aus diesem Grunde wird in der Rätetheorie den Massen das Recht zugesichert, einen Rat, wo auch immer ein solcher die Tendenz zu einer willkürlichen von der Wählerschaft unabhängigen politischen Handlungsweise aufweisen sollte, bzw. sich den Aufträgen seiner Wähler und seiner unbedingten Verantwortlichkeit diesen gegenüber zu entziehen suchte, augenblicklich von seinem Posten abzusetzen und durch eine andere Person zu ersetzen.

Da sich auch für dieses Prinzip der Kontrolle der Räte „von unten“,

⁶⁶ „Die Abgeordneten sollten jederzeit absetzbar und an die bestimmten Instruktionen ihrer Wähler gebunden sein.“ (Marx: „Bürgerkrieg in Frankreich“, MEAS, Bd. II, S. 514.)

⁶⁷ „Den ... Parlamentarismus der bürgerlichen Gesellschaft ersetzt die Kommune durch Körperschaften, in denen die Freiheit des Urteils und der Beratung nicht zum Betrug ausartet, denn die Parlamentarier (d. h. die Abgeordneten in diesen Körperschaften, L. T.) müssen selbst arbeiten, ... selbst unmittelbar vor ihren Wählern die Verantwortung tragen.“ (Lenin, „Ausgewählte Werke“, Bd. 7, S. 44.)

⁶⁸ Vgl. Anmerkung 67; ferner Marx, „Bürgerkrieg in Frankreich“, MEAS, Bd. II, S. 513: „Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar.“ Vgl. dazu auch Lenin, „Ausgewählte Werke“, Bd. 7, S. 40/41; ferner Engels: „Einleitung zum ‚Bürgerkrieg in Frankreich‘“, MEAS, Bd. II, S. 469/70.

das heißt durch die Wählerkörperschaften, in der Rätetheorie nirgends eine Einschränkung finden läßt, muß daraus geschlossen werden, daß sich eine solche Kontrolle auf die höchsten staatlichen und internationalen Räte nicht weniger als auf die Betriebsräte zu erstrecken hätte. Denn nur dadurch würden ja gerade die in den Produktionseinheiten arbeitenden Massen als Gesamtheit über die Möglichkeit verfügen, als reale Träger der Staatsgewalt fortwährend die Politik des Staates bestimmen und kontrollieren zu können, daß sie durch die Rückberufung und Absetzung einer Anzahl Delegierter aus den unteren Räteinstanzen und durch ihre Ersetzung durch andere auch die Rückberufung bisheriger Abgeordneter aus den oberen Räteinstitutionen mit konsequenter Fortwirkung bis in die höchsten internationalen Rätekongresse bewirken könnten.

*

Noch mehr als bei den bisherigen Prinzipien zeigt sich beim nächsten Kriterium der Rätetheorie, dem der *Aufhebung der Gewaltentrennung*, bzw. der Vereinigung der gesetzgebenden, ausführenden und richterlichen Gewalt in der Hand einer einzigen staatlichen Behörde, der grundsätzliche Unterschied, zumindest in theoretischer Hinsicht, der proletarischen Demokratie von der bürgerlich-demokratischen Staatsform. Die für die bürgerliche Demokratie charakteristische Dreiteilung der staatlichen Gewalt in die drei Funktionen der Legislative, der Exekutive und der Jurisdiktion, der üblicherweise auch eine organisatorische Dreiteilung der staatlichen Behörden nach diesen drei Aufgabensektoren entspricht, hält die Rätetheorie für unvereinbar mit der Bedingung der Teilnahme der Werktätigen als Gesamtheit am proletarischen Staat. Denn, die Gewaltentrennung auf den proletarischen Staat übertragen, müsse die Realisierung seines Zweckes verunmöglichen, da die praktische Konsequenz dieser Scheidung eine Absonderung der gesetzgebenden Staatsbürger von den ausführenden staatlichen Behörden sei, das heißt eine Distanzierung, die ihrerseits zur Ursache einer Entfremdung der Staatsbeamten von der Bevölkerung werde. Diese Entfremdung werde überdies noch dadurch erhöht, daß die staatsbehördlichen Instanzen weder im Sinne der rätetheoretischen Definitionen den Staatsbürgern gegenüber unbedingt verantwortlich, noch durch diese jederzeitig absetzbar seien. Hierdurch werde den Behörden, als den eigentlich ausführenden Organen der Beschlüsse der Legislative, über diese ihre Machtbefugnisse hinaus noch ein gewisses Maß an Willkür verliehen, hingegen die Bevölkerung durch die Trennung der Gewalten von der Teilnahme an der Ausführung ihrer Beschlüsse ausgeschlossen, d. h. also der eigentlichen staatlichen Tätigkeit gegenüber zur Passivität gezwungen;⁶⁹ einzig

⁶⁹ „In dem Parlament erhob die Nation ihren allgemeinen Willen zum Gesetz, d. h. das Gesetz der herrschenden Klasse zu ihrem allgemeinen Willen. Vor der Exekutivgewalt dankt sie jeden eigenen Willen ab und unterwirft sich dem Machtgebot ... der Autorität. Die Exekutivgewalt im Gegensatz zur Legislative drückt die Heteronomie der Nation im Gegensatz zu ihrer Autonomie aus.“ (Marx, „18. Brumaire“, MEAS, Bd. II, S. 422/23.)

über den langen, umständlichen und weitläufigen Weg der parlamentarischen Institutionen könne das Volk eine nachherige eventuelle Kritik an der praktischen Durchführung der Entscheide ausüben. Die Gewaltentrennung gebe zudem zu Mißverständnissen und Konflikten zwischen den drei verschiedenen Körperschaften Anlaß, die hinsichtlich Auslegung und Ausführung der beschlossenen Gesetze geteilter Meinung sein können.⁷⁰ Ebensowenig seien auf dieser Grundlage Komplikationen in der Rechtsprechung zu umgehen. Mit anderen Worten, die Gewaltentrennung sei für das Gedeihen des sogenannten Bürokratismus ein höchst geeigneter Boden. In ihr finde sich die Erklärung für das immer wieder von neuem auftauchende Problem des Bürokratismus, das nur durch eine Verschmelzung der drei genannten Funktionen in einer einzigen staatlichen Instanz zu einer Lösung gebracht werden könne.

Aus diesen Gründen soll daher die Arbeiterklasse bei ihrer Konstituierung und Formierung zum Staate die bisherigen für ihre Zwecke untauglichen bürgerlichen rein-parlamentarischen Körperschaften durch solche, die in sich gesetzgebende, vollziehende und richterliche Befugnisse vereinigen, ersetzen.⁷¹ Die Vereinigung der drei Gewalten in den Händen des Arbeiterrates im proletarischen Staat entspringe übrigens schon der Zweckbestimmung dieses Staates, des konkreten Organs des proletarischen Klassenkampfes. Dieser Zweckbestimmung entsprechend sollen daher seine Institutionen keine Arbeiterparlamente und auch nicht in erster Linie Organe der Selbstverwaltung sein, sondern ihrer Grundaufgabe nach arbeitende Körperschaften und Kampforganisationen⁷² zur Erreichung bestimmter Ziele darstellen. Weil sich die Arbeiter-

⁷⁰ „Das Spiel der konstitutionellen Gewalten, wie Guizot den parlamentarischen Krakeel zwischen gesetzgebender und vollziehender Gewalt nannte, spielt in der Konstitution von 1848 beständig *va banque*.“ (*Marx*, ebenda, S. 340; vgl. ferner S. 406 ff.)

⁷¹ „Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit.“ *Marx*, „Bürgerkrieg in Frankreich“, MEAS, Bd. II, S. 513; ebenda in der Einleitung dazu Engels: „Gegen diese, in allen bisherigen Staaten unumgängliche Verwandlung des Staates und der Staatsorgane aus Dienern der Gesellschaft in Herren der Gesellschaft wandte die Kommune zwei unfehlbare Mittel an. Erstens besetzte sie alle Stellen, verwaltende, richtende, lehrende, durch Wahl nach allgemeinem Stimmrecht der Beteiligten, und zwar auf jederzeitigen Widerruf durch dieselben Beteiligten ...“; (vgl. dazu auch *Lenin*, „Ausgewählte Werke“, Bd. 7, S. 41 ff.).

⁷² „Hier die wesentlichsten dieser Methoden: 1. ... 2. Schaffung neuer Organe der revolutionären Macht – der Arbeiter-, Soldaten-, Eisenbahner-, Bauerndeputiertenräte, neuer Dorf- und Stadtbehörden usw. usf. Diese Organe wurden ausschließlich von den revolutionären Schichten der Bevölkerung geschaffen, sie wurden außerhalb aller Gesetze und Normen geschaffen, ganz und gar auf revolutionärem Wege, als Produkt ureigenster schöpferischer Tätigkeit des Volkes, als Ausdruck der Selbsttätigkeit des Volkes, ... Das waren schließlich ausgesprochene Organe der Macht, ... Sie handelten als Macht, so z. B. besetzten sie die Druckereien (in Petersburg), verhafteten Polizisten, die das revolutionäre Volk hinderten, seine Rechte zu verwirklichen (...). Sie handelten als Macht, als sie sich mit einem Aufruf an das ganze Volk wandten, der alten Regierung kein Geld zu geben. Sie konfiszierten Gelder der alten Regierung (...) und verbrauchten sie für die Bedürfnisse der neuen, der Volksregierung – ja das waren zweifellos Keime einer neuen, einer Volks- oder, wenn man will, einer revolutionären Regierung.“ (*Lenin*, „Ausgewählte Werke“, Bd. 7, S. 251/52). „Die Räte sind, ..., eine vorzügliche Kampforganisation des Proletariats, der eine große Zukunft bevorsteht.“ „Die Räte als Kampforgane des Proletariats, der Massen brachten naturgemäß die Stimmungen und den Umschwung in den Auffassungen dieser Massen ungleich rascher, vollständiger, getreuer zum Ausdruck als irgendwelche andere Institutionen; das ist übrigens einer der Gründe, warum die Räte Demokratie die höchste Form der Demokratie ist.“ (*Lenin*, ebenda, S. 157.)

räte nach der Rätetheorie möglichst rasch und reibungslos an die wechselnden Bedingungen des proletarischen Klassenkampfes anpassen müssen und auch in wechselnden Verhältnissen dieses Kampfes unter Beibehaltung der größtmöglichen Reaktionsfähigkeit und Schlagkraft den proletarischen Gesamtwillen zum Ausdruck zu bringen und durchzusetzen haben, sollen sie eben ihrer Rolle, der des einzigen Organs der Machtausübung durch die Massen, entsprechend mit vereinigten legislativen, exekutiven und jurisdiktionellen Befugnissen ausgestattet werden.⁷³

Nachdem wir nun in unserer bisherigen Betrachtung der Rätetheorie gesehen haben, wie in dieser marxistischen Staatslehre der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsorganisation in der Form des Rätensystems als eine mit historischer Notwendigkeit aus der politischen Bewegung des Proletariats und aus den Reihen der werktätigen Massen selbst hervorgehende Erscheinung dargestellt wird, können wir einen Schritt weiter gehen und darzulegen versuchen, wie nach der Rätetheorie die verschiedenen Arbeiterräte an die sich jeweils stellenden Probleme heranzutreten haben.

Damit zum Beispiel eine möglichst rationelle Bewältigung der innerhalb eines proletarischen Staates in den Wahlkreis eines Arbeiterrates fallenden Angelegenheiten erreicht werde, seien aus dessen Mitte Kommissionen und Ausschüsse zu bestimmen und auf diese die verschiedenen Aufgaben zu verteilen.^{73a} Diese Ausschüsse und Kommissionen sollen sich weiter den Anordnungen und Bestimmungen ihres Arbeiterrates zu fügen haben und seinen Beschlüssen unterworfen sein, also in gleicher Weise von ihm, wie er von seiner Wählerbasis abhängen.⁷⁴ Bei einer eventuell zwischen zwei Arbeiterräten bezüglich ihres Aufgabenkreises auftretenden Kompetenzstreitigkeit habe sich analog dem Prinzip des demokratischen Zentralismus jeweils der auf engerer Basis gewählte den Entscheidungen des auf breiterer Grundlage ernannten nächsthöheren Arbeiterrates zu fügen.

⁷³ „Aus Kontrollorganen verwandelten sich die Sowjets in Verwaltungsorgane. Sie wollten von keiner Theorie der Machtteilung etwas wissen und mischten sich in die Verwaltung der Armee ein, in Wirtschaftskonflikte, Ernährungs- und Transportfragen und sogar in Gerichtsangelegenheiten. Unter dem Druck der Arbeiter dekretierten die Räte (Sowjets) den Achtstundentag, setzten übereifrige Administrationen ab, entließen die unerträglichsten Kommissare der provisorischen Regierung, nahmen Verhaftungen und Hausdurchsuchungen vor, untersagten das Erscheinen feindlicher Zeitungen. Unter dem Einfluß der ständig wachsenden Ernährungsschwierigkeiten und des Warenhungers griffen die Provinzialsowjets zu Preisregulierungen, Ausfuhrverboten für bestimmte Gouvernements und zu Requisitionen von Vorräten. Dabei standen überall an der Spitze der Sowjets Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die mit Entrüstung die bolschewistische Parole ‚Alle Macht den Sowjets!‘ ablehnten.“ (Trotzki, „Geschichte der russischen Revolution, Februarrevolution“, Bd. I, S. 344.)

^{73a} Diese Seite der Rätetheorie fand einen besonders anschaulichen Niederschlag in der „Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik (R.S.F.S.R.)“ aus dem Jahre 1918: Art. 55. „Der Sowjetkongreß (der Provinzen, Gouvernements, Kreise und Wolosts) wählt aus seiner Mitte ein Vollzugsorgan – das Exekutivkomitee ...“

⁷⁴ Ebenda: „Das Exekutivkomitee ist dem Sowjetkongreß, der es gewählt hat, voll und ganz verantwortlich.“ Art. 56. „Innerhalb seiner Zuständigkeit ist der Sowjetkongreß (Provinz-, Gouvernements-, Kreis- und Wolostkongreß) die oberste Gewalt in den Grenzen des gegebenen Territoriums; in der Zeit zwischen den Kongressen ist das Exekutivkomitee diese Macht.“

Die Methode der Verteilung der verschiedenen Aufgaben an einzelne Ausschüsse oder Kommissionen innerhalb des Arbeiterrates muß also im ganzen Gebäude des Rätessystems von dessen Fundament bis zu seiner Spitze im Sinne des demokratischen Zentralismus ihre Anwendung finden. Wie dies schon die auf engerer Wahlbasis gewählten Räteinstanzen für ihren Wahlbezirk tun, wird auch der Zentralrat des proletarischen Staates aus seiner Mitte die ausführenden Organe der zentralen Staatsgewalt, also eine Art Regierung ernennen. Diese Kommissionen werden durch ihren Zusammenschluß je nach der Art der Räteinstitution, von der sie abhängig sind, ein Gemeinde-, Zwischenbezirks- oder das Zentralexekutivkomitee des gesamten Rätestaates bilden.⁷⁵ Die Gliederung des Zentralexekutivkomitees, d. h. die Zahl und Art der dieses durch ihren Zusammenschluß formierenden Kommissionen, die als sogenannte *Volkskommissariate* im proletarischen Staat eine Rolle spielen würden, wie dies im bürgerlichen etwa die Ministerien oder Staatsämter tun, soll sich nach der Mannigfaltigkeit und Vielseitigkeit der Verwaltungsgeschäfte und öffentlichen Angelegenheiten im Rätestaat richten. Die gesamte Geschäftsführung der zentralen Staatsgewalt würde somit durch diese als Verwaltungsämter fungierenden Kommissionen bzw. Kommissariate ausgeübt werden, wobei also z. B. ein solches sämtliche wirtschaftlichen Fragen des Staates zu behandeln hätte, einem anderen das Militärwesen obläge, eines zur Ausarbeitung von Gesetzesvorschlägen eingesetzt würde, eines für das Erziehungs- und Bildungswesen, wieder ein anderes für das Verkehrswesen usw. verantwortlich wäre.⁷⁶ Diese Volkskommissariate, deren Vorsteher sich nach der Räte-

⁷⁵ Art. 28. „Der Allrussische Kongreß der Sowjets wählt ein Allrussisches Zentralexekutivkomitee (A.Z.E.K.) von höchstens 200 Mitgliedern.“

⁷⁶ Art. 35. „Das AZEK bildet einen Rat der Volkskommissare zur allgemeinen Leitung der Angelegenheiten der RSFSR und Abteilungen (Volkskommissariate) zur Leitung der einzelnen Verwaltungszweige.“

Art. 36. Die Mitglieder des AZEK arbeiten in den Abteilungen (Volkskommissariaten) oder führen besondere Aufträge des AZEK aus.

Art. 37. Dem Rat der Volkskommissare gehört die allgemeine Leitung der Angelegenheiten der RSFSR.

Art. 38. Um diese Aufgabe zu erfüllen, erläßt er Verordnungen, Verfügungen, Instruktionen, ergreift überhaupt alle Maßnahmen, die für die regelmäßige und schnelle Abwicklung der Staatsgeschäfte notwendig sind.

Art. 39. Alle seine Verordnungen und Entschlüsse teilt der Rat der Volkskommissare unverzüglich dem AZEK mit.

Art. 40. Das AZEK darf jede Verordnung und jeden Entschluß des Rates der Volkskommissare aufheben oder vorläufig außer Kraft setzen.

Art. 41. Alle Verordnungen und Entschlüsse des Rates der Volkskommissare von großer allgemein-politischer Bedeutung werden dem AZEK zur Prüfung und Bestätigung vorgelegt.

Anmerkung: Maßnahmen, die sofortige Ausführung erfordern, dürfen vom Rat der Volkskommissare unmittelbar durchgeführt werden.

Art. 42. Die Mitglieder des Rates der Volkskommissare stehen an der Spitze der einzelnen Volkskommissariate.

Art. 43. Es werden 17 Volkskommissariate gebildet, und zwar sind es:

- a) das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten,
- b) das Volkskommissariat für Kriegsangelegenheiten,
- c) das Volkskommissariat für Marine,
- d) das Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten,
- e) das Volkskommissariat für Justiz,
- f) das Volkskommissariat für Arbeit,
- g) das Volkskommissariat für soziale Fürsorge,

theorie aus Mitgliedern des höchsten Arbeiterrates, des Rätekongresses, rekrutieren und durch ihren Zusammentritt das Zentralexekutivkomitee bilden, sollen diesem gegenüber einzeln voll verantwortlich sein⁷⁷, während das Zentralexekutivkomitee wiederum als Ausschuß des obersten Rätekongresses diesem fortlaufend über seine Tätigkeit, die sich auf die Durchführung einer einheitlichen Gesamtpolitik im Rahmen der vom gesamten Zentralrat festgesetzten politischen Richtlinien erstreckt, Bericht zu erstatten und Rechenschaft abzulegen hat⁷⁸. Dies bedeutet, daß die letztentscheidende Instanz im proletarischen Staat in jedem Fall der oberste Rätekongreß, der höchste Arbeiterrat, bliebe. Und zwar müßten seiner politischen Gewalt alle anderen Funktionen, welcher Art diese auch immer wären, ob politischen, wirtschaftlichen, militärischen oder kulturellen Charakters, untergeordnet werden. Diese grundsätzliche Unterordnung eines aus der Mitte eines Arbeiterrates hervorgegangenen Ausschusses unter diesen Arbeiterrat in seiner Gesamtheit, wie am Beispiel des Zentralexekutivkomitees als Ausschuß des Rätekongresses zu sehen ist, hat in der Rätetheorie für alle von einem Arbeiterrat eingesetzten Kommissionen in gleicher Weise Geltung.

Durch die Unterstellung der einzelnen Kommissionen und Kommissariate unter die Kontrolle der Arbeiterräte, die ja ihrerseits wieder direkt von ihrer Wählerschaft, d. h. von den Werktätigen kontrolliert werden, soll offenbar eine bürokratische Entartung des proletarischen Staates und damit seine Entfremdung vom Proletariat verhindert werden. Da die Rätetheorie in jeder bürokratischen Erscheinung im Rätestaat eine Gefährdung der Einheit von Staatsapparat und Proletariat sieht, sucht sie für den Aufbau des Staatssystems der Räte nach Grundsätzen, die jeglicher Verbürokratisierung einen Riegel vorschieben würden. Denn in der Marxschen Lehre gewinnt die Einheit von Staatsapparat und Proletariat insofern die Bedeutung einer historisch notwendigen Vorstufe zur Erreichung des Endzieles der direkten Demokratie, als nur auf ihrer Basis der Zweck des proletarischen Staates erfüllt und damit auch die Bedingung für das Absterben jeder staatlichen Gewalt geschaffen werden könne.

- h) das Volkskommissariat für Volksaufklärung,
- i) das Volkskommissariat für Post und Telegraphie,
- k) das Volkskommissariat für nationale Angelegenheiten,
- l) das Volkskommissariat für Finanzen,
- m) das Volkskommissariat für Verkehrswege,
- n) das Volkskommissariat für Landwirtschaft,
- o) das Volkskommissariat für Handel und Industrie,
- p) das Volkskommissariat für Verpflegung,
- q) das Volkskommissariat für Staatskontrolle,
- r) der Oberste Rat für Volkswirtschaft,
- s) das Volkskommissariat für Gesundheitswesen.

Art. 44. Jedem Volkskommissar wird ein Kollegium beigegeben, das unter seinem Vorsitz steht und dessen Mitglieder vom Rat der Volkskommissare bestätigt werden.“

⁷⁷ Art. 46. „Der Rat der Volkskommissare ist dem Allrussischen Sowjetkongreß und dem AZEK voll und ganz verantwortlich.“

Art. 47. „Die Volkskommissare und die ihnen beigegebenen Kollegien sind dem Rate der Volkskommissare und dem AZEK voll und ganz verantwortlich.“

⁷⁸ Art. 29. „Das Allrussische Zentral-Exekutivkomitee ist dem Allrussischen Kongreß der Sowjets voll und ganz verantwortlich.“

Die Tendenz der Bekämpfung des Bürokratismus charakterisierte in gewissem Sinn bereits die drei letztbehandelten Räteprinzipien, also das der unbedingten Verantwortlichkeit der Räte gegenüber den wahlberechtigten Massen, das des jederzeitigen Rückberufungsrechtes jener durch diese, sowie das der Aufhebung der Gewaltentrennung. In besonderer Prägnanz tritt uns diese Tendenz aber erst in drei weiteren Kriterien der Rätetheorie entgegen, wie sich im folgenden noch zeigen wird.

Zum Beispiel wird in der Rätetheorie die Auffassung vertreten, daß die einzelnen Ausschüsse, Kommissionen und Kommissariate im Rätestaat zur Erledigung der ihnen zugeteilten Aufgaben noch der Ergänzung durch mehr oder weniger zahlreiche Bestände an Fachleuten, Angestellten und Beamten bedürfen.⁷⁹ Da sich nach der Rätelehre aber solche Bestände nicht unbedingt und ausschließlich aus klassenbewußten Proletariern zusammensetzen können, sondern vielfach auch aus bürgerlichen und intellektuellen Kreisen rekrutiert werden müssen⁸⁰, wird befürchtet, daß sich daraus Tendenzen zu einer *Verbürokratisierung* entwickeln könnten. Deshalb sei es notwendig, daß solche Beamte unter besondere Kontrolle gestellt würden, um im Falle ihrer Nichtbewährung auf die erste Forderung der Massen hin abgesetzt werden zu können. Um eine Entfremdung des Beamtentums von der Bevölkerung in der Rätedemokratie zu verhindern, sollen die Beamten und Funktionäre nicht von den einzelnen Kommissionen oder gar von einzelnen Kommissaren eingesetzt und versetzt, sondern durch den gesamten Arbeiterrat gewählt werden, damit auf diese Weise die Bevölkerung über den Weg der Arbeiterräte eine direkte Kontrolle über das Beamtentum ausüben vermöge. Gerade durch die Vereinigung der legislativen, exekutiven und jurisdiktionellen Gewalt in der Hand des Arbeiterrates finde sich im Rätestaat die Realisierungsmöglichkeit dieses Prinzips der Wählbarkeit sämtlicher Beamten⁸¹ und Funktionäre, das sich somit als logische Konsequenz aus der Aufhebung der Gewaltentrennung ergibt.

Der Grundsatz der Wählbarkeit sämtlicher Beamten, der also gleichfalls den Zweck hat, eine bürokratische Entartung des proletarischen Staates zu verunmöglichen, erfährt nun in der Rätetheorie seinerseits im Prinzip der Festsetzung des Gehaltes aller beamteten Personen, also

⁷⁹ Vgl. dazu Anmerkung 76, Artikel 44. der „Verfassung der R.S.F.S.R.“ aus dem Jahre 1918.

⁸⁰ „Der Arbeiterrat wählt sich zahlreiche Bestände von Angestellten, in bedeutendem Maße aus den Kreisen der Bourgeoisie und der bürgerlichen Intelligenz. Nach Maßgabe ihrer Disziplinierung durch das Sowjetregime finden sie ihre Vertretung im Sowjetregime.“ (*Trotski*, „Terrorismus und Kommunismus“, 1920, S. 86.) Vgl. dazu auch *Lenin*, „Ausgewählte Werke“, Bd. 7, S. 92.

⁸¹ „Wie alle übrigen öffentlichen Diener, sollten sie (die richterlichen Beamten, L. T.) fernerhin gewählt, verantwortlich und absetzbar sein.“ (*Marr*, „Bürgerkrieg in Frankreich“, MEAS, Bd. II, S. 514.)

„Beamtentum und Bürokratie, entweder durch die unmittelbare Herrschaft des Volkes selbst ersetzt oder zumindest unter besondere Kontrolle gestellt, verwandeln sich in Körperschaften, die nicht nur wählbar, sondern auf die erste Forderung des Volkes hin absetzbar sind, werden zu einfachen Volksbeauftragten.“ (*Lenin*, „Über die Doppelherrschaft“, April 1917, Sammelband, 1925, S. 361.)

„Die völlige Wählbarkeit und Absetzbarkeit aller beamteten Personen ohne Ausnahme zu jeder beliebigen Zeit, ...“ (*Lenin*, „Ausgewählte Werke“, Bd. 7, S. 40/41.)

auch der Räte, auf einen Grundlohn, der dem Niveau des durchschnittlichen Arbeitslohnes der werktätigen Massen angepaßt werden soll, eine wirksame Ergänzung.⁸² Dieses Prinzip der Festsetzung von Höchstlöhnen soll nicht nur der Grundidee des Sozialismus „Gleiches Recht für alle Menschen!“ entsprechen, sondern in der proletarischen Demokratie gleichzeitig ein zusätzliches sicheres Mittel zur Verhütung von Bestechung, Korruption und Beamtenwillkür darstellen und auch der Stellenjägerei, dem Strebertum und Karrierismus sowie einer Überfüllung der Staatsämter einen Riegel vorschieben.⁸³

In Ergänzung der beiden letztgenannten Prinzipien erscheint in der Rätetheorie jedoch als sicherste und meistversprechende Methode zur Fernhaltung jeglichen Bürokratismus vom proletarischen Staat das Prinzip der abwechselungsweisen Beteiligung möglichst aller proletarischen Staatsangehörigen an der Verwaltung und Leitung des öffentlichen Lebens im Räteystem. Nach diesem Grundsatz sollen möglichst ohne Ausnahme alle Angehörigen des Proletariats abwechselungsweise zu sämtlichen Staatsfunktionen zugezogen werden, bzw. an der Verwaltung und Leitung aller Staatsgeschäfte teilnehmen, wobei also in möglichst rascher Ablösung und durch einen weitverzweigten Austausch die Ausübung der Kontrolle und Aufsicht über die verschiedenen Zweige staatlicher Geschäftsführung immer wieder anderen Mitgliedern des proletarischen Staates zufiele.⁸⁴

⁸² „Von den Mitgliedern der Kommune an abwärts mußte der öffentliche Dienst für Arbeiterlohn besorgt werden. Die erworbenen Anrechte und die Repräsentationsgelder der hohen Staatswürdenträger verschwanden mit diesen Würdenträgern selbst.“ (Marx, „Bürgerkrieg in Frankreich“, MEAS, Bd. II, S. 513.)

⁸³ Vgl. dazu Engels in der Einleitung zum „Bürgerkrieg in Frankreich“, S. 471: „Und zweitens zahlte sie (die Kommune, L. T.) für alle Dienste, hohe wie niedrige, nur den Lohn, den andere Arbeiter empfingen. Das höchste Gehalt, das sie überhaupt zahlte, war 6000 Franken. Damit war der Stellenjägerei und dem Strebertum ein sicherer Riegel vorgeschoben, auch ohne die gebundenen Mandate bei Delegierten zu Vertretungskörpern, die noch zum Überfluß zugefügt wurden.“

„Besonders bemerkenswert ist in dieser Beziehung die von Marx hervorgehobene Maßnahme der Kommune: die Beseitigung der Repräsentationsgelder jeder Art, aller finanziellen Privilegien der Beamten, die Reduzierung des Gehaltes aller Amtspersonen im Staat auf das Niveau des „Arbeiterlohnes“. Hier gerade kommt am klarsten der Umschwung zum Ausdruck – von der bürgerlichen Demokratie zur proletarischen, von der Unterdrückerdemokratie zur Demokratie der unterdrückten Klassen, vom Staat als „besonderer Repressionsgewalt“ für die Niederhaltung einer bestimmten Klasse, zur Niederhaltung der Unterdrückten durch die allgemeine Gewalt der Mehrheit des Volkes, der Arbeiter und Bauern.“ (Lenin, „Ausgewählte Werke“, Bd. 7, S. 39/40; ferner S. 41, 45 ff., 101); „Sie (das Beamtentum und die Bürokratie, L. T.) verwandeln sich aus der privilegierten Schicht mit ihren hohen bürgerlich gut bezahlten Ämtern in Arbeiter einer besonderen ‚Waffengattung‘, die nicht höher besoldet werden, als ein guter Arbeiter Arbeitslohn erhält.“ (Lenin, „Über die Doppelherrschaft“, April 1917, Sammelband, 1925, S. 361.)

⁸⁴ Vgl. dazu Marx, „Bürgerkrieg in Frankreich“, MEAS, Bd. II, S. 515 in diesem Sinn; ferner Lenin, „Ausgewählte Werke“, Bd. 7, S. 39. – „Wenn tatsächlich Alle an der Leitung des Staates teilnehmen, dann kann sich der Kapitalismus nicht mehr halten. Ihrerseits schafft die Entwicklung des Kapitalismus die Voraussetzungen dafür, daß wirklich ‚Alle‘ an der Leitung des Staates teilnehmen können. Zu diesen Voraussetzungen gehört die allgemeine Schulbildung, die bereits in den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern durchgeführt ist, ferner die ‚Schulung und Disziplinierung‘ der Millionen von Arbeitern durch den großen ‚komplizierten, vergesellschaftlichen Apparat der Post, der Eisenbahnen, der Großbetriebe, des Großhandels, des Bankwesens usw. usf.“ (Ebenda, S. 92, 93 ff.). „Unter dem Sozialismus werden Alle der Reihe nach regieren und sich bald daran gewöhnen, daß keiner regiert.“ (Ebenda, S. 108).

Wollte man sich dieses Prinzip veranschaulichen, so würde wahrscheinlich dazu am ehesten ein Vergleich mit dem Grundsatz, nach dem sich das System einer reinen *Milizarmee* ohne Berufsmilitär aufbaut, beitragen. Ähnlich wie z. B. die Staatsbürger eines Landes mit einer Milizarmee abwechselungsweise in den Militärdienst einberufen werden, sollen nach der Rätetheorie die arbeitenden Massen in der proletarischen Demokratie ablösungsweise zu der staatlichen Geschäftsführung herangezogen werden, allerdings mit dem Unterschied, daß die proletarischen Staatsangehörigen im Staatsdienst nicht immer wieder denselben Posten zu bekleiden, sondern jedesmal wieder an einer anderen Staatsstelle neue Funktionen auszuüben hätten.

Durch eine solche umschichtige Beteiligung des gesamten Proletariats an der Staatsleitung, das heißt dadurch, daß „Alle eine Zeitlang ‚Bureaukraten‘ werden“, soll also angestrebt werden, daß „gerade niemand zum ‚Bureaukraten‘ werden kann“.⁸⁵ Damit drückt sich in der Rätelehre die Überzeugung aus, daß auf diese Weise die Einheit zwischen Arbeiterklasse und Staatsapparat enger gestaltet, dessen Entfremdung von den Massen verhindert, das heißt durch Aufhebung des Gegensatzes zwischen Staat und Bevölkerung die Abhängigkeit der proletarischen Staatsangehörigen von den Staatsbeamten verringert werden könne. Ferner soll durch die Möglichkeit des Einblicks in die Staatsmaschinerie das Staatsinteresse der werktätigen Massen erweckt, ihr Organisations-talent erhöht und diese überhaupt zu neuem Leben auf ein höheres Kultur- und Bildungsniveau emporgehoben und dadurch der Prozeß der allseitigen menschlichen Entfaltung eingeleitet werden. Weil damit auch ein in der sozialen Lage des Proletariats im Kapitalismus wurzelndes proletarisches Untertanenbewußtsein in ein wachsendes Solidaritätsbewußtsein dieser nun im Räte-system herrschenden Klasse umschlage, wird ferner dieses Prinzip der umschichtigen Beteiligung aller Werktätigen an der Staatsleitung in der Rätetheorie zugleich als Versuch zur Ausrottung der scheinbar seit Jahrhunderten im Bewußtsein der Massen haftenden Empfindung angesehen, Staat und Politik seien eine fremde, hoch über ihnen schwebende Angelegenheit einiger weniger Privilegierter. Hier wird also die Ansicht vertreten, daß mit der Verwirklichung dieses

„... und wir werden, wenn wir diesen Weg gehen, zur völligen Vernichtung des Bürokratismus gelangen.

Die Möglichkeit einer solchen Vernichtung ist dadurch gesichert, daß der Sozialismus den Arbeitstag verkürzen, die Massen zu neuem Leben emporheben, für die Mehrheit der Bevölkerung Bedingungen schaffen wird, die Allen ohne Ausnahme gestatten werden, ‚Staatsfunktionen‘ auszuüben. Das aber führt zum völligen Absterben jeden Staates überhaupt.“ (Ebenda, S. 109.)

⁸⁵ „Die Arbeiter werden nach der Eroberung der politischen Macht den alten bürokratischen Apparat zerschlagen, ihn bis auf den Grund zerstören, nicht einen Stein auf dem andern lassen; sie werden ihn durch einen neuen, aus denselben Arbeitern und Angestellten gebildeten Apparat ersetzen, wobei man gegen deren Verwendung in Bureaukraten sofort die von Marx und Engels eingehend besprochenen Maßnahmen treffen wird: 1. nicht nur Wählbarkeit, sondern auch jederzeitige Absetzbarkeit; 2. eine den Arbeiterlohn nicht übersteigende Bezahlung; 3. sofortiger Übergang dazu, daß Alle die Funktionen der Kontrolle und Aufsicht verrichten, daß Alle eine Zeitlang ‚Bureaukraten‘ werden, so daß gerade dadurch niemand zum ‚Bureaukraten‘ werden kann.“ (Lenin, „Ausgewählte Werke“, Bd. 7, S. 101.)

theoretischen Kriteriums die Staatsauffassung, die den Staat als eine übergesellschaftliche Einrichtung mit Ewigkeitscharakter ansieht, ver-schwinden würde und an ihre Stelle die aus der Marxschen Theorie zu gewinnende Einsicht in des Staates eigentliches Wesen und dessen Zweck-träte, eine Einsicht, die dem Proletariat erlauben würde, den Rätestaat als seine spezifische Angelegenheit, als sein Machtorgan im Klassenkampf mit der Bourgeoisie zu erkennen.

*

Das nächste rätestaatliche Prinzip, das der unbedingten Ergänzung der politischen Räteinstanzen durch wirtschaftliche Räteorganisationen zum Zwecke des Aufbaus der sozialistischen Wirtschaft, ist noch einmal ein rätetheoretisches Kriterium, das nicht direkt auf eine klare Formulierung von Marx oder Engels zurückzuführen ist.⁸⁶ Dieser Grundsatz geht in der Rätetheorie aus der *doppelten Aufgabe des Übergangstaates* der Diktatur des Proletariats hervor. Wir sahen schon, daß die erste Aufgabe, soweit sie in der Auflösung des alten Staatsapparates und in der Niederhaltung der bisher herrschenden Klasse besteht, liquidierender Tendenz ist. Während diese erste Teilaufgabe im proletarischen Staat durch die politischen Arbeiterräte, in deren Hand die Staatsgewalt konzentriert werden müsse, durchzuführen sei, solle der zweite Teil der Aufgabe, soweit sich diese auf die Umwandlung der Privateigentums-in die Gemeineigentums-, d. h. die sozialistische Wirtschaft und in deren Ingangsetzung erstreckt, wirtschaftlichen Räteorganisationen zufallen.⁸⁷ Wie in der Rätetheorie die beiden angeführten Aufgabenkreise nur zwei sich ergänzende Seiten ein- und derselben Gesamtaufgabe bilden, werden

⁸⁶ Allerdings muß hier angeführt werden, daß Marx in seiner Schrift „Die Klassenkämpfe in Frankreich“ ausdrücklich darauf hinweist, daß die Arbeiterklasse einen Ruf hören ließ nach „Organisation der Arbeit! Bildung eines eigenen Ministeriums der Arbeit!“ (MEAS, Bd. II, S. 209.)

Einen ähnlichen Gedanken finden wir bei Engels in seinen „Grundsätzen des Kommunismus“ (MEGA I/6, S. 514), wo Engels über den Entwicklungsgang der Revolution spricht und sagt: „Die Demokratie würde dem Proletariat ganz nutzlos sein, wenn sie nicht sofort als Mittel zur Durchsetzung weiterer, direkt das Privateigentum angreifender und die Existenz des Proletariats sicherstellender Maßregeln benutzt würde. Die hauptsächlichsten dieser Maßregeln, wie sie sich schon jetzt als notwendige Folgen der bestehenden Verhältnisse ergeben, sind folgende:

1. ... 2. ... 3. ... 4. Organisation der Arbeit oder Beschäftigung der Proletarier auf den Nationalgütern, Fabriken und Werkstätten, wodurch die Konkurrenz der Arbeiter unter sich beseitigt ...“

Noch viel deutlicher kommt die Tendenz zu einer Ergänzung der politischen durch wirtschaftliche Räte in der Einleitung Engels' zum Marxschen Aufsatz „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ zum Ausdruck, wo Engels schreibt: „Um 1871 hatte die große Industrie selbst in Paris, dem Zentralsitz des Kunsthandwerks, schon so sehr aufgehört, ein Ausnahmefall zu sein, daß bei weitem das wichtigste Dekret der Kommune eine Organisation der großen Industrie und sogar der Manufaktur anordnete, die nicht nur auf der Assoziation der Arbeiter in jeder Fabrik beruhen, sondern auch alle diese Genossenschaften zu einem großen Verband vereinigen sollte, kurz, eine Organisation, die, wie Marx im ‚Bürgerkrieg‘ ganz richtig sagt, schließlich auf den Kommunismus, also auf das direkte Gegenteil der Proudhonschen Lehre hinauslaufen mußte.“

⁸⁷ „Von der Arbeiterkontrolle gingen wir zur Schaffung des Obersten Volkswirtschaftsrats über. Nur diese Maßnahme, in Verbindung mit der Nationalisierung der Banken und der Eisenbahnen, ..., gibt uns die Möglichkeit, den Aufbau einer neuen sozialistischen Wirtschaft in Angriff zu nehmen.“ (Lenin, „Ausgewählte Werke“, Bd. 7, S. 280.)

auch die politischen und wirtschaftlichen Räte als deren organisatorischer Niederschlag nicht als zwei unabhängige Bewegungen, sondern als zwei sich ergänzende Teilformationen eines Gesamtorgans, nämlich des Rätestaates aufgefaßt.

Genau gleich wie die politischen, sollen daher auch die wirtschaftlichen Räte organisatorisch auf den Betrieben und Berufsorganisationen als den Keimzellen des proletarischen Lebens fußen und analog über Gemeinde- und Zwischenbezirkswirtschaftsräte ihre Spitze im zentralen Volkswirtschaftsrat erreichen, der die Verantwortung für die Inanghaltung, Organisation und Leitung des gesamten wirtschaftlichen Lebens innerhalb des Rätestaates zu tragen habe. Das heißt, nach der Rätelehre hat der zentrale Wirtschaftsrat die gesamte Produktion zu bestimmen. Zu diesem Zwecke wird er auf Grund weitreichender und umfassender statistischer Untersuchungen und Erhebungen über den vorhandenen Bedarf an wirtschaftlichen Gütern Wirtschaftspläne aufstellen, auf deren Grundlage die gleichfalls statistisch festgestellten und der Produktion zur Verfügung stehenden Mengen an Boden, Gebäuden, Maschinen, Werkzeugen und Menschen, kurz der Mengen an Produktionsmitteln und Arbeitskräften, ihrer Leistungsfähigkeit und den Anforderungen des öffentlichen, gesellschaftlichen Bedarfs entsprechend, den einzelnen Produktionssphären und den verschiedenen Produktionszweigen zugeteilt werden sollen.⁸⁸ Wie die Totalität der Produktion und des Güterverkehrs vom obersten Volkswirtschaftsrat gelenkt werden soll, so auch die Regelung der Verteilung der gesamten aus dem Produktionsprozeß hervorgehenden Gütermengen. Dazu wird er auf Grund der durchgeführten Untersuchungen und Erhebungen über den öffentlichen Bedarf und auf Grund seiner Analysen der wirtschaftlichen Entwicklung die Höhe der Quoten der zum Konsum freizugebenden Gütermassen, die Höhe der Quoten der in Reserve zu haltenden und auf Vorrat anzulegenden Güterbestände usw. festlegen.⁸⁹

In der Rätetheorie wird die Zusammenfassung der in direkter Wahl aus den Produktionseinheiten hervorgehenden Wirtschaftsräte nicht nur nach Wahlbezirken, sondern auch noch nach rein ökonomischen, durch die jeweilige Produktionsstruktur bestimmten Kriterien für notwendig erachtet. Darnach hätten sich nämlich nicht nur Gemeinde- und Zwischenbezirkswirtschaftsräte zu bilden, sondern darüber hinaus müßten jeweils die Wirtschaftsräte der einzelnen Produktionszweige und Wirtschaftsbranchen zu Zentralverwaltungen zusammentreten, denen die Organisation und Leitung dieser Branchen und Produktionszweige obläge. Demnach würden sich neben den Räteabgeordneten der verschiedenen Wahlbezirke schließlich in der höchsten wirtschaftlichen Räte-

⁸⁸ Vgl. dazu ebenda, S. 508.

⁸⁹ Vgl. dazu ebenda, S. 333 ff. Außerdem: *Trotzki*, „Terrorismus und Kommunismus“; „Kapitalismus oder Sozialismus?“ (1923); *Radek*, „Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat“ und „Wege der Russischen Revolution“; *Pollock*, „Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjet-Union 1917–1927“

instanz, die in der proletarischen Demokratie der zentrale Wirtschafts-, bzw. Volkswirtschaftsrat wäre, auch noch Delegierte aus diesen Zentralverwaltungen der einzelnen Produktionszweige und Branchen vereinigen.⁹⁰

Gleich wie für die politischen Räte gilt auch für die Wirtschaftsräte die Beschränkung des aktiven und passiven Wahlrechts auf die werktätigen Massen, der Grundsatz der unbedingten Verantwortlichkeit der Gewählten gegenüber ihrer Wählerschaft, der der jederzeitigen Absetzbarkeit usw. Die wirtschaftlichen Räte, die ihre Tätigkeit in intensiver Verbindung mit den politischen Arbeiterräten ausüben, nach der Räte-theorie unter Umständen sogar einen direkten Bestandteil von diesen bilden können, sollen sich von ihnen nur durch ihren Aufgabenkreis und die geringere Reichweite ihrer Kompetenzen unterscheiden. In Zweifelsfällen jedoch wären immer die politischen Räte die letztentscheidende Instanz und die wirtschaftlichen Räte deren Beschlüssen unterworfen.

Diese sich aus der Marxschen Klassenkampfauffassung herleitende theoretische Richtlinie muß so verstanden werden, daß deswegen die gesamte Gewalt in den Händen der politischen Arbeiterräte konzentriert werden soll, weil im Rätestaat jede Handlung dem gesamt-proletarischen Klasseninteresse unterzuordnen sei, der Interessenkampf mit der Bourgeoisie aber auf der politischen Ebene ausgetragen werde. Infolgedessen sollen eben die politischen Räteinstanzen die eigentlichen Organe der proletarischen Staatsgewalt sein. Ihres Schutzes sollen auch die bei ihrer Tätigkeit des Aufbaus der sozialistischen Wirtschaft über keine Gewaltmittel verfügenden Wirtschaftsräte bedürfen, und zwar deswegen, weil – worauf schon Marx aufmerksam gemacht habe – mit der Möglichkeit von Sabotageversuchen seitens der sich der Enteignung ihres Privateigentums widersetzenen Bourgeoisie zu rechnen sei.

Ein Unterschied, den die Rätelehre in Bezug auf die politischen und wirtschaftlichen Arbeiterräte macht, verdient besonders hervorgehoben zu werden. So soll im Gegensatz zu der Amtsdauer der politischen Arbeiterräte die der Wirtschaftsräte nicht beschränkt sein. Im Gegenteil, in dem Augenblick, da mit der Enteignung des letzten Privateigentums und der Sicherstellung des gesellschaftlichen Besitzes die Aufgabe der politischen Räte erfüllt sei und deren Zweck sich erschöpft habe, diese selbst damit also ihre Existenzberechtigung verloren hätten und überflüssig geworden wären, beginne erst der eigentliche Entwicklungs- und Lebensprozeß der wirtschaftlichen Räte, indem sie erst dann absolut ungehindert und frei zur Lösung ihrer großen Zukunftsaufgabe, zum allseitigen Auf- und Ausbau der Wirtschaft auf der Basis des Gemeineigentums und zur Leitung und Verwaltung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses schreiten könnten.⁹¹ Ganz besonders klar tritt uns

⁹⁰ Vgl. dazu *Korsch* Karl, „Arbeitsrecht für Betriebsräte“, S. 83, 86, 91 ff., 121 ff.; vgl. ferner *Lenin*: „Ausgewählte Werke“, Bd. 7, S. 535 ff.

⁹¹ „Genossen, dem Obersten Volkswirtschaftsrat ist jetzt eine der schwersten und zugleich dankbarsten Aufgaben zugefallen. Es besteht keinerlei Zweifel darüber, daß die Rolle der Volkswirtschaftsräte um so größer und von höherer Bedeutung werden

hier die Idee der direkten Demokratie in der Rätetheorie entgegen. Es kann daher daraus, daß die wirtschaftlichen Räte über die politische Zeitphase der Diktatur des Proletariats hinaus bestehen und sich eigentlich erst nach der Negation bzw. der gesellschaftlichen Überwindung jeglicher politischen Gewalt richtig entwickeln können sollen, im Sinne der Theorie geschlossen werden, daß gerade das wirtschaftliche Räte-system als grundsätzliche Organisationsform des gesellschaftlichen Zusammenschlusses für eine klassenlose direkte Demokratie, in der dann jegliche politische Gewaltanwendung zwischen Menschen eine unbekannte Erscheinung würde, gedacht ist. In ihm, das ja definitionsgemäß kein sich gegen Menschen richtendes Zwangssystem, wie nach der Rätelehre der Staat, sein soll, sondern die erste große Einheitsorganisation aller Menschen, die keinen politischen Charakter trägt und den alleinigen Zweck der Erreichung einer optimalen Bedürfnisbefriedigung im weitesten Sinne und der Überwindung der Naturwidrigkeiten, verfolgt, soll sich das höchste Prinzip der absoluten Gewaltlosigkeit geradezu verkörpern. Damit würde sich eine der wichtigsten der nach Marx und Engels für eine freie und allseitige menschliche Entwicklung notwendigen Voraussetzungen erfüllen.

*

In Fortsetzung unserer Betrachtungen der Kriterien der Rätetheorie läßt sich als ein weiterer Grundsatz des Aufbaus des politischen Räte-systems das Prinzip der Schaffung von Arbeitermilizen, bzw. der Bewaffnung des Proletariats anführen. Einmal konstituiert, brauche der proletarische Staat zu seinem eigenen Schutze und zur Abwehr konter-revolutionärer Tendenzen, die ihn in der Erfüllung seines Zweckes hindern könnten, eine bewaffnete Formation, das heißt eine *Armee*.⁹² Über-

wird, je weitere Errungenschaften die Oktoberrevolution erzielen, je mehr die von ihr eingeleitete Umwälzung in die Tiefe gehen, je fester das Fundament der Errungenschaften der sozialistischen Revolution gelegt werden und die sozialistische Ordnung erstarken wird. Unter allen Staatsinstitutionen werden nur die Volkswirtschaftsräte berufen sein, einen festen Platz zu behaupten, der um so fester sein wird, je mehr wir uns der Aufrichtung der sozialistischen Ordnung nähern, je weniger wir einen rein administrativen, sich eigentlich nur mit Verwaltung befassenden Apparat brauchen werden. Wenn der Widerstand der Ausbeuter endgültig gebrochen sein wird und die Werktätigen gelernt haben werden, die sozialistische Produktion zu organisieren, dann wird dieser Apparat der Verwaltung im eigentlichen, engen Sinne des Wortes, dieser Apparat des alten Staates zum Sterben verurteilt sein. Einem Apparat von der Art des Obersten Volkswirtschaftsrates aber ist es beschieden, zu wachsen, sich zu entwickeln und zu erstarken und die ganze Haupttätigkeit der organisierten Gesellschaft zu erfassen.“ (*Lenin*, „Ausgewählte Werke“, Bd. 7, S. 396.)

⁹² „Um aber dieser Partei (der kleinbürgerlichen Demokraten, L. T.), deren Verrat an den Arbeitern mit der ersten Stunde des Sieges anfangen wird, energisch und drohend entgegenzutreten zu können, müssen die Arbeiter bewaffnet und organisiert sein. Die Bewaffnung des ganzen Proletariats mit Flinten, Büchsen, Geschützen und Munition muß sofort durchgesetzt werden, der Wiederbelebung der alten, gegen die Arbeiter gerichteten Bürgerwehr muß entgegengetreten werden. Wo dies letztere aber nicht durchzusetzen ist, müssen die Arbeiter versuchen, sich selbständig als proletarische Garde, mit selbstgewähltem Chef und eigenem selbstgewähltem Generalstabe zu organisieren und unter den Befehl, nicht der Staatsgewalt, sondern der von den Arbeitern durchgesetzten revolutionären Gemeinderäte zu treten. Wo Arbeiter für Staatsrechnung beschäftigt werden, müssen sie ihre Bewaffnung und Organisation in ein besonderes Korps mit selbstgewählten Chefs oder als Teil der proletarischen

haupt sollen die Waffen als spezifischer und konkreter Ausdruck der Gewalt das Mittel sein, auf das sich die politischen Räteinstanzen als Zwangsorganisationen gegenüber den noch vorhandenen Teilen der Bourgeoisie nach der Rätetheorie nötigenfalls zu stützen hätten, um diesen gegenüber die Herrschaft des Proletariats und ihre eigene Existenz behaupten zu können. Aus der Erkenntnis heraus, daß sich der Herrschaftscharakter einer Klasse am deutlichsten darin äußere, daß diese im Besitze der Waffen sei, müßten sich die werktätigen Massen bei der Eroberung der politischen Macht und ihrer Erhebung zur herrschenden Klasse zunächst einmal in den Besitz sämtlicher Waffen zu setzen trachten. Denn mit der Besitzergreifung der Waffen sollen sie faktisch zur herrschenden Klasse und durch ihre Konstituierung zum Staate im politischen Rätssystem dies auch politisch werden.

Daß in der Rätetheorie die Aufstellung von Richtlinien für eine enge Verbindung der proletarischen Armee mit den Werktätigen versucht wird⁹³, versteht sich aus der Marxschen Auffassung, wonach der Staat Sache der ganzen Arbeiterklasse sei und daher auch eine vollständige Einheit zwischen ihr und dem Staatsapparat bestehen müsse, die Armee aber gerade einen entscheidenden Bestandteil dieses Apparates bilde. Um eine solche Verflechtung von Armee und Proletariat zu erreichen, sei daher die militärische Macht in der Rätedemokratie als *Volksmiliz* zu organisieren. Wie schon nach dem dritten Kriterium der marxistischen Staatstheorie der Räte das Wahlrecht im Rätssystem auf die werktätigen Massen zu beschränken ist, um jede politische Tätigkeit zwangsläufig dem proletarischen Klasseninteresse unterzuordnen, soll auch hier wiederum, damit die proletarische Heeresorganisation immer und ausschließlich im proletarischen Klasseninteresse Verwendung finde, das Recht des Waffentragens nur den Werktätigen zugestanden werden.⁹⁴ Allerdings wird aber auch deshalb die Bewaffnung der arbeitenden Massen in ihrer Gesamtheit für erforderlich gehalten, weil nur so die unumgängliche Einheit zwischen Bevölkerung und Armee garantiert werden könne,

Garde durchsetzen. Die Waffen und die Munition dürfen unter keinem Vorwand aus den Händen gegeben, jeder Entwaffnungsversuch muß nötigenfalls mit Gewalt vereitelt werden. Vernichtung des Einflusses der bürgerlichen Demokraten auf die Arbeiter, sofortige selbständige und bewaffnete Organisation der Arbeiter und Durchsetzung möglichst erschwerender und kompromittierender Bedingungen für die augenblickliche unvermeidliche Herrschaft der bürgerlichen Demokratie, das sind die Hauptpunkte, die das Proletariat und somit der Bund während und nach dem bevorstehenden Aufstand im Auge zu behalten hat.“ (*Marx*, „Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln“ bzw. in der „Ansprache der Zentralbehörde an den Bund“ vom März 1850, MEAS, Bd. II, S. 172/73.)

⁹³ „Das Heer diene nicht nur in der Monarchie als Unterdrückungsapparat. Ein solcher ist es auch in allen bürgerlichen, selbst in den demokratischsten Republiken geblieben. Nur die Sowjetmacht als dauernde staatliche Organisation eben der vom Kapitalismus unterdrückt gewesenen Klassen ist imstande, die Unterordnung des Heeres unter die bürgerliche Kommandogewalt aufzuheben und das Proletariat wirklich mit dem Militär zu verschmelzen, die Bewaffnung des Proletariats und die Entwaffnung der Bourgeoisie wirklich zu vollbringen. Und ohne das ist der Sieg des Sozialismus unmöglich.“ (*Lenin*, „Ausgewählte Werke“, Bd. 7, S. 231/32.)

⁹⁴ Vgl. Anmerkung 93: „... die Bewaffnung des Proletariats und die Entwaffnung der Bourgeoisie ...“

um dieser einen proletarischen Charakter und nicht zuletzt auch die größtmögliche Schlagkraft zu verleihen.

Theoretisch ergibt sich nun im Sinne der Rätelehre der organisatorische Aufbau der Arbeitermilizen wie folgt. Auf der Grundlage der allgemeinen Bewaffnung der Massen wird sich aus deren Reihen eine Volksmiliz, eine bewegliche Kampfformation aufrichten, die sich nach dem Muster des Räteystems auf Soldatenräte aufbaut.⁹⁵ Diese sollen jedoch den politischen Räten völlig untergeordnet werden und von ihnen ihre Direktiven erhalten. Die so aus der Mitte der Werktätigen hervorgegangenen Soldaten der Arbeitermilizen genießen die gleichen politischen Rechte wie alle anderen proletarischen Staatsangehörigen und erhalten daher u. a. auch ihre entsprechende Vertretung in den obersten Räteinstitutionen der Rätedemokratie.⁹⁶ Schließlich sollen sich die Arbeitermilizen als ein Bestandteil des Rätestaates gleichfalls dann auflösen und verschwinden, wenn dieser seine Aufgabe erfüllt hat und selbst abstirbt. Darnach dürften also die Waffen als mächtigstes staatliches Druckmittel erst dann vernichtet werden, wenn einmal nach endgültiger Umwandlung der Eigentumsverhältnisse die Klassen und mit ihnen die Klassegegensätze und damit auch die Ursache jeder politischen Gewaltanwendung verschwunden sind.

*

Mit dem Prinzip der *allgemeinen Arbeitspflicht* für die gesamte innerhalb des proletarischen Staatsterritoriums wohnende Bevölkerung vervollständigt sich und schließt die Reihe der typischen Kriterien der Rätetheorie.

Einerseits ist dieser Grundsatz der „gleichen Arbeitspflicht für Alle“⁹⁷ aus der Grundauffassung des Marxismus, daß gleiches Recht für alle Menschen diesen auch gleiche Pflichten auferlege, und aus dem Willen, „die Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren“⁹⁸, erklärlich, andererseits aber auch aus einer in der Rätetheorie berücksichtigten, weil der marxistischen Anschauungsweise entsprechenden Möglichkeit, die im folgenden kurz skizziert wird.

Mit der progressiven Enteignung, der Entziehung der Rechtstitel auf das Privateigentum, sollen, wie aus unseren bisherigen Betrachtungen erhellt, allmählich die Existenzbedingungen der Bourgeoisie liquidiert und diese damit als Klasse aufgehoben, das heißt aus Inhabern von Privateigentum in Nichtbesitzende, bloß noch über ihre Arbeitskraft

⁹⁵ „...., das Volk dagegen vermag die Ausbeuter mit einer sehr einfachen ‚Maschine‘, nahezu ohne ‚Maschine‘, ohne einen besonderen Apparat niederzuhalten, durch die einfache Organisation der bewaffneten Massen (von der Art der Arbeiter- und Soldatenräte, wie vorausseilend bemerkt sei).“ (*Lenin*, „Ausgewählte Werke“, Bd. 7, S. 82).

⁹⁶ „... den wahrhaft demokratischen Staat, den Staat der Arbeiter- und Soldaten-deputiertenräte“; ebenda S. 89. Vgl. dazu ferner auch „Verfassung der R.S.F.S.R.“, S. 25; „Art. 65. Das aktive und passive Wahlrecht zu den Sowjets genießen ... a) ... b) ... Soldaten der Sowjetarmee und -Flotte.“

⁹⁷ MEGA I/6, S. 545, „Manifest der Komm. Partei“; ebenso Engels: MEGA I 6, S. 514/15.

⁹⁸ Ebenda.

verfügende Menschen verwandelt werden. Ferner soll in dem Augenblick da das private Verhältnis dieser Menschen zu den Produktionsmitteln sich aus einem des Besitzes in eines der Besitzlosigkeit umwandelt, d. h. in sein Gegenteil umschlägt, sich auch ihre politische Stellung verändern. Nach ihrer Verwandlung in Angehörige des Proletariats würden sie nur unter der Bedingung dieselben politischen Rechte, wie sie allen Proletariern zustehen, genießen und dann erst sich automatisch in das Rätssystem des proletarischen Staates als der Organisation der Werktätigen eingliedern, wenn sie bereitwillig produktive Arbeitsleistungen im Interesse der Gesamtheit verrichten.

Indem die Rätelehre so die Bedingungen für die Möglichkeit einer Eingliederung ehemaliger Angehöriger des Bürgertums in den Rätestaat definiert, ergibt sich ex definitione nun eine besondere theoretische Schwierigkeit, die aus der Unmöglichkeit entspringt, einen speziellen und spezifischen Rechtstitel, nämlich das Geld, den noch vorhandenen Kapitalisten schlagartig und sofort bis auf eine gesellschaftlich festgesetzte Durchschnittssumme zu entziehen. Denn es sei kaum zu verhindern, daß die Mitglieder der Bourgeoisie bei und auch noch nach der Entziehung all ihrer übrigen Rechtstitel auf Privateigentum eine Zeitlang noch mehr oder weniger große Geldsummen verheimlichen und verstecken, was ihnen deswegen, weil das Geld anfänglich auch im proletarischen Staate unersetzlich und zunächst noch als gesetzliches Zahlungsmittel fungieren müsse⁹⁹, die Möglichkeit offenlasse, ihren eigenen Lebensunterhalt mit solchen heimlichen Reserven zu bestreiten und auf diese Weise die Bedingungen zu ihrer Aufnahme in die Rätedemokratie zu umgehen, bzw. sich von produktiver Arbeitsleistung im gesellschaftlichen Gesamtinteresse fernzuhalten. Daher das Prinzip der allgemeinen Arbeitspflicht für Alle, durch welches von vornherein solchen möglichen Erscheinungen vorgebeugt werden und gleichzeitig auch der Assimilationsprozeß des ehemaligen Bürgertums an den proletarischen Staat forciert werden soll. Überdies gehe dieser Grundsatz auch aus der Notwendigkeit hervor, die speziellen in einzelnen Mitgliedern des Bürgertums steckenden Fähigkeiten und Kenntnisse in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen und für diese nutzbar zu machen.

In der Proklamierung des schon aus der Bibel bekannten Wortes „Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen!“¹⁰⁰ zu einem leitenden Staatsprinzip erkennen wir in der Rätetheorie die Kernansicht Marx', nach der eine weitere Vermehrung der Produktivkräfte und eine allgemeine gesellschaftliche und individuelle Wohlfahrt nur durch eine allseitige und auf der Basis eines einheitlichen und gesellschaftlich auf-

⁹⁹ „Die Ausbeuter behalten noch lange Zeit nach der Umwälzung unvermeidlich eine Reihe gewaltiger tatsächlicher Vorteile: sie behalten Geld (eine sofortige Abschaffung des Geldes ist nicht möglich)...“ (*Lenin*, „Ausgewählte Werke“, Bd. 7, S. 138.)

¹⁰⁰ „Die Verfassung der R.S.F.S.R.“, Artikel 18: „Die R.S.F.S.R. betrachtet es als Pflicht aller Bürger, zu arbeiten, und stellt die Losung auf: ‚Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!‘“

gestellten Planes bewußt gestaltete Arbeitsweise im Interesse Aller erreicht werden könne und nicht durch unabhängiges individuelles Konkurrenzstreben im Sonderinteresse des Einzelnen.

*

In den Prinzipien der Rätetheorie spiegelt sich das Charakteristische der Marx-Engelsschen Auffassung vom Staate wider. In der Hauptsache muß man sich unter dem „politischen Rätesystem“ also theoretisch folgendes vorstellen:

1. Es ist der in der proletarischen Aktion als Organisation der Werk-tätigen in ihrer Gesamtheit entstandene Rätestaat.
2. Er hat zum Inhalt die politische Entrechtung der Bourgeoisie und bezweckt die Überführung des privaten Eigentums in gesellschaftliches.
3. Er stützt sich auf die Produktionseinheiten, die als die primären Wahlkörperschaften zu betrachten sind, und auf Instanzen, die in ihren Händen die legislative, exekutive und jurisdiktionelle Gewalt vereinigen und deren Mitglieder, welche keinen höhern Gehalt als den durchschnittlichen Arbeitslohn eines qualifizierten Arbeiters beziehen, ihrer Wählerschaft gegenüber, durch die sie jederzeit abgesetzt werden können, unbedingt verantwortlich sind.
4. Die politischen Räteorgane werden durch wirtschaftliche ergänzt.
5. Sämtliche Staatsfunktionäre gelangen nur durch Wahl zu ihren Stellen.
6. Alle Staatsangehörigen sollen allmählich und abwechslungsweise in den Verwaltungsorganismus eingegliedert werden.
7. Bewaffnung des gesamten Proletariats.
8. Gleiche Arbeitspflicht für Alle.

Schließlich ergibt sich aus den inneren Zusammenhängen der Rätetheorie noch der Schluß, daß je strikter die genannten Prinzipien eingehalten würden, desto höher der Entwicklungsgrad in der proletarischen Demokratie und desto kleiner ihr Abstand vom angestrebten Ziel der direkten kommunistischen Demokratie wäre. Somit würden die arbeitenden Massen im politischen Rätesystem nicht allein über einen gewaltigen Machthebel zur Verwirklichung der direkten Demokratie verfügen, sondern in seiner jeweiligen Form und in seinem Aufbau zugleich auch einen Maßstab und Gradmesser zur Erfassung der Tatsachen und Möglichkeiten der Realisierung der Idee der direkten kommunistischen Demokratie überhaupt finden.

*

Immer wieder tritt bei einer Untersuchung der marxistischen Theorie die gedankliche Konsequenz ihrer Begründer zu Tage. Jedes Element der Theorie folgt aus der dialektischen Betrachtungsweise des gesellschaftlichen Bewegungsprozesses und formt mit andern zusammen eine abgerundete Analyse des jeweils untersuchten Teilgebietes der menschlichen Gesellschaft, während diese theoretischen Teilbetrachtungen ihrerseits mit logischer Notwendigkeit in der Gesamtbetrachtung der materialistischen Geschichtsauffassung aufgehen. Es ist daher nicht erstaunlich, daß zahlreiche Versuche einer Kritik oder gar Widerlegung der materialistischen Geschichtsauffassung scheitern mußten, da die meisten dieser kritischen Betrachtungen des Marxismus sich in erster Linie auf die marxistische Analyse der bürgerlichen Gesellschaftsordnung richteten und damit gerade den stärksten Bestandteil dieser Lehre zu erschüttern suchten, was aber nicht ohne weiteres möglich ist. Die Gesellschaftsanalyse in der materialistischen Geschichtsauffassung fußt nämlich zu ihrem größten Teil auf geschichtlichem Tatsachenmaterial und darf daher zumindest für die Zeit, in der sie von ihren Verfassern entwickelt wurde, in vielen Punkten Anspruch auf Richtigkeit erheben. Diese Tatsache darf auch dort nicht übersehen werden, wo Marx und Engels gewisse Erscheinungen im politischen Kampf in überspitzter Polemik formulierten und ihnen daher Mangel an Objektivität vorgeworfen zu werden pflegt. Eine Kritik, die wirklich zu den Widersprüchen und Mängeln der Marxschen Lehre vorstoßen will, muß sich daher unter Anerkennung der Richtigkeit eines Großteils der materialistischen Geschichtsauffassung vor allem auf die aus dieser Lehre gezogenen theoretischen und praktischen Schlüsse richten. Hier, in ihren Schlußfolgerungen, die sie aus ihrer Gesellschaftsanalyse gezogen haben, liegen die wesentlichen Widersprüche und Fehler verborgen, die die Vertreter dieser Lehre begangen haben.

Im Zusammenhang mit der Staatstheorie ist in erster Linie auf die fälschliche Identifikation des Staatsbegriffes mit dem des Unterdrückterstaates, des Klassenstaates hinzuweisen. Die Unterdrückung zum Zwecke wirtschaftlicher Ausbeutung des Proletariats und den Klassengegensatz zum Wesen des Staates überhaupt verallgemeinernd zu definieren, ist ein Irrtum, der Marx und Engels sowie alle Epigonen dazu verführt hat, mit Notwendigkeit einen ideologisch höchst gefährlichen Widerspruch in die sozialistische Theorie hineinzutragen. Es steht außer Zweifel, daß zu Lebzeiten von Marx und Engels besonders der preußische Staat Elemente der Unterdrückung in sich trug, ebenso sehr wie in den großen Industriebezirken Englands der Klassengegensatz offen zu Tage trat. Im Verlaufe der weiteren geschichtlichen Entwicklung hat sich jedoch trotz verschiedener Beispiele, die die Marx-Engelsche These zu bekräftigen scheinen¹⁰¹, dennoch erwiesen, daß dank der Weiterentwicklung der

¹⁰¹ Vgl. *R. Luxemburg*, „Sozialreform oder Revolution?“ (Vulkan-Verlag Leipzig 1919) S. 12–28 sowie 34–48.

sozialpolitischen Gesetzgebung der Staat Keime in sich trägt, die in Richtung einer Milderung der Klassengegensätze zu wirken vermögen. Die Vielheit der staatlichen Tätigkeit in erster Linie vom Standpunkt des Klassengegensatzes aus theoretisch erklären zu wollen, ist ein Vorgehen, das seiner allzugroßen Vereinfachung wegen die Gesamtheit der staatlichen Zusammenhänge in der Gesellschaft von heute nicht voll zu erfassen ermöglicht.¹⁰²

Die Einseitigkeit der marxistischen Auffassung des Staates als Zwangseinrichtung und somit als bloße organisatorische Widerspiegelung des Klassengegensatzes ist die Wurzel eines folgenschweren theoretischen Widerspruchs. Aus dieser fälschlichen Identifikation des Staates mit der Klassenherrschaft wird gefolgert, daß mit dem Verschwinden der Klassen und der Herrschaft der einen über die andern jede Gewalt gegenstandslos und damit jede gesellschaftliche Zwangseinrichtung überflüssig würde, d. h. der Staat absterben müßte. Es wurde schon weiter oben (vgl. S. 43) darauf hingewiesen, daß diese politische Seite der Marxschen Lehre ausgesprochen anarchistische und individualistische Ziele anstrebt, während andererseits die ökonomische Lehre im Marxismus eine straffe, kollektivistische Wirtschaftsorganisation der Gesellschaft verwirklichen möchte. Dieser Gegensatz von Individualismus und Kollektivismus ist aber unüberbrückbar, und die Auffassung, wonach in einer klassenlosen Gesellschaft die Regierung über Personen ersetzt werden könnte durch eine bloße Verwaltung von Sachen und Leitung von Produktionsprozessen ist nicht weniger utopisch als die Wunschgesellschaften der utopischen Sozialisten, denn jede Verwaltung von Sachen bedeutet zugleich eine Verwaltung von Menschen und erst recht jede Leitung von Produktionsprozessen zugleich eine solche von Menschen. Dieser Antagonismus bleibt grundsätzlich bestehen, obschon in der marxistischen Theorie, wie im folgenden dargestellt wird, der Versuch der Reintegration der staatlichen Funktionen in die Gesellschaft unternommen wird.

¹⁰² Vgl. hiezu vor allem Bernstein, R. Luxemburg, Parvus, Laski und neuerdings besonders Ferrat und P. Sering (siehe unsere Bibliographie).

3. TEIL

DIE REINTEGRATION DES STAATES IN DIE GESELLSCHAFT

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal die Idee der direkten Räte-demokratie, wie wir sie in der Einleitung bereits umschrieben haben.

Wir sahen dort, daß dieser Gedanke im Marxismus einerseits das Erkennen der Bedingungen der Befreiung des Proletariats als wesentlichen Bestandteil einschließt, andererseits aber darüber hinausreicht, indem er die Befreiung des Proletariats nicht als Endziel, sondern als Grundvoraussetzung für die Befreiung aller Menschen ohne Unterschied versteht.

In Gegenüberstellung zu dieser Idee in ihrer ganzen Reichweite präsentiert sich die Theorie des politischen Rätessystems mit ihren verschiedenen Prinzipien als *der* wesentliche Teilgedanke der Gesamtidee, welcher das Erkennen und gleichzeitig auch die Kernpunkte der Lehre der Befreiung des Proletariats umfaßt. Diese Prinzipien bilden den theoretischen Niederschlag der wichtigsten Elemente der materialistischen Geschichtsauffassung und in ihrem Zusammenhang vor allem der Marx-Engelsschen Staatsauffassung.

Die Rätetheorie versucht als logische theoretische Schlußfolgerung aus der Marx-Engelsschen Auffassung vom politischen Staat „als einer Verselbständigung der allgemeinen Funktionen der Gesellschaft in in-adäquater vereinzelter Gestalt, in Zuordnung nur zu bestimmten Individuen“, ¹ den Nachweis zu erbringen, auf welche Art und Weise eine Reintegration der staatlichen Funktionen in die allgemeine gesellschaftliche Tätigkeit erreicht, bzw. die bestehende Entfremdung ² und Verselbständigung des Staates von der überwiegenden Mehrheit der Gesellschaft überwunden werden kann. Dies soll nun mittels der gesellschaftlichen Organisationsform des politischen Rätessystems angestrebt werden, mit dessen Hilfe sich das Proletariat in seiner Gesamtheit durch Umgestaltung der kapitalistischen Eigentumsordnung aus dem Verhältnis der Lohnarbeit befreien könne, indem es sich in ihm als Klasse zum Staate konstituiert. Der proletarische Staat soll aber kein Staat im Sinne aller früheren Staaten mehr sein. ³ Es solle ihm kein Ewigkeitscharakter anhaften, wie dies vornehmlich für den bürgerlichen Staat der Fall sei,

¹ Bekker Konrad, „Marx' philosophische Entwicklung, sein Verhältnis zu Hegel“, Diss., Basel 1940, S. 26.

² Vgl. dazu Engels, „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“, MEAS, Bd. I, S. 466 ff.

³ Vgl. dazu Engels „Brief an Bebel“, London, 18. März 1875, MEAS, Bd. I, S. 607.

sondern er solle im Gegenteil gerade dadurch die Keime seiner eigenen Vernichtung in sich tragen, daß er die Überführung des Privateigentums in gesellschaftlichen Besitz und die Aufhebung der Klassen zum Zwecke habe, wodurch er sich in der Folge als Gewaltinstitution der Klassenherrschaft schlechthin selbst gegenstandslos und damit überflüssig mache, was schließlich zu seiner Auflösung und zu seinem endgültigen Verschwinden führen müsse. Im Hinblick darauf solle ein proletarischer Staat daher nach Prinzipien aufgebaut werden, die es den arbeitenden Massen erlaubten, die staatlichen Funktionen bereits während der Diktatur des Proletariats gesellschaftlich und bewußt auszuüben, damit dies nach seinem Absterben in der klassenlosen Gesellschaft für deren im Interesse ihrer Gesamtheit arbeitende Angehörige bereits zu einer gesellschaftlichen Gewohnheit und Selbstverständlichkeit geworden sei⁴, dergestalt, daß die gesellschaftlichen Angelegenheiten ohne jegliche politische Gewaltanwendung wirklich gesellschaftlich, planmäßig und bewußt unter nicht mehr nur formeller, sondern wirklicher Anteilnahme eines jeden Einzelnen geregelt werden können. Mit dem Verschwinden des proletarischen und damit des politischen Staates überhaupt erfülle sich die Vorbedingung für die Emanzipation aller Menschen in der klassenlosen Gesellschaft.

Gerade in dieser Auffassung des Marxismus zeigt es sich, wie dieser, genau gesehen, in theoretischer Hinsicht eine konsequente Weiterführung der Theorie des Liberalismus darstellt. Für die Theoretiker der liberalistischen Theorie der prästabilierten Harmonie gilt die *Beschränkung der staatlichen Tätigkeit*, insbesondere der staatlichen Intervention in den Wirtschaftsprozess, auf ein im Interesse der Gesellschaft liegendes Minimum als Voraussetzung für den reibungslosen Ablauf eben dieses Prozesses, welcher, wenn man seine immanenten Kräfte möglichst ungehindert zur Geltung kommen lasse, ihrer Ansicht nach ganz von selbst das Gesamtwohl fördere und das Wohlergehen des Einzelnen sichere. Wenn auch die Motive, von denen die Vertreter des Liberalismus ausgehen, anderer Art sind als die der Auffassung des Marxismus zugrundeliegenden, so ist es beiden Lehren gemeinsam, den Staat als eine die Freiheit beeinträchtigende Zwangsanstalt anzusehen. Für den Liberalismus in dem Sinne, daß der Staat durch seine Eingriffe in die Wirtschaft die freie und vollkommene Konkurrenz stört, die als das Mittel zur Erreichung einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Harmonie gepriesen wird. Für den Marxismus, weil die Staatsgewalt ihm als eine volksfremde, gegen die Befreiungsbestrebungen der unterdrückten Klassen gerichtete und historisch vergängliche Institution erscheint.⁵

Während aber der Liberalismus nur eine strikte Beschränkung der staatlichen Tätigkeit vorsieht, um dem Individuum in seiner wirtschaft-

⁴ Lenin, „Ausg. Werke“ Bd. 7, S. 46, 94

⁵ Vgl. dazu *Oskar Heinr.* „Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie“, Bd. 1, S. 309.

lichen Betätigung möglichst große Freiheit zu gewähren, die als Bedingung für den ungehinderten Ablauf des zum Gesamtwohl führenden Spiels der freien wirtschaftlichen Kräfte erachtet wird, geht der Marxismus noch einen bedeutenden Schritt weiter, indem er das Absterben des Staates überhaupt vorsieht, um dem Individuum, allerdings auf der Basis einer neuen Eigentumsordnung, die Möglichkeit zu freier Entfaltung und Entwicklung, das heißt vollkommener Freiheit zu gewähren, die in diesem Sinne auch als Grundvoraussetzung für die Freiheit Aller eingeschätzt wird. Der Staat, der Staatsapparat als eine, in den Augen des Marxismus, im Dienste der herrschenden, aber mit der gesellschaftlichen Gesamtheit sich identifizierenden Klasse stehende Einrichtung zur Bindung der unterdrückten Klasse soll aufgehoben werden; seine im wirklichen Interesse der Gesamtheit liegenden Funktionen, die bisher durch eine „Gewalt, die über der Gesellschaft zu stehen beanspruchte“⁶, ausgeübt worden seien, sollen dieser entrissen und in die unter wirklicher und gleicher Beteiligung eines jeden Individuums geregelte gesellschaftliche Tätigkeit zurückverlegt werden.⁷

Wie wir bereits wissen, bildet das wirtschaftliche Rätesystem, welches als umfassende Einheitsorganisation der klassenlosen Gesellschaft deren tatsächlichen Gesamtwillen zum Ausdruck bringen soll, das organisatorische Mittel, das der gesellschaftlichen Gesamtheit unter allseitiger Anteilnahme aller ihrer Angehörigen erlaube, den materiellen Lebensprozeß bewußt zu gestalten und die Produktivkräfte zu beherrschen, statt, wie Marx sich ausdrückt, von diesen beherrscht zu werden.

In diesem Sinne ist daher auch folgende Stelle aus dem „Kapital“ zu verstehen:

„Stellen wir uns endlich“, sagt dort Marx, „zur Abwechslung einen Verein freier Menschen vor, die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewußt als *eine* gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben. Alle Bestimmungen von Robinsons Arbeit wiederholen sich hier, nur *gesellschaftlich* statt *individuell*. Alle Produkte Robinsons waren sein ausschließlich persönliches Produkt und daher unmittelbar Gebrauchsgegenstände *für* ihn. Das Gesamtprodukt des Vereins ist ein *gesellschaftliches* Produkt. Ein Teil dieses Produkts dient wieder als Produktionsmittel; er bleibt gesellschaftlich. Aber ein anderer Teil wird als Lebensmittel von den Vereinsgliedern verzehrt; er muß daher unter sie *verteilt* werden. Die *Art* dieser Verteilung wird wechseln mit der besondern Art des gesellschaftlichen Produktionsorganismus selbst und der entsprechenden geschichtlichen Entwicklungshöhe der Produzenten. Nur zur

⁶ Marx, „Bürgerkrieg in Frankreich“, MEAS, Bd. II S. 515.

⁷ Vgl. dazu auch folgende Stelle aus Marx' Kritik des Gothaer Programms, MEAS, Bd. II, S. 593: „Es ist keineswegs Zweck der Arbeiter, die den beschränkten Untertanenstand losgeworden, den ‚Staat‘ frei zu machen. Im Deutschen Reich ist der ‚Staat‘ fast so ‚frei‘ wie in Rußland. Die Freiheit besteht darin, den Staat aus einem der Gesellschaft übergeordneten in ein ihr durchaus untergeordnetes Organ zu verwandeln, und auch heute sind die Staatsformen freier oder unfreier im Maße, worin sie die ‚Freiheit des Staates‘ beschränken“.

Parallele mit der Warenproduktion setzen wir voraus, der Anteil jedes Produzenten an den Lebensmitteln sei bestimmt durch seine *Arbeitszeit*. Die Arbeitszeit würde also eine doppelte Rolle spielen. Ihre gesellschaftlich planmäßige Verteilung regelt die richtige Proportion der verschiedenen Arbeitsfunktionen zu den verschiedenen Bedürfnissen. Andererseits dient die Arbeitszeit zugleich als Maß des individuellen Anteils des Produzenten an der Gemeinarbeit und daher auch an dem individuell verzehrbaren Teil des Gemeinprodukts. Die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zu ihren Arbeiten und ihren Arbeitsprodukten bleiben hier *durchsichtig* einfach in der Produktion sowohl als in der Distribution.

... Die Gestalt des gesellschaftlichen Lebensprozesses, d. h. des materiellen Produktionsprozesses, streift nur ihren mystischen Nebelschleier ab, sobald sie als Produkt frei vergesellschafteter Menschen unter deren bewußter planmäßiger Kontrolle steht. Dazu ist jedoch eine materielle Grundlage der Gesellschaft erheischt oder eine Reihe materieller Existenzbedingungen, welche selbst wieder das naturwüchsige Produkt einer langen und qualvollen Entwicklungsgeschichte sind.“⁸

Diese lange und qualvolle Entwicklungsgeschichte der menschlichen Gesellschaft solle nun mit dem Verschwinden des proletarischen Staats, des politischen Räteystems, in welchem die materielle Grundlage der neuen Gesellschaft in Form des Gemeineigentums geschaffen werde, ihren Abschluß finden. Auf sie solle die gesellschaftliche Entwicklungsphase der direkten Demokratie folgen, die im Gemeineigentum und im wirtschaftlichen Räteystem materielle Existenzbedingungen besitze, die es der Gesamtheit ihrer Angehörigen ermögliche, sich zu Herren der sämtlichen Produktionsmittel zu machen, diese planmäßig zu verwenden und dadurch die, nach Marx und Engels bestehende, „bisherige Knechtung der Menschen unter ihre eigenen Produktionsmittel“⁹ restlos aufzuheben. Restlos auch in dem Sinne, als die Gesellschaft sich selbstredend nicht befreien könne, ohne daß jeder Einzelne befreit würde.

Das wirtschaftliche Räteystem einer direkten kommunistischen Demokratie wird somit in der Theorie des Marxismus als naturwüchsiges Ergebnis einer von Grund auf durchgeführten Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise und namentlich auch einer völligen Veränderung der kapitalistischen Arbeitsteilung durch Umwandlung in sozialistische Formen antizipiert. Es soll danach eine Organisationsform der Produktion bilden,

„in der einerseits kein Einzelner seinen Anteil an der produktiven Arbeit, dieser Naturbedingung der menschlichen Existenz, auf andere abwälzen kann; in der andererseits die produktive Arbeit, statt Mittel der Knechtung, Mittel der Befreiung der Menschen wird, indem sie jedem Einzelnen die Gelegenheit bietet, seine sämtlichen Fähigkeiten, körperliche wie geistige, nach allen Richtungen hin auszubilden und zu betätigen, und in der sie so aus einer Last eine Lust wird“.¹⁰

⁸ Marx, „Kapital“ I, S. 84/85.

⁹ Engels, „Anti-Dühring“, S. 344.

¹⁰ Ebenda.

Dies ist, wie wir bereits wiederholt gesehen haben, das Leitmotiv der Idee der direkten Demokratie: die Emanzipation der Gesellschaft.

Für die Epoche, die nach dem Absterben des politischen Räte-systems als der letzten Form eines politischen Staats überhaupt, d. h. nach der erreichten Überwindung eines wesentlichen Momentes des Phänomens der Verdinglichung, nämlich der menschlichen Selbstentfremdung, und mit der Vernichtung ihrer Wurzel, des Privateigentums, eintreten soll, drängen sich in der Theorie des Marxismus zwei Hauptaufgaben in den Vordergrund. Erstens soll in der direkten kommunistischen Demokratie auf der Basis des Gemeineigentums die freie und allseitige Entfaltung des Menschen und seiner Persönlichkeit systematisch gefördert und zweitens sollen zugleich auch noch die letzten Überbleibsel der Verdinglichung, der Selbstentfremdung des Menschen, endgültig überwunden werden.

Um sich allseitig entwickeln zu können, müsse dem Menschen in erster Linie die hiezu notwendige *Zeit* zur Verfügung stehen, was ohne weiteres durch eine Verkürzung der Arbeitszeit erzielt werden könne.

„Dies“, sagt Engels, „ist heute keine Phantasie, kein frommer Wunsch mehr. Bei der gegenwärtigen Entwicklung der produktiven Kräfte genügt schon diejenige Steigerung der Produktion, die mit der Tatsache der Vergesellschaftung der Produktivkräfte selbst gegeben ist, die Beseitigung der aus der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Hemmungen und Störungen, der Vergeudung von Produkten und Produktionsmitteln, um bei allgemeiner Teilnahme an der Arbeit die Arbeitszeit auf ein nach jetzigen Vorstellungen geringes Maß zu reduzieren.“¹¹

Es genüge aber nicht, allein die Arbeitszeit zu verkürzen, um dem Menschen die Möglichkeit seiner Emanzipation zum allseitig entfalteten Menschen zu gewähren. Dazu sei es auch unumgänglich notwendig, die letzten Spuren der im Kapitalismus üblichen Arbeitsteilung auszuwischen, das heißt die im Kapitalismus übliche *Spezialisierung* einzelner Teilfunktionen im Arbeitsprozeß zu überwinden, welche das Individuum während seiner Arbeitstätigkeit immer wieder dieselbe Teilfunktion auszuüben zwingt¹² und den Einzelnen dadurch nur einen ganz beschränkten Sektor des gesamten Arbeitsprozesses überblicken lasse. Denn gerade die im Kapitalismus so sehr ausgebildete und konsequent durchgeführte Spezialisierung, welche ihren Ursprung in der manufakturmäßigen Arbeitsteilung habe, soll (nach Marx) ein weiteres Element menschlicher Selbstentfremdung bilden, indem sie scheinbar den Einzelnen von der gesellschaftlichen Totalität loslöse, es ihm beinahe unmöglich mache zu erkennen, daß seine Funktion keine selbständige sei, sondern als Teilfunktion des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses nur wegen der beson-

¹¹ Ebenda

¹² Marx, „Kapital“ I, S. 353 ff.

deren und spezifisch kapitalistischen Arbeitsteilung, die zur Spezialisierung führe, ihm als relativ selbständiger, manchmal geradezu unabhängiger Prozeß erscheine. Nicht nur solle bei solcher Spezialisierung dem Einzelnen seine Abhängigkeit vom Kapital in steigendem Grade bewußt werden, es solle ihm gleichzeitig auch immer schwerer fallen, seine persönliche Entwicklung vielseitig zu gestalten.

Interessanterweise finden wir auch für diese den Humanismus Marx' und Engels' charakterisierende Ansicht wiederum einen Ansatzpunkt bei *Smith*, von dem uns eine Äußerung zu dieser Frage der Spezialisierung bekannt ist, an die auch in diesem Punkte die Theorie des Marxismus sehr nahe herankommt. Adam Smith sagt:

„Der Geist der großen Mehrzahl der Menschen entwickelt sich notwendig aus und an ihren Alltagsverrichtungen. Ein Mensch, der sein ganzes Leben in der Verrichtung weniger einfacher Operationen verausgabt ... hat keine Gelegenheit, seinen Verstand zu üben ... Er wird im allgemeinen so stupid und unwissend, wie es für eine menschliche Kreatur möglich ... Die Einförmigkeit seines stationären Lebens (nämlich des Teilarbeiters, L.T.) verdirbt natürlich auch den *Mut* seines Geistes ... sie zerstört selbst die Energie seines Körpers und verunfähigt ihn, seine Kraft schwunghaft und ausdauernd anzuwenden außer in der Detailbeschäftigung, wozu er herangezogen ist. Sein Geschick in seinem besondern Gewerke scheint so erworben auf Kosten seiner intellektuellen, sozialen und kriegerischen Tugenden, aber in jeder industriellen und zivilisierten Gesellschaft ist dies der Zustand, worin der arbeitende Arme (the labouring poor), d. h. die große Masse des Volkes *notwendig* verfallen muß.“¹³

In der Epoche der „Maschinerie und großen Industrie“, wie Marx die auf die Manufakturperiode folgende Phase des Kapitalismus bezeichnet, trete zu der Beschränkung der persönlichen Entwicklung zudem, wie bereits erwähnt wurde, ein wachsendes Abhängigkeitsgefühl des Arbeiters vom Kapital hinzu, und dieser leide in verschärftem Maße unter dem Phänomen der Verdinglichung. Denn, sagt Marx,

„obgleich nun die Maschinerie das alte System der Teilung der Arbeit technisch über den Haufen wirft, schleppt es sich zunächst als Tradition der Manufaktur gewohnheitsmäßig in der Fabrik fort, um dann *systematisch* vom Kapital als Exploitationsmittel der Arbeitskraft in noch ekelhafterer Form reproduziert und befestigt zu werden. Aus der lebenslangen Spezialität, ein Teilwerkzeug zu führen, wird die lebenslange Spezialität, einer Teilmaschine zu dienen. Die Maschinerie wird *mißbraucht*, um den Arbeiter selbst von Kindsbeinen in den Teil einer Teilmaschine zu verwandeln ... In der Manufaktur bilden die Arbeiter Glieder eines lebendigen Mechanismus. In der Fabrik existiert ein toter Mechanismus unabhängig von ihnen, und sie werden ihm als lebendige Anhängsel einverleibt ... Während die Maschinenarbeit das Nerven-

¹³ *Smith*, „Wealth of Nations“, Buch V, Kap. I, Art. II, Bd. IV, S. 140/41.

system aufs äußerste angreift, unterdrückt sie das vielseitige Spiel der Muskeln und konfisziert alle freie körperliche und geistige Tätigkeit. Selbst die Erleichterung der Arbeit wird zum Mittel der Tortur, indem die Maschine nicht den Arbeiter von der Arbeit befreit, sondern seine Arbeit vom Inhalt. Aller kapitalistischen Produktion, soweit sie nicht nur *Arbeitsprozeß*, sondern zugleich *Verwertungsprozeß* des Kapitals, ist es gemeinsam, daß nicht der Arbeiter die Arbeitsbedingung, sondern umgekehrt die Arbeitsbedingung den Arbeiter anwendet, aber erst mit der Maschinerie erhält diese Verkehrung *technisch handgreifliche* Wirklichkeit. Durch seine Verwandlung in einen Automaten tritt das Arbeitsmittel während des Arbeitsprozesses selbst dem Arbeiter *als Kapital* gegenüber, als tote Arbeit, welche die lebendige Arbeitskraft beherrscht und aussaugt. Die Scheidung der *geistigen Potenzen* des Produktionsprozesses von der Handarbeit und die Verwandlung derselben in *Mächte des Kapitals über die Arbeit* vollendet sich, wie bereits früher angedeutet, in der auf Grundlage der Maschinerie aufgebauten großen Industrie.“¹⁴

In der neuen gesellschaftlichen Organisationsform der kommunistischen direkten Demokratie könne nun sowohl die Spezialisierung als Moment der menschlichen Selbstentfremdung, als auch die Abhängigkeit des Individuums vom Kapital und der dadurch hervorgerufene Mangel an geistiger, in gewissen Fällen auch an körperlicher Entwicklungsmöglichkeit überwunden werden. Denn mit dem in der großen Industrie angewandten Maschinenbetrieb solle es einerseits möglich sein, die Arbeitszeit erheblich zu verkürzen – daß dies im Kapitalismus nicht in genügendem Maße erfolgen könne, liege nicht im Wesen der Maschinerie, sondern einzig in ihrer kapitalistischen Anwendungsweise –; andererseits solle die Aufhebung auch der letzten Reste der ehemaligen Arbeitsteilung zu einer Bedingung der Produktion selbst geworden sein:

„Der Maschinenbetrieb hebt die Notwendigkeit auf, die Verteilung der Arbeitergruppen an die verschiedenen Maschinen manufakturmäßig zu befestigen durch fortwährende Aneignung derselben Arbeiter an dieselbe Funktion. Da die Gesamtbewegung der Fabrik nicht vom Arbeiter ausgeht, sondern von der Maschine, kann fortwährender Personenwechsel stattfinden, ohne Unterbrechung des Arbeitsprozesses ... Die Geschwindigkeit endlich, womit die Arbeit an der Maschine im jugendlichen Alter erlernt wird, beseitigt ebenso die Notwendigkeit, eine besondere Klasse Arbeiter ausschließlich zu Maschinenarbeitern heranzuziehen.“¹⁵

Die Aufhebung der im Kapitalismus üblichen Spezialisierung, durch welche das Individuum unter Umständen zeitlebens ein und dieselbe Teilfunktion auszuüben hat, gehe also mit Notwendigkeit und direkt aus der Entwicklung der großen Industrie hervor, die es ermöglicht habe, den dinglichen Schleier zu zerreißen,

¹⁴ Marx, „Kapital“ I, S. 443/44.

¹⁵ Ebenda, S. 442.

„der den Menschen ihren eigenen gesellschaftlichen Produktionsprozeß versteckte und die verschiedenen naturwüchsig besonderen Produktionszweige gegen einander und sogar dem in jedem Zweig Eingeweihten zu Rätseln machte ...

Die moderne Industrie betrachtet und behandelt die vorhandene Form eines Produktionsprozesses nie als definitiv. Ihre technische Basis ist daher revolutionär, während die aller früheren Produktionsweisen wesentlich konservativ war. Durch Maschinerie, chemische Prozesse und andre Methoden wälzt sie beständig mit der technischen Grundlage der Produktion die Funktionen der Arbeiter und die gesellschaftlichen Kombinationen des Arbeitsprozesses um. Sie revolutioniert damit ebenso beständig die Teilung der Arbeit im Innern der Gesellschaft und schleudert unaufhörlich Kapitalmassen und Arbeitermassen aus einem Produktionszweig in den andren. Die Natur der großen Industrie bedingt daher *Wechsel der Arbeit*, Fluß der Funktion, allseitige Beweglichkeit des Arbeiters. Andererseits reproduziert sie *in ihrer kapitalistischen Form* die alte Teilung der Arbeit mit ihren knöchernen Partikularitäten. Man hat gesehen, wie *dieser absolute Widerspruch* alle Ruhe, Festigkeit, Sicherheit der Lebenslage des Arbeiters aufhebt, ihm mit dem Arbeitsmittel beständig das Lebensmittel aus der Hand zu schlagen und mit seiner Teilfunktion ihn selbst überflüssig zu machen droht; wie dieser Widerspruch im ununterbrochnen Opferfest der Arbeiterklasse, maßlosester Vergeudung der Arbeitskräfte und den Verheerungen gesellschaftlicher Anarchie sich austobt. Dies ist die negative Seite. Wenn aber der Wechsel der Arbeit sich jetzt nur als überwältigendes Naturgesetz und mit der blind zerstörenden Wirkung eines Naturgesetzes durchsetzt, das überall auf Hindernisse stößt, macht die große Industrie durch ihre Katastrophen selbst es zur Frage von Leben oder Tod, den Wechsel der Arbeiten und daher möglichste Vielseitigkeit der Arbeiter als allgemeines gesellschaftliches Produktionsgesetz anzuerkennen und seiner normalen Verwirklichung die Verhältnisse anzupassen. Sie macht es zu einer Frage von Leben oder Tod, die Ungeheuerlichkeit einer elenden, für das wechselnde Exploitationsbedürfnis des Kapitals in Reserve gehaltenen, disponiblen Arbeiterbevölkerung zu ersetzen durch die absolute Disponibilität des Menschen für wechselnde Arbeitserfordernisse; das Teilindividuum, den bloßen Träger einer gesellschaftlichen Detailfunktion, durch das total entwickelte Individuum, für welches verschiedene gesellschaftliche Funktionen einander ablösende Betätigungsweisen sind.“¹⁶

Dies soll also nicht mehr nur eine realisierbare *Möglichkeit*, sondern geradezu eine *Notwendigkeit* geworden sein, die aus der Entwicklung der Produktivität der Arbeit durch die Methoden der modernen Industrie und der Produktion hervorgehe. Daß die Emanzipation des Menschen in früheren Epochen und zu Beginn der kapitalistischen Aera noch nicht möglich gewesen sei, daß ein System sozialer Kasten, Stände und Klassen bestanden habe und jeder Versuch, den Menschen aus seinen sozialen Fesseln und Vorurteilen, aus seinem Abhängigkeitsverhältnis von den

¹⁶ Marx, „Kapital“ I, S. 511 ff.

Naturkräften, von seinen materiellen Existenzbedürfnissen und letzten Endes sogar noch vom Einfluß und den scheinbaren Wirkungen des Kapitals zu befreien, zum Scheitern verurteilt gewesen sei, liege einzig daran, daß bis zum Aufkommen der großen Industrie die Produktivität der Arbeit noch nicht den Grad erreicht habe, der die Grundvoraussetzung für die Realisierung der menschlichen Emanzipation von jeglicher Unterdrückung, ob sozialer, politischer oder materieller Art im weitesten Sinne, bilde.¹⁷ Im Kapitalismus soll nun dieser notwendige Stand der Produktivität erreicht worden sein. So sagt denn Marx auch:

„Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossālere Produktionskräfte geschaffen als alle vergangenen Generationen zusammen. Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, Dampfschiffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegraphen, Urbarmachung ganzer Weltteile, Schiffbarmachung der Flüsse, ganze aus dem Boden hervorgestampfte Bevölkerungen – welches frühere Jahrhundert ahnte, daß solche Produktionskräfte im Schoße der gesellschaftlichen Arbeit schlummerten?“¹⁸

Doch Marx und Engels sind der Meinung, diese gewaltigen Produktivkräfte seien bereits über den vom Kapitalismus gesteckten Rahmen hinausgewachsen und würden zu ihrer im Interesse der Gesellschaft und des Individuums liegenden sinnreichen Verwendung einen freien und hochentwickelten Menschen verlangen, der sich nicht mehr durch sie beherrschen lasse, sondern ihre Entwicklung seinem Willen und Wunsche entsprechend *fördere* oder *einschränke*. Somit soll eine beliebige Steigerung der Produktivität in einer direkten kommunistischen Demokratie nur so weit einen Wert haben, als sie der notwendigen menschlichen Emanzipation dienen kann. Erneut stoßen wir hier auf die für Marx und Engels typische Auffassung, wonach die Produktivität untergeord-

¹⁷ „Diese ‚Entfremdung‘, um den Philosophen verständlich zu bleiben, kann natürlich nur unter zwei praktischen Voraussetzungen aufgehoben werden. Damit sie eine ‚unerträgliche Macht‘ werde, d.h. eine Macht, gegen die man revolutioniert, dazu gehört, daß sie die Masse der Menschheit als durchaus ‚eigentumslos‘ erzeugt hat und zugleich im Widerspruch zu einer vorhandenen Welt des Reichtums und der Bildung, – was beides eine große Steigerung der Produktivkraft, einen hohen Grad ihrer Entwicklung voraussetzt –, und andererseits ist diese Entwicklung der Produktivkräfte (womit zugleich schon die in weltgeschichtlichem, statt der in lokalem Dasein der Menschen vorhandene empirische Existenz gegeben ist) auch deswegen eine absolut notwendige praktische Voraussetzung, weil ohne sie nur der Mangel verallgemeinert, also mit der Notdurft auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte, weil ferner nur mit dieser universellen Entwicklung der Produktivkräfte ein universeller Verkehr der Menschen gesetzt ist, daher einerseits das Phänomen der ‚eigentumslosen‘ Masse in allen Völkern gleichzeitig erzeugt (allgemeine Konkurrenz), jedes derselben von den Umwälzungen der andern abhängig macht, und endlich weltgeschichtliche, empirisch universelle Individuen an die Stelle der lokalen gesetzt hat. Ohne dies könnte 1. der Kommunismus nur als eine Lokalität existieren, 2. die Mächte des Verkehrs selbst hätten sich als univervelle, darum unerträgliche Mächte, nicht entwickeln können, sie wären heimlich abergläubige ‚Umstände‘ geblieben, und 3. würde jede Erweiterung des Verkehrs den lokalen Kommunismus aufheben. Der Kommunismus ist empirisch nur als die Tat der herrschenden Völker auf ‚einmal‘ oder gleichzeitig möglich, was die universelle Entwicklung der Produktivkraft und den mit ihm zusammenhängenden Weltverkehr voraussetzt.“ (Marx, MEGA I/5, S. 24.)

¹⁸ „Manifest der Kommunistischen Partei“, MEGA I/6, S. 530.

netes Dienstmittel für den Menschen bleiben müsse und diesen nicht beherrschen dürfe. Nun sei aber gerade im Kapitalismus, kraft seines spezifischen und immanenten Automatismus, der die einzelnen Privatwirtschaften und -Unternehmen unter dem Druck der Konkurrenz immer wieder zwingt, eine Produktivitätssteigerung zu erreichen, selbst dort, wo dies für den Menschen und die ganze Gesellschaft eine unermeßliche Gefahr bedeute, eine auf gewissen Gebieten im Interesse der Gesellschaft und des Individuums liegende *Einschränkung des Fortschritts*, oder zumindest eine beschränkte Verwendung gewisser Kräfte nur zum Nutzen der Gesamtheit, noch nicht möglich.^{18a} Mit der großen Industrie ist nach Marx also nicht nur der zur allseitigen Emanzipation des Menschen notwendige Produktivitätsgrad erreicht worden, sondern dieser Grad soll schon so hoch sein, daß die Emanzipation zu „einer Frage von Leben und Tod“ geworden sei. Dies ist für Marx und Engels der Grund, warum ihr in einer direkten kommunistischen Demokratie ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden müsse. Daher solle in einer direkten Demokratie eine organisatorische Grundlage geschaffen werden, auf der diese angestrebte allseitige Entwicklung des Individuums und der Gesellschaft frei und ungehindert vor sich gehen kann. Wie wir bereits wissen, hat im Rahmen der Theorie des Marxismus das Räte-System als organisatorisches Mittel einen entscheidenden Einfluß auf diese Entwicklung auszuüben, indem in ihm durch die Heranziehung aller Gesellschaftsglieder und deren umschichtige Beteiligung an den öffentlichen Geschäften das Individuum dazu angehalten werde, abwechselungsweise die verschiedensten Funktionen und Arbeiten in der gemeinschaftlichen Leitung und Verwaltung des Produktionsprozesses auszuführen, und dadurch der gesellschaftliche Organisations- und Produktionsprozeß für jeden Einzelnen absolut durchsichtig gestaltet werde. Andererseits setze aber gerade auch das Räte-System, bzw. dessen reibungsloses Funktionieren, absolute Disponibilität des Menschen für wechselnde Arbeitsverfordernisse voraus, was gleichfalls eine vermehrte Förderung menschlicher Vielseitigkeit verlange.

Da sich auch in einer direkten kommunistischen Demokratie der Geist der Menschen notwendig am meisten aus und an ihren Alltagsverrichtungen entwickeln würde, finden wir in der marxistischen Theorie den Versuch eines Nachweises von Methoden, durch deren Anwendung die täglichen Verrichtungen möglichst vielseitig gestaltet werden könnten. In erster Linie laufen diese darauf hinaus, dem Individuum die Möglichkeit zu bieten, aus der im Kapitalismus nach Marx weitgehend überspitzten Spezialisierung herauszutreten. Erstens also dadurch, daß der Einzelne ähnlich wie im öffentlichen Verwaltungsprozeß auch im Produktionsprozeß, seinen geistigen und körperlichen Fähigkeiten entsprechend, abwechselungsweise zu den verschiedensten Arbeitsleistungen

^{18a} Vgl. dazu *Luxemburg, R.*, „Sozialreform oder Revolution?“ S. 5–12.

herangezogen wird. Zweitens soll durch Schaffung eines weitgreifenden und umfassenden Bildungs- und Ausbildungssystems jedem Menschen ermöglicht werden, sich ohne jeglichen Zwang, entsprechend den eigenen Fähigkeiten und Anlagen, die zu verschiedenartigen Arbeitsbetätigungen notwendigen theoretischen und praktischen Kenntnisse anzueignen.

In diesem Zusammenhang finden wir auch die Aufmerksamkeit Marx' auf das Problem der Förderung der allseitigen Entwicklung der Kinder und Jugendlichen gerichtet, deren Erziehung sich gleichfalls ganz nach dem Grundsatz der Vielseitigkeit ausrichten soll. Hinweise in dieser Richtung finden sich bereits bei den Utopisten, die sich in ähnlicher Weise stark mit diesem Problem beschäftigten. Obschon Marx hier teilweise direkt an seine Vorgänger anknüpft, unterscheidet er sich in diesem Punkt wiederum dadurch wesentlich von jenen, daß er die Emanzipation als solche und sodann deren Methoden als mit Notwendigkeit aus der ökonomischen Entwicklung hervorgehend darzustellen sucht.

Ein der Marxschen Auffassung und den früheren Theorien eigenes Merkmal ist die Tendenz, schon bei Jugendlichen produktive Arbeit mit theoretischer Ausbildung und zugleich mit Sport zu verbinden, um solchermaßen das Heranwachsen voll entwickelter und vielseitiger Menschen zu erreichen.

„Aus dem *Fabriksystem*, wie man im Detail bei Robert Owen verfolgen kann“, sagt Marx, „entsproß der Keim der *Erziehung der Zukunft*, welche für *alle* Kinder über einem gewissen Alter *produktive Arbeit* mit *Unterricht und Gymnastik* verbinden wird, nicht nur als eine Methode zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktion, sondern als die einzige Methode zur Produktion voll entwickelter Menschen“.¹⁹

Auf der Grundlage der modernen Industrie, die einen beständigen Wechsel der Arbeit, Fluß der Funktion und allseitige Beweglichkeit des Arbeiters bedinge, müsse daher das Individuum schon in frühen Jahren eine vielseitige Ausbildung erhalten. Infolgedessen seien

„naturwüchsig entwickeltes Moment dieses Umwälzungsprozesses polytechnische und agronomische Schulen, ein andres ... die *écoles d'enseignement professionnel*“, worin die Kinder der Arbeiter einigen Unterricht in der Technologie und praktischen Handhabung der verschiedenen Produktionsinstrumente erhalten. Wenn die Fabrikgesetzgebung als erste, dem Kapital notdürftig abgerungene Konzession nur Elementarunterricht mit fabrikmäßiger Arbeit verbindet, unterliegt es keinem Zweifel, daß die unvermeidliche Eroberung der politischen Gewalt durch die Arbeiterklasse auch dem technologischen Unterricht, theoretisch und praktisch, seinen Platz in den Arbeiterschulen erobern wird. Es unterliegt ebensowenig einem Zweifel, daß die *kapitalistische* Form der Produktion und die ihr entsprechenden ökonomischen Arbeitsverhält-

¹⁹ Marx, „Kapital“ I, S. 509

nisse im diametralsten Widerspruch stehn mit solchen Umwälzungsfermenten und ihrem Ziel, *der Aufhebung der alten Teilung der Arbeit*. Die Entwicklung der Widersprüche einer geschichtlichen Produktionsform ist jedoch der einzig geschichtliche Weg ihrer Auflösung und Neugestaltung. „Ne sutor ultra crepidam!“ (Schuster bleib bei deinen Leisten), dieses Nec plus ultra (dieser höchste Gipfel) handwerkmäßiger Weisheit wurde zur furchtbaren Narrheit von dem Moment, wo der Uhrmacher Watt die Dampfmaschine, der Barbier Arkwright den Kettenstuhl, der Juwelierarbeiter Fulton das Dampfschiff erfunden hatte.“²⁰

*

Im Zuge der Aufhebung der kapitalistischen Arbeitsteilung soll es in der direkten Demokratie, deren kommunistische Gesellschaft ihre Produktivkräfte nach einem einzigen großen Plan harmonisch ineinandergreifen lassen werde, endlich möglich werden, den durch die kapitalistische Arbeitsteilung hervorgerufenen und folgeschweren *Gegensatz von Stadt und Land endgültig aufzuheben*.²¹ Die Trennung von Stadt und Land, dieser Gegensatz sei vollendet worden durch die kapitalistische Produktionsweise, durch die kapitalistische Anwendung der modernen Industrie, die hierdurch vorwiegend in den Städten konzentriert worden sei und Fabrikdörfer in Fabrikstädte umgewandelt habe.

„Die Zerreißung des ursprünglichen Familienbandes von Agrikultur und Manufaktur, welches die kindlich unentwickelte Gestalt beider umschlang, wird durch die kapitalistische Produktionsweise vollendet. Sie schafft aber zugleich die materiellen Voraussetzungen einer neuen, höheren Synthese, des Vereins von Agrikultur und Industrie, auf Grundlage ihrer gegensätzlich ausgearbeiteten Gestalten. Mit dem stets wachsenden Übergewicht der städtischen Bevölkerung, die sie in großen Zentren zusammenhäuft, häuft die kapitalistische Produktion einerseits die geschichtliche Bewegungskraft der Gesellschaft, stört sie andererseits den Stoffwechsel zwischen Mensch und Erde, d. h. die Rückkehr der vom Menschen in der Form von Nahrungs- und Kleidungsmitteln vernutzten Bodenbestandteile zum Boden, also die ewige Naturbedingung dauernder Bodenfruchtbarkeit. Sie zerstört damit zugleich die physische Gesundheit der Stadtarbeiter und das geistige Leben der Landarbeiter. Aber sie zwingt zugleich, durch die Zerstörung der bloß naturwüchsig entstandenen Umstände jenes Stoffwechsels, ihn systematisch als regelndes Gesetz der gesellschaftlichen Produktion und in einer der vollen menschlichen Entwicklung adäquaten Form herzustellen. In der Agrikultur wie in der Manufaktur erscheint die kapitalistische Umwandlung des Produktionsprozesses zugleich als Martyrologie der Produzenten, das Arbeitsmittel als Unterjochungsmittel, Exploitationsmittel und Verarmungsmittel des Arbeiters, die *gesellschaftliche* Kombination der Arbeitsprozesse als organisierte Unterdrückung seiner *individuellen*

²⁰ Marx, „Kapital“ I, S. 513/14.

²¹ „Die Grundlage aller entwickelten und durch Warenaustausch vermittelten Teilung der Arbeit ist *die Scheidung von Stadt und Land*. Man kann sagen, daß die ganze ökonomische Geschichte der Gesellschaft sich in der Bewegung dieses Gegensatzes resümiert“. (Marx, „Kapital“ I, S. 369.)

Lebendigkeit, Freiheit und Selbständigkeit. Die Zerstreuung der Landarbeiter über größere Flächen bricht zugleich ihre Widerstandskraft, während Konzentration die der städtischen Arbeiter steigert. Wie in der städtischen Industrie wird in der modernen Agrikultur die gesteigerte Produktivkraft und größere Flüssigmachung der Arbeit erkaufte durch Verwüstung und Versiechung der Arbeitskraft selbst. Und jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebene Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit. Je mehr ein Land, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika z. B., von der großen Industrie als dem Hintergrund seiner Entwicklung ausgeht, desto rascher dieser Zerstörungsprozeß. Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: *die Erde und den Arbeiter.*“²²

In der Theorie des Marxismus wird die Aufhebung des Gegensatzes von Stadt und Land, als ein Moment der kapitalistischen Arbeitsteilung, nicht nur für möglich gehalten, sondern ebenfalls als eine direkte Notwendigkeit der industriellen Produktion selbst empfunden, und zwar um so mehr, als sie zugleich eine Notwendigkeit der landwirtschaftlichen Produktion und nicht zuletzt auch der öffentlichen Gesundheitspflege geworden sei. Denn durch die Ansammlung, durch die Zusammenhäufung von Menschen in den Städten, werde die „ewige Naturbedingung dauernder Bodenfruchtbarkeit“, der Stoffwechsel zwischen Mensch und Erde gestört. Einerseits sollen danach also dem Boden Kräfte entzogen werden, die als Nahrungs- und Lebensmittel schlechthin in die Stadt abwandern, ohne daß diese in verwandelter Form der Erde in vollem Umfang wiederum zugeführt werden können, wodurch deren Fruchtbarkeit untergraben werde. Andererseits sollen die vom Menschen in der Form von Nahrungs- und Kleidungsmitteln vernutzten Bodenbestandteile in der Stadt, selbst wenn sie im Feuer oder Wasser vernichtet werden, zu einem die öffentliche Gesundheit gefährdenden Element werden können, da durch sie Luft und Wasser und in deren Folge wiederum der Boden verseucht und vergiftet werden könne.

„Nur durch Verschmelzung von Stadt und Land kann die heutige Luft-, Wasser- und Bodenvergiftung beseitigt, nur durch sie können die jetzt in den Städten hinsiechenden Massen dahin gebracht werden, daß ihr Dünger zur Erzeugung von Pflanzen verwandt wird, statt zur Erzeugung von Krankheiten.“²³

Das heißt, mit der Aufhebung der Scheidung von Stadt und Land, nämlich in der direkten Demokratie, soll es möglich werden, der Zerstö-

²² Marx, „Kapital“ I, S. 530 ff.

²³ Engels, „Anti-Dühring“, S. 347,

rung der naturwüchsig entstandenen Umstände des Stoffwechsels zwischen Mensch und Erde ein Ende zu setzen und diesen systematisch „als regelndes Gesetz der gesellschaftlichen Produktion und in einer der vollen menschlichen Entwicklung adäquaten Form herzustellen“ und damit gleichzeitig die physische Gesundheit des Stadtarbeiters zu sichern und den Landarbeiter aus seiner geistigen Isolierung herauszuziehen. Wenn sich die moderne Industrie schon im Kapitalismus weitgehend von den lokalen Schranken der Produktionsstätten ihrer Rohstoffe („Standort“) unabhängig machen konnte, so könne die von den Schranken der kapitalistischen Produktionsweise befreite Gesellschaft noch viel weiter gehen und die Industrie möglichst gleichmäßig über das ganze Land verteilen.²⁴ Durch die Aufteilung der Stadt in kleine Landeinheiten werde es auch möglich, den Arbeitsprozeß der landwirtschaftlichen mit dem der industriellen Produktion zu vereinigen. Die Scheidung der Bevölkerung in Industrie- und Landarbeiter werde aufhören zu existieren, da im Sinne der vielscitigen Arbeitsbetätigung jeder Einzelne abwechselungsweise in der Industrie als auch in der Landwirtschaft arbeiten werde.²⁵ Dadurch soll der Arbeitsprozeß rationell an die wechselnden Umstände des Produktionsprozesses selbst angepaßt werden können, was insbesondere der landwirtschaftlichen Produktion mit ihren saisonbedingten Schwankungen zugutekommen werde. In Erntezeiten sollen z. B. auf diese Weise genügend Arbeitskräfte zur Verfügung der Landwirtschaft gestellt werden können, um eine rasche Einbringung der Ernte zu garantieren, wodurch diese wiederum in vermehrtem Maße vor schädlichen klimatischen Einwirkungen geschützt und zur richtigen Reifezeit abgenommen werden könne. Überdies soll durch die Verfügbarkeit vermehrter Arbeitskräfte für die Landwirtschaft der sonst in Erntezeiten üblichen Überarbeitung und Übermüdung der Landarbeiter ein Ende gesetzt und die tägliche Arbeitszeit in der Agrikultur in Verbindung mit der weitestgehenden Einführung des maschinellen Betriebs, gleich wie dies in der Industrie möglich sei, erheblich verkürzt werden können, was im Hinblick auf eine umschichtige Betätigung der Bevölkerung in Industrie und Landwirtschaft zur unumgänglichen Notwendigkeit in beiden Produktionszweigen werde. Es gehe schon aus der Natur des Gemeineigentums hervor, daß diese *neue Arbeitsteilung* in der industriellen wie in der landwirtschaftlichen Produktion den Großbetrieb bedinge, welcher allein dem Entwicklungsgrad der modernen Technik voll entspreche und eine möglichst rationelle Produktion gestatte.²⁶ Erst auf der Basis des landwirtschaftlichen Großbetriebs und der Verschmelzung von Stadt und Land, bzw. von Industrie und Agrikultur, werde es möglich, die Landwirtschaft aus ihrer bisherigen im Verhältnis zur modernen Industrie relativ großen Rückständigkeit zu befreien und sie mittels des maschinellen

²⁴ Ebenda, S. 345 ff.

²⁵ Bucharin, N., „Das ABC des Kommunismus“, S. 309, 311, 321.

²⁶ Vgl. dazu ebenda, S. 302 ff.

Großbetriebs auf gleiche Stufe mit der Industrie zu stellen. Die neue Arbeitsteilung, die jegliche Spezialisierung aufhebe und den Menschen zur Vielseitigkeit entwickle, ermögliche es zudem, überall die kompliziertesten Maschinen einzuführen, ohne daß zu ihrer Bedienung und Instandhaltung hochspezialisierte Arbeitskräfte mitbezogen werden müssen, da durch die umschichtige Betätigung Aller in den verschiedenartigsten Industrie- und landwirtschaftlichen Produktionszweigen jedermann über genügend Kenntnisse verfüge, um notwendige Reparaturen in Verbindung mit Mitarbeitern auszuführen. Mit der Aufhebung des Gegensatzes von Stadt und Land soll die von den einschränkenden Wirkungen kapitalistischer Produktion befreite klassenlose Gesellschaft in der direkten kommunistischen Demokratie nicht nur den naturwüchsigen und normalen die Bodenfruchtbarkeit erhaltenden Stoffwechsel zwischen Mensch und Erde wiederherstellen, sondern,

„indem sie (die klassenlose Gesellschaft, L.T.) ein Geschlecht von allseitig ausgebildeten Produzenten erzeugt, die die wissenschaftlichen Grundlagen der gesamten industriellen Produktion verstehen, und von denen jeder eine ganze Reihe von Produktionszweigen von Anfang bis zu Ende praktisch durchgemacht, schafft sie eine neue Produktivkraft, die die Transportarbeit der aus größerer Entfernung bezogenen Roh- oder Brennstoffe überreichlich aufwiegt“. ²⁷

Überdies soll durch die Vereinigung von Industrie und Landwirtschaft auch der *Landflucht*, welche der Landwirtschaft oft die besten Kräfte entziehe, ein *Ende gesetzt werden*.²⁸

*

Damit werde zugleich das Problem der *Wohnungsfrage*, welches im Kapitalismus gerade der durch die Lostrennung der Industrie von der Agrikultur hervorgerufenen Landflucht wegen solch akute Formen angenommen habe, seine endgültige Lösung finden können. Der nach der Machteroberung des Proletariats eingeschlagene Weg der Requirierung großer, teilweise beinahe leerstehender Villen der Bourgeoisie zur Unterbringung von Arbeiterfamilien könne niemals als eine endgültige, sondern immer nur als Übergangslösung betrachtet werden.²⁹ Erst in der direkten Demokratie soll es durch Verschmelzen von Industrie und Agrikultur möglich werden, dem Wohnproblem im Sinne des voll entwickelten Menschen seine Lösung zu geben, indem in ihr erst ein Erstellen von Häusern nicht mehr nach kostenmäßig bedingten Gesichtspunkten, sondern einzig und allein aus dem Gesichtswinkel der öffentlichen Gesundheit und des gesellschaftlichen Wohlergehens heraus möglich werde. Die Form, in der die nach diesen Gesichtspunkten zu erbauenden Wohn-

²⁷ Engels, „Anti-Dühring“, S. 347.

²⁸ Bucharin, „Das ABC des Kommunismus“, S. 321.

²⁹ Engels, „Zur Wohnungsfrage“, S. 55/56, 89, 172.

häuser in Verbindung mit dem industriellen Neuaufbau erstellt werden sollen, werde wiederum wechseln mit der besonderen Art des gesellschaftlichen Produktionsorganismus selbst und der entsprechenden geschichtlichen Entwicklungshöhe der Produzenten.³⁰ Sie werde sich überdies auch noch nach den wechselnden geographischen und klimatischen Verhältnissen richten müssen, wobei ihr aber immer das individuelle Wohl als Bedingung des gesellschaftlichen Wohlergehens als Richtlinie zugrundeliegen solle. Welches aber immer diese Form, ob kleinere, nur wenig Menschen fassende, in erforderlichem Abstand voneinander stehende Wohnbauten, oder aber große, einer bedeutenden Anzahl Einwohner Wohngelegenheit bietende Hochhäuser, so werde, ganz unabhängig von dieser Form, das einzelne Wohnhaus niemals in den Privatbesitz seiner oder gar eines Bewohners übergehen, sondern unter allen Umständen mit der Gesamtheit aller Wohn- und Industriegebäude im Sinne des Gemeineigentums in gesellschaftlichem Besitze bleiben.³¹

*

Als letzten Problemkreis, dessen Behandlung zu einer geschlossenen Darstellung der Idee der direkten Demokratie im Marxismus noch notwendig ist, wollen wir die theoretische Stellungnahme des Marxismus zur Frage der *Familie* anführen.

Mit der Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse soll in einer direkten Demokratie auch dasjenige der Familie auf der neuen ökonomischen Grundlage des Gemeineigentums im Rahmen der allseitigen menschlichen Emanzipation in eine höhere Form des Verhältnisses beider Geschlechter übergehen. Auch die Umwandlung der Familienform, insbesondere der Verhältnisse in der Stellung der Frau, werde bereits weitgehend durch die höchsten Formen des modernen Kapitalismus vorbereitet, erscheine somit ebensosehr wie alle übrigen Momente der gesellschaftlichen Umwandlung als notwendiges Produkt des materiellen Entwicklungsprozesses. Denn auch hier wiederum schaffe

„die große Industrie mit der entscheidenden Rolle, die sie den Weibern, jungen Personen und Kindern beiderlei Geschlechts in gesellschaftlich organisierten Produktionsprozessen jenseits der Sphäre des Hauswesens zuweist, die neue ökonomische Grundlage für eine höhere Form der Familie und des Verhältnisses beider Geschlechter. Es ist natürlich ebenso albern, die christlich-germanische Form der Familie für absolut zu halten wie die altrömische Form, oder die altgriechische, oder die orientalische, die übrigens untereinander eine geschichtliche Entwicklungsreihe bilden. Ebenso leuchtet ein, daß die Zusammensetzung des kombinierten Arbeitspersonals aus Individuen beiderlei Geschlechts und der verschiedensten Altersstufen, obgleich in ihrer naturwüchsig brutalen, kapitalistischen Form, wo der Arbeiter für den Produktionsprozeß, nicht der Produktionsprozeß für den Arbeiter da ist, Pestquelle

³⁰ Bucharin, „Das ABC des Kommunismus“, S. 354.

³¹ Engels, „Zur Wohnungsfrage“, S. 88 ff.

des Verderbs und der Sklaverei, unter entsprechenden Verhältnissen umgekehrt zur Quelle humaner Entwicklung umschlagen muß.“³²

Solch entsprechende Verhältnisse sollen nun in der direkten Demokratie, wo auf der Grundlage der ihr eigentümlichen kommunistischen Eigentumsordnung nicht mehr der Arbeiter für den Produktionsprozeß, sondern dieser jetzt für den Arbeiter da sei und unter dessen bewußter Leitung stehe, vorhanden sein. Auf der neuen ökonomischen Grundlage könne die Zusammensetzung des kombinierten Arbeitspersonals aus Individuen beiderlei Geschlechts gerade auch durch die umschichtige Beteiligung Aller am Produktionsprozeß zu einer Quelle humaner Entwicklung werden und ungehindert zu einer höheren Form der Familie und des Verhältnisses beider Geschlechter führen, in welchem „die Stellung der Weiber als bloßer Produktionsinstrumente“³³ aufgehoben sei und die Frauen wirklich in jeglicher Hinsicht dem Manne gleichgestellt sein werden. Weil der Beseitigung der kapitalistischen Produktion und der durch sie geschaffenen Eigentumsverhältnisse mit der wirtschaftlichen Gleichstellung der Frau im materiellen Produktionsprozeß auch deren gesellschaftliche Gleichstellung folgen soll, werde ihre Stellung im öffentlichen Leben infolgedessen aus der Familie in die Gesellschaft reintegriert und sollen somit auf der Grundlage des Gemeineigentums alle die ökonomischen Nebenrücksichten, die im Kapitalismus noch einen so mächtigen Einfluß ausgeübt hätten, fortfallen. Dann bleibe im Verhältnis beider Geschlechter „eben kein andres Motiv mehr als die gegenseitige Zuneigung“.³⁴

Dadurch, daß das Individuum durch die Aufhebung der beruflichen Spezialisierung und insbesondere der Scheidung von Industrie und Agrikultur, kurz infolge der neuen Arbeitsteilung im Sinne der allseitigen Entfaltung der Persönlichkeit und der Natur der großen Industrie entsprechend, welche Wechsel der Arbeit und Fluß der Funktion bedinge, im Produktionsprozeß abwechslungsweise in gewissen Zeiträumen verschiedenen Arbeitsbetätigungen nachgehen werde, sei ihm weit eher als im Kapitalismus, wo ihn die dort spezifische Arbeitsteilung mit der überentwickelten Berufsspezialisierung für Jahre, Jahrzehnte oder gar sein ganzes Leben lang an eine Produktionsstätte und eine bestimmte Örtlichkeit gefesselt habe, die Möglichkeit geboten, den richtigen Partner andern Geschlechts zu finden. Diese Möglichkeit soll nicht nur dadurch erheblich vergrößert werden, daß das Individuum im gesellschaftlichen Produktionsprozeß infolge des Wechsels der Arbeit verschiedene Arbeitsfelder vorfinde und auf diese Weise mit einer Großzahl von Menschen in Berührung komme, sondern auch infolge seiner Beteiligung am gesellschaftlichen Verwaltungsprozeß, seiner realen Anteilnahme an der bewußten gemeinschaftlichen Leitung des materiellen Lebensprozesses im

³² Marx, „Kapital“ I, S. 515.

³³ „Manifest der Kommunistischen Partei“, MEGA I/6, 542.

³⁴ Engels, „Der Ursprung der Familie...“, S. 71.

wirtschaftlichen Rätssystem, wo es ebenfalls abwechselungsweise verschiedene Funktionen im Dienste und Interesse der Gesellschaft ausübe, immer wieder mit andern Menschen zusammenarbeite und zusammenkomme und so deren charakterliche und geistige Fähigkeiten, vom äußern Aussehen ganz zu schweigen, kennenlernen könne. Da die wirtschaftlichen Rücksichten nun in Wegfall kämen und auch die Erziehung der Kinder allerdings nur was die Beschaffung der Mittel für deren Ausbildung, Gesundheitspflege, Ernährung, Bekleidung und Wohnen betrifft, aus einer Funktion der Familie zu einer gesellschaftlichen, bzw. aus der Familie in die Tätigkeit der Gesellschaft reintegriert werde, stehe der Möglichkeit, daß sich zwei Individuen in voller Freiheit und einzig in Ergänzung ihrer psychischen, geistigen, charakterlichen und physischen Anlagen verehelichen, nichts mehr im Wege. Und

„da nun die Geschlechtsliebe ihrer Natur nach ausschließlich ist – obwohl sich diese Ausschließlichkeit heutzutage nur in der Frau durchweg verwirklicht – so ist die auf Geschlechtsliebe begründete Ehe ihrer Natur nach Einzelehe ... Fallen nun noch die ökonomischen Rücksichten weg, in Folge deren die Frauen sich diese gewohnheitsmäßige Untreue der Männer gefallen ließen – die Sorge um ihre eigene Existenz und noch mehr die um die Zukunft der Kinder – so wird die damit erreichte Gleichstellung der Frau aller bisherigen Erfahrung nach in unendlich stärkerem Maße dahin wirken, daß die Männer wirklich monogam werden, als dahin, daß die Frauen polyandrisch.

Was aber von der Monogamie ganz entschieden wegfallen wird, das sind alle die Charaktere, die ihr durch ihr Entstehen aus den Eigentumsverhältnissen aufgedrückt wurden, und diese sind erstens die Vorherrschaft des Mannes, und zweitens die Unlösbarkeit. Die Vorherrschaft des Mannes in der Ehe ist einfach Folge seiner ökonomischen Vorherrschaft und fällt mit dieser von selbst. Die Unlösbarkeit der Ehe ist teils Folge der ökonomischen Lage, unter der die Monogamie entstand, teils Tradition aus der Zeit, wo der Zusammenhang dieser ökonomischen Lage mit der Monogamie noch nicht recht verstanden und religiös outrirt wurde. Sie ist schon heute tausendfach durchbrochen. Ist nur die auf Liebe gegründete Ehe sittlich, so auch nur die, worin die Liebe fortbesteht. Die Dauer des Anfalls der individuellen Geschlechtsliebe ist aber nach den Individuen sehr verschieden, namentlich bei den Männern, und ein positives Aufhören der Zuneigung, oder ihre Verdrängung durch eine neue leidenschaftliche Liebe, macht die Scheidung für beide Teile wie für die Gesellschaft zur Wohltat. Nur wird man den Leuten ersparen, durch den nutzlosen Schmutz eines Scheidungsprozesses zu waten.

Was wir also heutzutage vermuten können über die Ordnung der Geschlechtsverhältnisse nach der bevorstehenden Wegfegung der kapitalistischen Produktion, ist vorwiegend negativer Art, beschränkt sich meist auf das, was wegfällt. Was aber wird hinzukommen? Das wird sich entscheiden, wenn ein neues Geschlecht herangewachsen sein wird: ein Geschlecht von Männern, die nie in ihrem Leben in den Fall gekommen sind, für Geld oder andre soziale Machtmittel die Preisgebung

einer Frau zu erkaufen, und von Frauen, die nie in den Fall gekommen sind, weder aus irgend welchen anderen Rücksichten als wirklicher Liebe sich einem Mann hinzugeben, noch dem Geliebten die Hingabe zu verweigern aus Furcht vor den ökonomischen Folgen. Wenn diese Leute da sind, werden sie sich den Teufel darum scheren, was man heute glaubt, daß sie tun sollen; sie werden sich ihre eigene Praxis und ihre danach abgemessene öffentliche Meinung über die Praxis jedes Einzelnen selbst machen – Punktum.“⁸⁵

* * *

Wenn wir uns abschließend nochmals fragen, worin die Idee der direkten Räte Demokratie im Marxismus – vornehmlich bei Marx und Engels – bestehe und aus welchem Gesichtswinkel heraus dieser theoretisch in sich geschlossene Gedankengang erfolgt sei, ergibt sich uns folgende zusammenfassende Schlußfolgerung:

Der Idee der direkten Räte Demokratie, die wir als der Theorie des Marxismus immanent aufgezeigt haben, liegt zugrunde der Humanismus Marx' und Engels'. Sie knüpft auf dieser Basis an den liberalen Menschenrechtsgedanken an und erweitert sich im Rahmen der materialistischen Geschichtsauffassung zu einer Lehre, in der nachzuweisen versucht wird,

1. daß eine Emanzipation des Menschen in allen Sphären des menschlichen Lebens infolge der wirtschaftlichen Entwicklungshöhe nicht nur möglich, sondern geradezu zu einer Notwendigkeit einer jeden weiteren positiven wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung geworden sei;
2. daß der Weg zur Erreichung einer solchen Emanzipation über den Klassenkampf führe;
3. daß in diesem Kampf einer Klasse, nämlich dem Proletariat, die historische Aufgabe zufalle, durch die eigene Emanzipation auch alle übrigen Sphären der Gesellschaft zu emanzipieren;
4. daß und auf welche Art und Weise die Arbeiterklasse ihre Emanzipation durchführen könne.

Das Charakteristische an der Idee der direkten Räte Demokratie ist, daß in ihr die proletarische Emanzipation nicht als Endziel, sondern bloß als Grundvoraussetzung einer allgemeinen Emanzipation verstanden wird. Sofern daher in diesem Gedankengang die Bedingungen der Befreiung der Arbeiterklasse und die dazu einzuschlagenden Wege zu erkennen versucht werden, geschieht dies immer im Hinblick auf eine Emanzipation der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit.

⁸⁵ Ebenda, S. 71/72; vgl. dazu ferner MEGA I/6, S. 519, 543. — Zum Ganzen des Abschnitts „Reintegration des Staates“ vgl. namentlich *Trotski*, „Verrätene Revolution“, „Literatur und Revolution“ und „Fragen des Alltagslebens“.

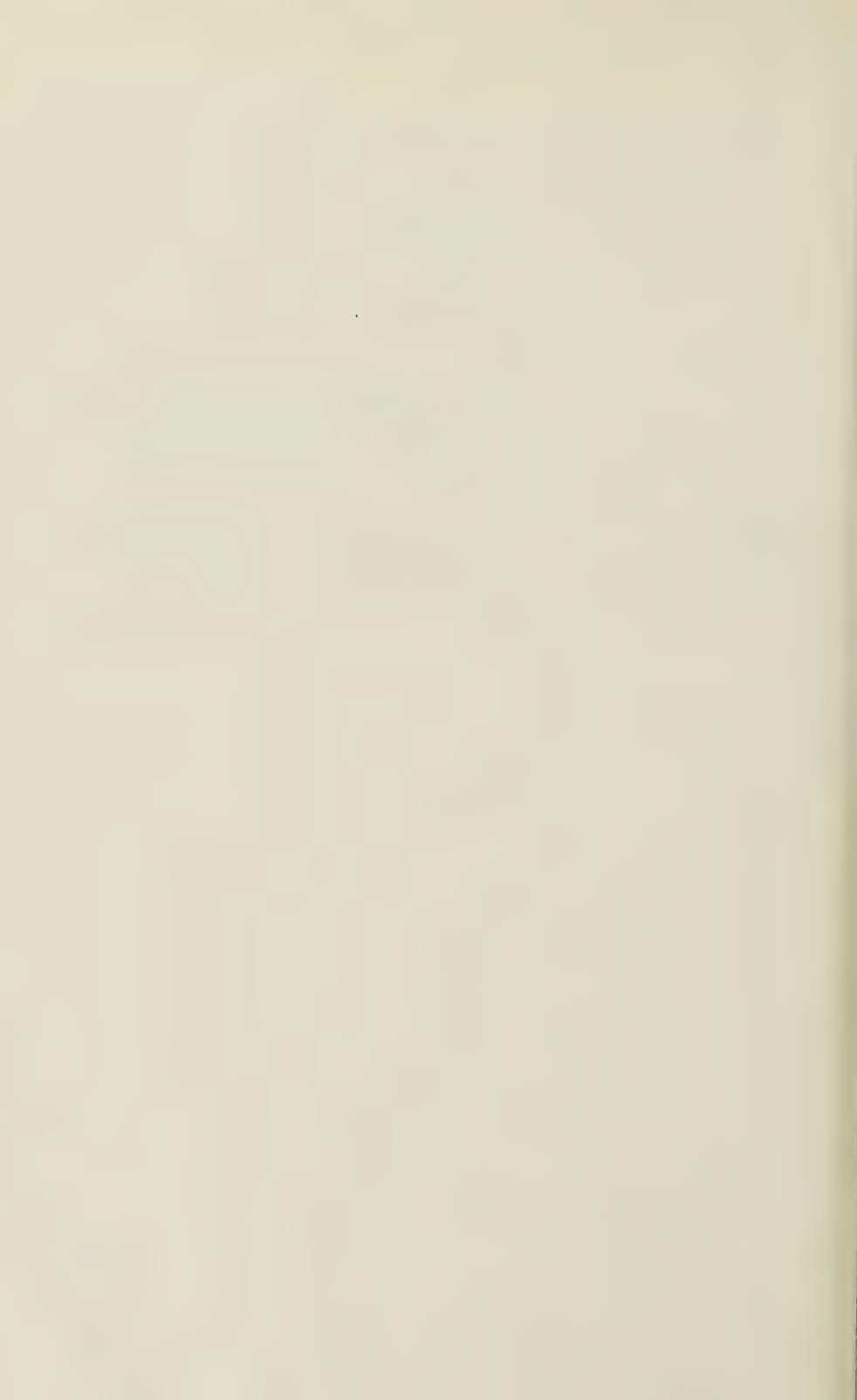
Bezeichnend dafür ist die Ansicht, wonach der erste Schritt, den das Proletariat zu seiner Emanzipation tun müsse, die Er kämpfung der *Demokratie* sei. Darin äußert sich deutlich die Tendenz, jedem Einzelnen die Möglichkeit einer realen Anteilnahme am gesellschaftlichen Lebensprozeß zu verschaffen und dergestalt auf die Schaffung einer Organisation hinzusteuern, in der der Grundsatz der freien Entwicklung jedes Einzelnen als Bedingung für die freie Entwicklung Aller zur Geltung gelangen soll.

In der Idee der direkten Rätedemokratie wird das politische Räte-system als das organisatorische Mittel einer proletarischen Emanzipation und das wirtschaftliche Rätesystem als die universale gesellschaftliche Einheitsorganisation angesehen, in der sich schließlich die Gesellschaft in ihrer Totalität emanzipieren soll.

Da, abgesehen von den Organisationsformen, das, was über die gesellschaftliche Ordnung gesagt wird, vorwiegend negativer Art ist, das heißt sich meist auf das beschränkt, was nach einem Verschwinden der kapitalistischen Produktionsweise und des politischen Staatswesens in Wegfall kommen soll, kann gesagt werden, daß die Idee der direkten Rätedemokratie in Bezug auf das, was sie an konkreten theoretischen Neuerungen enthält, in der Theorie des politischen und wirtschaftlichen Rätesystems gipfelt, welches letzteres als eine direkte kommunistische Rätedemokratie ohne politischen Charakter aufgefaßt wird.

VERZEICHNIS
DER
ABKÜRZUNGEN

MEGA	Marx-Engels-Gesamtausgabe, herausgegeben vom Marx-Engels-Lenin-Institut, Moskau.
A.-D. (Anti-Dühring)	Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft.
K	„Kapital“, von Marx.
MEAS	Marx-Engels, Ausgewählte Schriften, herausgegeben vom Marx-Engels-Lenin-Institut, Moskau.



LITERATUR

- Adler* Max: Demokratie und Rätesystem. 1919.
Politische oder soziale Demokratie? 1919.
Die Staatsauffassung des Marxismus. 1922.
- Bauer* Otto: Sozialdemokratie oder Bolschewismus? 1920.
- Bekker* Konrad: Marx' philosophische Entwicklung, sein Verhältnis zu Hegel. Basler Diss., 1940.
- Bernstein* Eduard: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. 1899.
- Brinkmann* Carl: Der „Überbau“ und die Wissenschaften von Staat und Gesellschaft. – In: Schmollers JB. 54/I.
- Bucharin* Nikolai: Das ABC des Kommunismus. 1921.
- Buonarrotti* Phil.: Babeuf und die Verschwörung für die Gleichheit. 1909.
- Collinet* Michel: La tragédie du Marxisme. (Du Manifeste Communiste à la stratégie totalitaire.) Paris 1948.
- Cornu* Auguste: La jeunesse de Karl Marx. 1934.
- Cunow* Heinrich: Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie. 2 Bände. 1920/21.
- Delvaille* Jules: Essai sur l'histoire de l'idée du progrès. Paris 1915.
- Dennewitz* Bodo: Die Verfassungen der modernen Staaten. 1947.
- Dethmann* Adolf: Der Rätegedanke als Staatstheorie und seine Keime in den Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels. Kieler Diss., 1920.
- Diehl* Karl: Über Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus. 25 Vorlesungen. 5. Auflage. 1923.
- Engels* Friedrich: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. 5. Auflage. 1892.
- Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. 1940/41.
Aus: Karl Marx (und Friedrich Engels), Ausgewählte Schriften. 2 Bände. Herausgegeben vom Marx-Engels-Lenin-Institut, Moskau. 1934:
- Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. (Band 1, S. 139–193.)
- Ebenda: Aus Briefen über den historischen Materialismus (Band 1, S. 375–397.)

- Ebenda: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie. (Band 1, S. 421–473.)
- Ebenda: Zur Geschichte des „Bundes der Kommunisten“. (Band 2, S. 3–26.)
- Ebenda: Revolution und Konterrevolution in Deutschland. (Band 2, S. 38–161.)
- Ebenda: Einleitung zu Marx' „Bürgerkrieg in Frankreich“. (Band 2, S. 458–472.)
- Aus: Marx-Engels-Gesamtausgabe, herausgegeben vom Marx-Engels-Lenin-Institut, Moskau. Abt. I, Band 4:
Zwei Reden über Kommunismus (S. 369–390).
- Aus: Marx-Engels-Gesamtausgabe, herausgegeben vom Marx-Engels-Lenin-Institut, Moskau. Abteilung I, Band 6:
Grundsätze des Kommunismus (S. 503–522).
- Falk* Werner: Hegels Freiheitsidee in der Marxschen Dialektik. Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik. 68/2.
- Ferrat* André: La république à refaire. Paris 1945.
- Gurland* Arkadij: Marxismus und Diktatur. Leipzig 1930.
- Hasbach* Wilhelm: Die philosophischen Grundlagen der von A. Smith und F. Quesnay begründeten politischen Ökonomie. 1891.
Die moderne Demokratie. 1912.
- Heider* Werner: Die Geschichtslehre von Karl Marx. Berliner Diss., (Buchausgabe), 1931.
- Huch* Ricarda: Alte und neue Götter. 1848. Die Revolution des 19. Jahrhunderts in Deutschland. 1931.
- Huth* Hermann: Soziale und individualistische Auffassung im 18. Jahrhundert, vornehmlich bei A. Smith und A. Ferguson. In Schmollers JB. 1907.
- Jakubowski* Franz: Der ideologische Überbau in der materialistischen Geschichtsauffassung. Basler Diss., 1936.
- Kautsky* Karl: Die materialistische Geschichtsauffassung. 2. Band: Der Staat und die Entwicklung der Menschheit. 1927.
Die Diktatur des Proletariats. 1918.
Terrorismus und Kommunismus. 1919.
Demokratie oder Diktatur? 1919.
Parlamentarismus und Demokratie. 1911.
Nationalstaat, imperialistischer Staat und Staatenbund. 1915.
- Kelsen* Hans: Sozialismus und Staat. (2. Auflage), 1923.
Der soziologische und der juristische Staatsbegriff. 1922.
- Korsch* Karl: Marxismus und Philosophie. (Zweite erweiterte Auflage), 1930.

- Kernpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung. 1922.
- Die materialistische Geschichtsauffassung. Eine Auseinandersetzung mit Karl Kautsky. 1929.
- Arbeitsrecht für Betriebsräte. 1922.
- König* René: Vom dreifachen Ursprung der Soziologie. Schweizer Monatshefte, Heft 9 und 10, Dezember/Januar 1940/41.
- Kramer* Hugo: Sozialistische Demokratie. 1940.
- Kraus* J. B.: Scholastik, Puritanismus und Kapitalismus. 1930.
- Labriola* Antonio: Essais sur la conception matérialiste de l'histoire. 1902. Daraus: Zum Gedächtnis des Kommunistischen Manifestes. (Übersetzt von Franz Mehring), 1909.
- Lafargue* Paul: Der wirtschaftliche Materialismus von Karl Marx. 1896.
- Laski* Harold J.: Revolutionäre Wandlungen in unserer Zeit. 1945.
- Lenin* W. I.: Aus: Die Lehre vom Staat. (Die Aufgaben der Partei nach der Machtergreifung.) Ausgewählte Werke, herausgegeben vom Marx-Engels-Lenin-Institut, Moskau, 1934:
- Staat und Revolution. (Band 7, S. 3–112.)
- Ebenda: Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky. (Band 7, S. 113–215).
- Ebenda: Über „Demokratie“ und Diktatur. (S. 216–221.)
- Ebenda: Thesen und Referat über die bürgerliche Demokratie und die Diktatur des Proletariats auf dem I. Kongreß der Kommunistischen Internationale. (Band 7, S. 222–240.)
- Ebenda: Zur Geschichte der Frage der Diktatur. (Band 7, S. 241–263.)
- Ebenda: Bericht über die Tätigkeit des Rates der Volkskommissare auf dem III. Allrussischen Rätekongreß. (Band 7, S. 267–285.)
- Ebenda: Rede über Krieg und Frieden auf dem VII. Parteitag der KPR (B). (Band 7, S. 286–309.)
- Ebenda: Schlußwort zur Rede über Krieg und Frieden auf dem VII. Parteitag der KPR (B). (Band 7, S. 310–317.)
- Ebenda: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht. (Band 7, S. 318–357.)
- Ebenda: Über „linke“ Kindereien und Kleinbürgerlichkeit. (Band 7, S. 358–388.)
- Ebenda: Rede auf dem Allrussischen Kongreß der Vertreter der Finanzabteilungen der Sowjets. (Band 7, S. 389–393.)
- Ebenda: Brief an die Konferenz der Vertreter der nationalisierten Betriebe. (Band 7, S. 394–395.)

- Ebenda: Rede auf dem I. Kongreß der Volkswirtschaftsräte (Band 7, S. 396–404.)
- Ebenda: Voten und Bericht auf der IV. Konferenz der Gewerkschaften und der Betriebsräte Moskaus. (Band 7, S. 405–436.)
- Lenz* Friedrich: Staat und Marxismus. 1. Teil: Grundlegung und Kritik der marxistischen Gesellschaftslehre. 1922.
- Lewalter* Ernst: Zur Systematik der Marxschen Staats- und Gesellschaftslehre. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. 68.
- Loriot* Fernand: Les problèmes de la révolution prolétarienne. 1928.
- Lukács* Georg: Geschichte und Klassenbewußtsein. (Studien über marxistische Dialektik.) 1923.
- Luxemburg* Rosa: Die russische Revolution. o. J.
 Sozialreform oder Revolution? 1919.
 Massenstreik, Partei und Gewerkschaften. 1906.
 Einführung in die Nationalökonomie. Berlin 1925.
- Marx* Karl: Aus: Marx-Engels-Gesamtausgabe, herausgegeben vom Marx-Engels-Lenin-Institut, Moskau. Abteilung I, Band I: Aus der Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. (S. 403–464.)
 Ebenda: Zur Judenfrage (aus den Deutsch-Französischen Jahrbüchern). (S. 576–607.)
 Ebenda: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. (S. 607–621.)
 Abt. I, Band 3:
 Kritische Randglossen zu dem Artikel: Der König von Preußen und die Sozialreform. Von einem Preußen. (Aus: Vorwärts: Pariser Deutsche Zeitschrift, 1844. (S. 5–24.)
 Ebenda: Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844. (S. 33–150.)
 Abt. I, Band 6: Lohnarbeit und Kapital. (S. 451–502.)
- Marx und Engels* Abt. I, Band 3:
 Die heilige Familie. (S. 175–391.)
 Abt. I, Band 5:
 Die deutsche Ideologie. (S. 3–541.)
 Abt. I, Band 6:
 Misère de la philosophie. Réponse à la philosophie de la misère de M. Proudhon. (S. 119–221.)
 Ebenda: Die moralisierende Kritik und die kritisierende Moral. Beitrag zur deutschen Kulturgeschichte. Gegen Carl Heinzen. (Aus: Ein Jahr internationaler kommunistischer Publizistik am Vorabend der Revolution. März 1847 bis März 1848. (S. 298–327.)
 Das Manifest der Kommunistischen Partei. (S. 525–560.)

- Marx* Aus: Karl Marx (und Friedrich Engels), Ausgewählte Schriften. 2 Bände. Herausgegeben vom Marx-Engels-Lenin-Institut, Moskau 1934:
 Zur Kritik der politischen Ökonomie. Vorwort. (Band 1, S. 357–362.)
 Ebenda: Aus Briefen über den historischen Materialismus. (Band 1, S. 375–397.)
 Ebenda: Thesen über Feuerbach. (Band 1, S. 474–475.)
 Ebenda: Ansprache der Zentralbehörde an den Bund. (Band 2, S. 162–176.)
 Ebenda: Die Klassenkämpfe in Frankreich. (Band 2, S. 177–319.)
 Ebenda: Der Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. (Band 2, S. 320–437.)
 Ebenda: Rede auf der Jahresfeier des chartistischen Organs „People's Paper“. (Band 2, S. 438–440.)
 Ebenda: Inauguraladresse und provisorische Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation. (Band 2, S. 443–457.)
 Ebenda: Der Bürgerkrieg in Frankreich. (Band 2, S. 458–543.)
 Ebenda: Aus Briefen an Kugelmann über die Pariser Kommune. (Band 2, S. 544–548.)
 Ebenda: Kritik des Gothaer Programms. (Band 2, S. 566–617.)
 Enthüllungen über den Kommunistenprozeß in Köln. 4. Auflage. 1914.
 Das Kapital. Bände 1, 2, 3 (1), 3 (2), herausgegeben vom Marx-Engels-Lenin-Institut, Moskau. 1932.
- Mayer* Gustav: Friedrich Engels. Eine Biographie. 2 Bände. 1934.
- Mehring* Franz: Karl Marx. Geschichte seines Lebens. Zürich 1946.
- Naville* Pierre: Psychologie, Marxisme, Matérialisme. (Essais critiques.) Paris 1946.
- Parvus* Der Klassenkampf des Proletariats. Berlin 1908.
- Plechanow* Georg: Beiträge zur Geschichte des Materialismus. 1946.
 Anarchismus und Sozialismus. 1911.
 Grundprobleme des Marxismus. 1910.
- Rittinghausen* M.: Die direkte Gesetzgebung durch das Volk. 1877.
- Rosenberg* Arthur: Geschichte des Bolschewismus. 1932.
 Demokratie und Sozialismus. 1938.
- Radek* Karl: Proletarische Diktatur und Terrorismus. 1920.
 Die russische Sowjetverfassung. o. J.
 Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat. 1918.
 Wege der Russischen Revolution. 1922.

- Ramuz* C. F.: Maß des Menschen. Zürich 1949.
- Salin* Edgar: Geschichte der Volkswirtschaftslehre. (3. Auflage), 1944.
- Schumpeter* Jos. A.: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. 1946.
- Seewann* F. L.: Bibliographische Angaben über Schriften von Engels und über Engels. – In: Friedrich Engels, der Denker. 1945.
- Serge* Victor: Destin d'une révolution. (URSS 1917–1936.) 1937.
- Sering* Paul: Jenseits des Kapitalismus. (Ein Beitrag zur sozialistischen Neuorientierung.) 3. Auflage. 1948.
- Souwarine* Boris: Staline. Aperçu historique du bolchévisme. (2. Auflage.) 1940.
- Smith* Adam: The Wealth of Nations. Übersetzung von W. Loewenthal in 2 Bänden:
Untersuchung über die Natur und die Ursachen des Volkswohlstandes. 1879.
- Stalin* Josef: Probleme des Leninismus. 1927.
Zur Frage des Staates. 1945.
- Trotsky* Leo D.: Geschichte der russischen Revolution. 2 Bände. 1931.
Verratene Revolution. 1936.
Die Grundfragen der Revolution. 1923.
Die permanente Revolution. 1930.
Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats. 1932.
Wohin geht Frankreich? 1936.
Sowjets in Amerika? – In: Die Sammlung, Jahrg. 2, Heft 10, S. 521–530. Amsterdam 1935.
Fragen des Alltagslebens. 1923.
Literatur und Revolution. 1924.
- Walzel* Oskar: Die Geistesströmungen des 19. Jahrhunderts. 1929.
- Weiß* Frank: Die Integration des Staates. Basler Diss. 1940.
- Woltmann* Ludwig: Der historische Materialismus. 1900.
- Zeitschriften* Arbeiter-Literatur. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. (Grünbergs) Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, seit 1932 Zeitschrift für Sozialforschung. Die Gesellschaft. Der Kampf. Die Neue Zeit. Marx-Engels-Archiv. Unter dem Banner des Marxismus.
- Sammelwerke* Friedrich Engels, der Denker. Aufsätze aus der Großen Sowjet-Enzyklopädie. (Mit Bibliographie.) Basel 1945. / Die Kommunistische Internationale Nr. 31–32, 5. Jahrgang, 1924. / Thèses, manifestes et résolutions adoptés par les I^{er}, II^e, III^e et IV^e congrès de l'Internationale Communiste, 1934. / Propyläen-Weltgeschichte, Bände 6, 7, 8.

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	5-8
Einleitung: Der Humanismus Marx' und Engels' in der Idee der direkten Räte­demokratie. Die Selbstverwirklichung des Menschen durch Überwindung der menschlichen Selbstentfremdung	9-14
I. T E I L	
Methodologische Grundlegung der Idee der direkten Räte­demokratie unter Berücksichtigung der Gesamttheorie des Marxismus.	
Wandlungen in der Staatsauffassung mit dem Emporkommen des Kapitalismus	15 16
Die höhere Einschätzung des Individuums. Der Menschenrechts­gedanke	16
Tendenzen zur Monopolbildung. Enttäuschung über die Unmög­lichkeit der Realisierung des Menschenrechtsgedankens auf wirtschaftlichem und politischem Boden	17
Wiederaufleben des Menschenrechtsgedankens in den Theorien der Utopisten	17
Analogien und Unterschiede zwischen den frühsozialistischen und utopistischen Lehren und dem Marxismus. Die verschiedenen Standpunkte: der rationalistische und der empirische. Die ver­schiedenen Denkmethode­n: die metaphysische und die dialektische	18
Konkrete Ansätze in Richtung der kommunistischen Idee der direkten Räte­demokratie im liberalen und frühsozialistischen Gedankengut	18-27
Die Gründe für das Versagen und Verschwinden des Frühsozialis­mus. Vereinigung von Materialismus und Dialektik im Marxis­mus	28
Anwendung der Dialektik auf die geschichtliche Entwicklung. Die Rolle des Klassenkampfes. Die revolutionäre Rolle des Bür­gertums	28 31
Die Rolle der Arbeiterklasse; ihre historische Aufgabe: die Über­führung von Privateigentum in Gemeineigentum. Die Über­windung der Klassengegensätze durch Beseitigung ihrer Existenzbedingungen. Bedingungen und Wege zur Erreichung des angestrebten Zieles, der klassenlosen Gesellschaft . . .	32 38

Die Notwendigkeit der Umwälzung der bürgerlichen Gesellschaftsorganisation, des Staates. Die Gründe und die zu realisierenden Voraussetzungen. Das Problem des Staates in der Idee der direkten Räte-demokratie	38-39
---	-------

2. T E I L

Die Rätetheorie

Das entscheidende Moment, welches der Idee der direkten Räte-demokratie zugrunde liegt: der hohe Stand der Produktivkräfte. Die Umgestaltung der Gesellschaftsstruktur als langer Prozeß, als letzte Phase im Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat	40-41
Die Umwandlung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung kann nur die Tat der Arbeiterklasse sein. Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und die sich daraus ergebenden Konsequenzen. Die Gründe für die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse	41-42
Der Staat als Zwangseinrichtung. Die Funktion des bürgerlichen Staates. Die proletarische Gegengewalt, der proletarische Staat. Die verschiedene Zwecksetzung beider Staaten . . .	42-46
Die verschiedene Struktur beider Staaten. Der Staat als Klassenstaat. Die Form des proletarischen Staates: das demokratische Rätesystem.	46-51
Theoretischer Exkurs über den Begriff der Diktatur im Marxismus	47-49
Die doppelte Aufgabe des proletarischen Rätestaates. Das politische und wirtschaftliche Rätesystem als Teil-Systeme einer einheitlichen Organisation	52
Die proletarische Produktionsweise: Planwirtschaft. Die Rolle der wirtschaftlichen Räte. Die Rolle der politischen Räte. Das Absterben des Rätestaates	52-53
Vergleich zwischen bürgerlichem und proletarischem Staat: Gegensatz zwischen proletarischem Staat und bürgerlich-demokratischer Republik	53-56
Das proletarische Rätesystem. Die Aufbauprinzipien des Rätesystems. Der Widerspruch zwischen Individualismus und Kollektivismus	56-92

3. T E I L

Die Reintegration des Staates in die Gesellschaft

Verhältnis von Rätetheorie und Idee der direkten Räte-demokratie in ihrer Gesamtheit	93-94
Der Marxismus als konsequente theoretische Ergänzung des Liberalismus	94-95

Das wirtschaftliche Rätssystem als umfassende Einheitsorganisation der klassenlosen Gesellschaft. Die bewußte Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens in der klassenlosen Gesellschaft	95-96
Die Emanzipation der Gesellschaft und die Selbstverwirklichung des Individuums. Dazu notwendige und in der klassenlosen Gesellschaft realisierbare Voraussetzungen:	
Verkürzung der Arbeitszeit	
Überwindung der Spezialisierung als Überrest der kapitalistischen Arbeitsteilung	
Erhöhte Förderung der geistigen und körperlichen Entwicklung	
Aufhebung und Überwindung der Trennung von Stadt und Land	
Lösung des Problems der Landflucht	
Lösung des Wohnproblems	
Lösung des Familienproblems	96-111
ZUSAMMENFASSUNG	111-114
LITERATUR	115-120

VITA

Am 13. September 1925 wurde ich, Laurent Tschudi, von Basel und Schwan-
den (Kt. Glarus) in Neuchâtel geboren als Sohn des Rudolf Tschudi, Real-
lehrer, und der Elisabeth, geb. Jaques. Nach Absolvierung der Primarschule
und des Humanistischen Gymnasiums in Basel erwarb ich daselbst im Jahre
1945 das Maturitätszeugnis. Im Frühjahr des gleichen Jahres immatriku-
lierte ich mich an der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität
Basel. Am 8. Februar 1950 bestand ich das Doktorexamen.

Die Dissertation entstand unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. E. Salin.
Vorlesungen und Übungen besuchte ich bei den Herren Professoren und
Dozenten: Salin, Wagner, Brogle, Furlan, Finckenstein, Ruck, von Dietze,
Simonius, Germann, von Wartburg, Mason, Staehelin, Lewald, Ernst und Buri.

